



HEINRICH  
BÖLL  
STIFTUNG

## Jahresbericht 2003

### Impressum

Herausgegeben von der Heinrich-Böll-Stiftung e.V.

Redaktion: Susanne Dittrich und Bernd Rheinberg

Dieser Bericht ist kostenlos erhältlich bei der Heinrich-Böll-Stiftung

Hackesche Höfe, Rosenthaler Straße 40/41, 10178 Berlin

Telefon 030-28534-0, Fax 030-28534-109, E-mail: [info@boell.de](mailto:info@boell.de)

Internet: [www.boell.de](http://www.boell.de)

## **Inhalt**

<u>Vorwort des Vorstandes</u>	3
<u>Globalisierung und Nachhaltige Entwicklung</u>	7
<u>Europapolitik und Transatlantische Beziehungen</u>	18
<u>Außen- und Sicherheitspolitik und Krisenprävention</u>	26
<u>Demokratie und Menschenrechte</u>	36
<u>Migration und Interkulturelles Management</u>	43
<u>Geschlechterdemokratie</u>	46
<u>Feministisches Institut</u>	52
<u>Zukunft der Arbeit und des Sozialen</u>	56
<u>Bildung, Wissenschaft und Neue Medien</u>	58
<u>Kunst und Kultur</u>	63
<u>Die Stiftung im Netz</u>	71
<u>Studienwerk</u>	73
<u>Grüne Akademie</u>	79
<u>Archiv Grünes Gedächtnis</u>	81
<u>Preise</u>	83
<u>Aus der Stiftung</u>	86
<u>Gremien</u>	90
<u>Finanzen und Personal</u>	93
<u>Publikationen</u>	102
<u>Adressen</u>	103

## [Vorwort]

### Neue Herausforderungen

Die Heinrich-Böll-Stiftung stellt sich mit ihrer Arbeit den neuen Herausforderungen, die sich aus den globalen ökonomischen, sozialen und sicherheitspolitischen Umbrüchen ergeben. So ist die außen- und sicherheitspolitische Agenda seit dem Ende der Block-Konfrontation in einem tiefgreifenden Wandel, der durch den 11.9.2001 und die politischen Verwerfungen wegen der Kriege in Afghanistan und im Irak noch einmal beschleunigt wurde. Traditionelle sicherheitspolitische Parameter der Abschreckung und Eindämmung werden ersetzt oder ergänzt durch neue Konzepte weltweiter Risikoprävention, Krisenintervention und Ordnungspolitik. Außen-, sicherheits- und entwicklungspolitische Fragen verschränken sich zunehmend. Gleichzeitig sind die Spannungen zwischen den USA und Europa aufgrund unterschiedlicher Risikowahrnehmungen und Handlungsstrategien nicht nur tagespolitischer Natur. Ein vertiefter transatlantischer Dialog über Gemeinsamkeiten und Differenzen hüben und drüben bleibt ein zentrales Anliegen der Stiftung.

Von wachsender praktischer Relevanz ist für uns die Frage, welchen Beitrag die Heinrich-Böll-Stiftung bei der Krisenprävention und der Stabilisierung zivilgesellschaftlicher und rechtsstaatlicher Strukturen in Krisenregionen leisten kann. Schon bisher engagiert sich die Stiftung in Krisenregionen - z.B. auf dem Balkan und im Kaukasus, in Afghanistan und am Horn von Afrika. Mit diesen Erfahrungen wollen wir handlungsorientierte Konzepte für Demokratisierungsprozesse und den Aufbau von Zivilgesellschaften entwickeln. Besonderen Stellenwert genießen dabei die Perspektiven und Interessen von Frauen.

Eine weitere wichtige Achse in unserer Arbeit bildet die politische Gestaltung von Globalisierungsprozessen. Ziel der Heinrich-Böll-Stiftung ist es, gemeinsam mit den Partnerinnen und Partnern Gestaltungsmöglichkeiten für eine sozial und ökologisch nachhaltige, geschlechtergerechte Globalisierung zu entwickeln. Entsprechende Anstöße bringen wir auch in multilaterale Handels- und Umweltverhandlungen ein. Als internationale Stiftung möchten wir besonders die

Analysen, Perspektiven und Anliegen emanzipatorischer gesellschaftlicher Kräfte aus Schwellen- und Entwicklungsländern in der Debatte zur Gestaltung der Globalisierung zu Gehör bringen.

Im vergangenen Jahr hat sich die Stiftung besonders intensiv mit der Politik der Welthandelsorganisation (WTO) auseinandergesetzt. Deren Treffen im mexikanischen Cancún wurde von der Stiftung, ihren Auslandsbüros und ihren internationalen Partnerorganisationen kritisch begleitet. Auf der englisch-spanischen Website [www.cancun2003.org](http://www.cancun2003.org) informierte die Stiftung fortlaufend aktuell und lud im Herbst am Tagungsort und in Deutschland zu verschiedenen Foren ein.

Mit insgesamt 22 Büros hat die Stiftung unter den gegenwärtigen finanziellen Bedingungen nun die Grenzen ihrer Präsenz im Ausland erreicht. Mit unseren thematischen Schwerpunkten - Krisenprävention, Europäische Einigung, Demokratie und Menschenrechte, sozial und ökologisch nachhaltige Entwicklung sowie Geschlechter- und Frauenpolitik - leisten wir konkrete Beiträge zum Aufbau von Zivilgesellschaften, befördern Demokratisierungsprozesse und ermöglichen vielen Akteuren die politische Einmischung.

In unserer Inlandsarbeit dominieren inzwischen die Eigenprojekte der Stiftung. Auch in der Auslandsarbeit nehmen sie neben der direkten Förderung von Projektpartnern zu. Das bedeutet kein Ende von Kooperationen, sondern den Übergang zur „aktiven Kooperation“ mit NGOs, wissenschaftlichen Institutionen, Verlagen anhand der von uns selbst gesetzten Themen. Wir agieren dabei als Mittler zwischen sozialen Bewegungen, Wissenschaft und institutioneller Politik ebenso wie als Impulsgeber für gesellschaftliche Reformen. Unsere Tagungen, Publikationen wie die Kooperationen und Allianzen, die wir eingehen, zielen auf einen politischen Dialog über die traditionellen politischen und gesellschaftlichen „Lager“ hinweg.

Wir haben strategische Themenschwerpunkte und Ziele definiert, die wir langfristig verfolgen und jährlich aktualisieren. Mit dem Thema „Globalisierung“, unseren europapolitischen Aktivitäten und dem Schwerpunkt „Außen-und Sicherheitspolitik“ treiben wir die Verknüpfung unserer internationalen und innenpolitischen Arbeit weiter voran, so dass man von einer „Internationalisierung unserer Inlandsarbeit“ sprechen kann.

Wir wollen in den nächsten Jahren unsere Vernetzung mit anderen grün-nahen Stiftungen, europäischen Think Tanks und Verbänden aus-

bauen. Ein besonderes Schwergewicht wird weiterhin auf der Stärkung zivilgesellschaftlicher Strukturen und der Begleitung „grüner“ Organisationsansätze in Osteuropa liegen. Mittelfristig wollen wir die klassische Projektarbeit stärker auf die krisenhaften Nachbarregionen der erweiterten EU verlagern (Balkan, Ukraine, Kaukasus). Im Inland wollen wir die Zusammenarbeit mit den „jungen“ europapolitischen Netzwerken fortsetzen, die für ein neues europäisches Selbstverständnis stehen.

Das Studienwerk nimmt in der Nachwuchsförderung eine besondere Rolle ein. Mit der Einrichtung von Promotionskollegs, die sich an übergreifenden Schwerpunktthemen unserer Bildungsarbeit orientieren, sowie mit gemeinsamen Tagungen zu hochschul- und wissenschaftspolitischen Themen verbinden wir die bildungs-politischen Ziele der Stiftung und die Nachwuchsförderung.

In den letzten Jahren haben wir unsere Internet-Präsenz rasant ausgebaut. Pro Monat werden etwa 20.000 Texte und Dokumente von unserer Website ([www.boell.de](http://www.boell.de)) heruntergeladen. Das Internet ist zu einem wesentlichen Instrument der politischen Bildung geworden, für das wir uns weiter qualifizieren wollen. Mit diesem Medium können wir rasch auf politische Ereignisse und aktuelle Debatten reagieren. Über die Funktion als Textarchiv, Veranstaltungskalender und Medium zur Selbstdarstellung der Stiftung hinaus nutzen wir das Internet als Debattenplattform zu aktuellen Ereignissen (Irak-Krieg, WTO-Gipfel Cancún), für themen- oder länderspezifische Dossiers (z.B. zu Globalisierung, Russland, Europa) und für thematische Websites wie die „Kommunalpolitische Infothek“ und die virtuelle Präsenz des Feministischen Instituts [www.glow-boell.de](http://www.glow-boell.de).

Eine besondere Herausforderung für die Stiftung ist die angespannte Lage der öffentlichen Haushalte. Im Bund und in den Ländern gehen die Zuwendungen an die politischen Stiftungen seit Jahren zurück. Auch aus diesem Grund hat die Verbesserung der Qualität unserer Arbeit absolute Priorität vor einer weiteren Expansion von Themen und Projekten. Gleichzeitig bemühen wir uns, andere als staatliche Einnahmequellen stärker zu erschließen.

Mit diesem Jahresbericht haben wir die Darstellung der Finanz- und Personaldaten der Stiftung etwas verändert. Wir wollen sie für unsere Leserinnen und Leser noch transparenter und übersichtlicher gestalten. Von daher wird es neben der Veröffentlichung unseres Jah-

resabschlusses auch eine detaillierte Darstellung unserer Personalsituation und der Verwendung der Mittel geben.

Die Arbeit der Heinrich-Böll-Stiftung wäre nicht möglich ohne breite ehrenamtliche Unterstützung mit Rat, Tat und Finanzmitteln. Die Gelder des Förderkreises versetzen uns in die Lage, die knappen Eigenmittel der Stiftung aufzubessern sowie Projekte zu fördern, die wir nicht aus öffentlichen Mitteln finanzieren könnten. Nur durch private Patenschaften können wir unser Stipendienprogramm für Künstlerinnen und Künstler im früheren Wohnhaus der Familie Böll in Langenbroich (Eifel) langfristig sichern.

Neben dem Förderkreis unterstützen viele Menschen die Stiftung ehrenamtlich durch ihre Mitarbeit in der Mitgliederversammlung, im Aufsichtsrat, im Frauenrat, in Fachbeiräten und -kommissionen oder durch ihre engagierte Begleitung aus der Partei Bündnis 90/Die Grünen heraus. Dafür bedanken wir uns nachdrücklich.

Ganz besonderer Dank gilt allen unseren hauptamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Ihr engagierter und kreativer Einsatz unter besonders im Ausland nicht immer einfachen Bedingungen ist das Fundament für die positive Resonanz, auf die wir mit unserer Arbeit stoßen.

Berlin, im April 2004

Vorstand der Heinrich-Böll-Stiftung

Ralf Fücks

Barbara Unmüßig

## [Globalisierung und Nachhaltige Entwicklung]

### „Globalisierung gestalten“

Wer einen Blick auf Asien, Lateinamerika, Afrika und den Nahen Osten wirft, der weiß: Die Industriestaaten müssen sich ihrer Verantwortung für die weltweiten Folgen der heutigen Wirtschafts- und Finanzverhältnisse stellen. Und wer eine gerechte und ökologisch nachhaltige Weltwirtschaft anstrebt, der kommt um die Auseinandersetzung mit der Politik Deutschlands und der Europäischen Union ebenso wenig herum wie um eine Kritik der Welthandelsorganisation (WTO), des Internationalen Währungsfonds oder der Weltbank. Mit ihrem Schwerpunkt „Globalisierung gestalten“ engagiert sich die Heinrich-Böll-Stiftung in der nationalen und internationalen Diskussion über eine ökologische und sozial gerechte Gestaltung der Globalisierung. Ausgehend von der Rio+10-Kampagne im Jahr 2002 und den vielfältigen regionalen Aktivitäten der Stiftung stehen dabei die Themen **Globalisierung und Ökologie** (mit den Schwerpunkten Energie- und Klimapolitik, Wasserpolitik sowie Ökologie und Gerechtigkeit), **Ökonomische Globalisierung** (mit den Schwerpunkten GATS, Agrarmärkte und Finanzmärkte) sowie **kulturelle Globalisierung** im Vordergrund.

**Kongress: McPlanet.com - Die Umwelt in der Globalisierungsfalle,  
Berlin, 27.- 29. Juni 2003**

„Eine andere Umwelt ist möglich!“ – dieses Fazit stand am Ende von McPlanet.com, dem größten Umweltkongress, der in den letzten 15 Jahren in Deutschland stattgefunden hatte. Drei Tage lang diskutierten in Berlin Umweltgruppen und Globalisierungskritiker mit Gästen aus aller Welt die Folgen der Globalisierung. Getragen wurde die Veranstaltung von Attac, BUND und Greenpeace in Kooperation mit dem Wuppertal-Institut und der Heinrich-Böll-Stiftung sowie zahlreichen ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Mit mehr als hundert Foren und Workshops war McPlanet.com ein Bildungskongress mit einer Vielzahl von Themen und einem lebhaften Austausch zwischen Globalisierungskritikern und Anhängern der Umweltbewegung. Auf dem Podium

„Konzerne - Regeln - Globale Märkte“ stritt sich Peter Knödel von BP Deutschland mit Oronto Douglas von Friends of the Earth Nigeria über die Verantwortung von Unternehmen. Manfred Heller von BMW diskutierte mit Vandana Shiva von der Research Foundation for Science, Technology and Ecology (Indien) über die Frage: „Autos für alle?“. Ob „global regulieren“ oder „lokal bestimmen“ die bessere Antwort auf die Globalisierungsprozesse sei, war Thema eines weiteren Podiums. Auch grüne Politiker stellten sich der Diskussion: Ein Höhepunkt war sicher der „Late Night Talk“ über die scheinbare Unversöhnlichkeit von sozialen Bewegungen und etablierter Politik mit Ricardo Navarro, Präsident von Friends of the Earth, Vandana Shiva und Christian Ströbele, MdB für Bündnis 90/Die Grünen. „Ökos, Attacis und Dritte-Welt-Bewegung gehören zusammen“, so lautete der Tenor der Abschlussveranstaltung „Where do we go from here? Eine Andere (Um-) Welt ist möglich“. Nur in breiten Bündnissen sei es möglich, einen politischen und gesellschaftlichen Wandel herbeizuführen, dazu gehöre aber auch die Zusammenarbeit mit Institutionen, Parteien und Parlamenten, so Barbara Unmüßig, Vorstand der Heinrich-Böll-Stiftung, auch an die Adresse von Attac. Aus diesem Grund wird der kritische Dialog zwischen sozialen Bewegungen und institutionalisierter Politik auch zukünftig ein wichtiges Betätigungsfeld der Heinrich-Böll-Stiftung bleiben.

Das Buch zum Kongress:

**Die Umwelt in der Globalisierungsfalle**

Hrsg. von M. Engelhardt und M. Steigenberger in Zusammenarbeit mit der Heinrich-Böll-Stiftung

Hamburg 2003, 208 Seiten, € 12,80

ISBN 3-89965-029-8

**Das Weltsozialforum in Porto Alegre**

Vom 23. bis 28. Januar 2003 fand das 3. Weltsozialforum in Porto Alegre statt. In den vorangegangenen Jahren hatte sich die Heinrich-Böll-Stiftung darauf beschränkt, ihren Partnerinnen und Partnern aus dem Süden die Teilnahme an dem wahrscheinlich wichtigsten weltweiten Treffen der globalisierungskritischen Bewegung zu ermöglichen. Diesmal war sie mit mehreren eigenen Veranstaltungen vertreten. In einem Workshop diskutierten z.B. Jeremy Hobbs von Oxfam International mit

Walden Bello von Focus on the Global South über die Forderung nach mehr Marktzugang für die Länder des Südens. Während Jeremy Hobbs argumentierte, dem Süden entginge durch fehlende Marktzugangsmöglichkeiten ein Vielfaches der Summe, die sie an Entwicklungshilfe erhielten, lehnte Walden Bello die Öffnung der Märkte als reine Ausdehnung des alten Freihandelsmusters ab.

Auf einem weiteren Panel ging es um die Frage, wie eine nachhaltige Energiestrategie aussehen könnte - die Heinrich-Böll-Stiftung hatte hierzu eine Studie erarbeiten lassen. Und auch das *Jo'burg Memo*, das von der Stiftung herausgegebene Memorandum zum Weltgipfel für Nachhaltige Entwicklung in Johannesburg 2002, stand im Mittelpunkt einer Diskussionsrunde. Schließlich nutzte die Stiftung das Weltsozialforum, um zwei Publikationen vorzustellen: Das Büro El Salvador präsentierte eine Studie zum Thema Patentrechte, das Büro Südafrika eine Publikation zum Thema zivilgesellschaftliches Engagement beim Weltgipfel für Nachhaltige Entwicklung.

**The World Comes to One Country - an Insider History of the World Summit on Sustainable Development.** By Victor Munnik and Jessica Wilson.  
Published by the Heinrich Böll Foundation, Johannesburg 2003, 88 pages  
ISBN 0-620-29923-1.  
Download unter [www.boell.org.za](http://www.boell.org.za)

**La Vida en Venta: Transgénicos, Patentes y Biodiversidad**  
Compilado por Corinna Heineke  
Ediciones Heinrich Böll  
El Salvador, 2002, 296 páginas, ISBN 99923-35-04-1

### **Die GATS-Verhandlungen in der WTO und das „Recht zu regulieren“**

Die Diskussion um die laufenden Verhandlungen im Rahmen der Welthandelsorganisation (WTO) konzentrierte sich im Jahre 2003 in Deutschland vor allem auf das Dienstleistungsabkommen GATS (General Agreement on Trade in Services). Darin geht es um die weitere Liberalisierung zahlreicher Dienstleistungssektoren und um entsprechende neue WTO-Regeln zur Beseitigung von globalen „Handelshemmnissen“. Kritische Stimmen aus der Zivilgesellschaft und den Parlamenten befürchten eine Einschränkung des Handlungsspielraums regulativer Politik, während GATS-Befürworter immer wieder betonen, dass das „Recht zu regulieren“ vom GATS unangetastet bliebe. Die Heinrich-Böll-Stiftung hat diese Diskussion aufgegriffen und zwei Papiere er-

stellen lassen: Eines richtet sich insbesondere an politische Entscheidungsträger und zeigt Handlungsoptionen für den Umgang mit dem Dienstleistungsabkommen auf. Das zweite ist als Hintergrundinformation insbesondere für die Projektpartner der Stiftung gedacht. Auf einer Fachtagung im Mai 2003 diskutierten zahlreiche Gäste aus dem Süden über das Spannungsverhältnis zwischen GATS und entwicklungs- und umweltpolitischen Regulierungsmöglichkeiten, ferner die handelspolitischen Prozesse im Vorfeld der bevorstehenden WTO-Ministerkonferenz in Cancún/Mexiko.

### **Dont't trade on our Future**

#### **Die WTO-Ministerkonferenz in Cancún, Mexiko**

Vom 10. bis 14. September 2003 fand im mexikanischen Ferienort Cancún auf der Halbinsel Yucatán die 5. Ministerkonferenz der Welthandelsorganisation (WTO) statt. Vertreter der über 140 WTO-Mitgliedstaaten verhandelten dort weitreichende globale Regelungen des internationalen Handelsregimes. Absehbare Streitpunkte waren das Agrarabkommen sowie die von den Industrieländern massiv eingebrachten so genannten Singapur-Themen (Investitionen, Wettbewerb, Öffentliches Beschaffungswesen und Handelserleichterungen). Viele Entwicklungsländer lehnten die Aufnahme neuer Themen zu diesem Zeitpunkt der WTO-Verhandlungen ab und forderten stattdessen substanzielle Zugeständnisse bei ihren Schlüsselanliegen, wie beispielsweise Zugang zu den Märkten der Industrienationen. Die Interessenskonflikte, der Umgang mit der „Baumwollinitiative“ der westafrikanischen Staaten und die sich in Cancún neu formierenden Allianzen von Entwicklungs- und Schwellenländern haben zum plötzlichen Abbruch des offiziellen Verhandlungsprozesses geführt.

Trotz des vorzeitigen Endes war die WTO-Ministerkonferenz für die Heinrich-Böll-Stiftung ein Ort der Begegnung und des produktiven Streits. Mit zwei zentralen Veranstaltungsformen, dem **Böll-Forum** und den **Böll-Dinner-Debates**, hatte die Stiftung ein ambitioniertes Programm für Dialoge, Diskussionen und Streitgespräche bereitgestellt. Ins **Böll-Forum** – Teil des bunten Spektrums an Parallelveranstaltungen des **„Forums der Völker“** – waren Ministerinnen und Minister, Abgeordnete, Nichtregierungsorganisationen, Vertreterinnen und Vertre-

ter von multilateralen Institutionen, Bauernorganisationen sowie den Medien geladen. In den Panels und offenen Gesprächsrunden ging es um nahezu alle relevanten Themen der offiziellen Verhandlungsrunde: den Handel mit Dienstleistungen, die Wasserproblematik, die Landwirtschaft bis hin zu Fragen der intellektuellen Eigentumsrechte und der Reform der WTO. Weil viele Organisationen sich ausschließlich für Veranstaltungen innerhalb der abgesperrten und für Nicht-Akkreditierte unzugänglichen Hotelzone entschieden hatten, war es der Heinrich-Böll-Stiftung als einziger internationaler Organisation gelungen, mit dem Böll-Forum parallel zu den offiziellen Verhandlungen einen gut sichtbaren und für alle offenen Diskussionsraum zu schaffen.

Die **Böll-Dinner-Debates** hingegen waren nicht öffentlich und fanden "drinnen" in der abgesperrten Hochsicherheitszone statt. Thematisch in vielen Punkten auf das Böll-Forum abgestimmt, gelang es im Rahmen der Böll-Dinner-Debates eine offene Gesprächsatmosphäre herzustellen, die an den Erfolg der *Breakfast Briefings* des Weltgipfels für Nachhaltige Entwicklung in Johannesburg im Jahr 2002 anknüpfen konnte. Komplementär zum Böll-Forum haben sich die Dinner-Debates als Ort intensiven Dialogs „off the record“ und in Ergänzung großer öffentlicher Veranstaltungen bewährt.

Die Heinrich-Böll-Stiftung engagierte sich aber nicht nur in den genannten Veranstaltungsformaten, sondern ermöglichte auch einigen ihrer Projektpartnerinnen und -partnern die Reise nach Cancún und unterstützte zahlreiche Initiativen, so zum Beispiel das Internationale Frauenforum, das im unmittelbaren Vorfeld der offiziellen Konferenz stattfand.

Darüber hinaus sorgte die Stiftung für eine umfassende Presse- und Öffentlichkeitsarbeit. Im Juli 2003 ging die einzige spanische und englische Website zum Thema Cancún ([www.cancun2003.org](http://www.cancun2003.org)) an den Start. Weltweit hatte keine andere Seite so konsequent auf Zweisprachigkeit in der Information rund um die WTO-Konferenz gesetzt. Unter dem Motto „Don't trade away our future / No comercien nuestro futuro“ finden sich dort Informationen, Beiträge und Link-Sammlungen zu den Schwerpunktthemen Agrarliberalisierung, Gender & GATS, Wasser, kulturelle Vielfalt und Reform der WTO. Auch die WTO-bezogenen GLOBAL ISSUE PAPERS zu Intellektuellen Eigentumsrechten (TRIPS), Landwirtschaft, Wasser und GATS können dort heruntergeladen werden. Die

Inhalte der Seite wurden Anfang 2004 in die neue Lateinamerika-Website der Stiftung [www.boell-latinoamerica.org](http://www.boell-latinoamerica.org) aufgenommen. Das abrupte Ende der WTO-Konferenz zeigt, wie konfliktreich, widersprüchlich und ungleich die internationale Handelsordnung geworden ist. Die Heinrich-Böll-Stiftung wird systematisch und in enger Kooperation mit ihren Partnerinnen und Partnern die politischen Folgen des Abbruchs der WTO-Verhandlungen sowie die neuen Verhandlungskonstellationen beobachten und bewerten müssen. Dies wird sowohl im Rahmen der regionalen und bilateralen Freihandelsverhandlungen als auch im Kontext internationaler Konferenzen geschehen.

**Allies Or Antagonists? Investment, Sustainable Development and the WTO.**

Authors Kevin Gallagher, Lyuba Zarsky, Monica Araya, Luke Peterson, Alice Palmer, Luisa Bernal, Kavaljit Singh, Mariama Williams, Peter Hardstaff. Published by the Heinrich Böll Foundation, Washington, DC, 2003, 110 pages

**Feministische Antworten auf die Herausforderungen der Globalisierung  
Summer School der Heinrich-Böll-Stiftung**

Erstmalig fand im Juli 2003 in Berlin die internationale Summer School der Heinrich-Böll-Stiftung zum Thema „Engendering Economic Policy in a Globalizing World“ statt. Insgesamt 67 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus 32 Ländern kamen nach Berlin, um sich mit den geschlechtsspezifischen Aspekten der Handelsliberalisierung im Rahmen der Welthandelsorganisation (WTO) auseinanderzusetzen.

Die Summer School ist eines der „Highlights“ des dreijährigen internationalen Frauenprogramms der Heinrich-Böll-Stiftung zu Globalisierung und Gender. Ziel war es, insbesondere für Projektpartnerinnen und Wissenschaftlerinnen aus dem Süden, ein *Capacity Building* im Bereich Gender und Wirtschaftspolitik anzubieten und zugleich den Raum für internationale Vernetzung und gemeinsame Projekte bereitzustellen.

An der Konzipierung und Durchführung der Summer School war eine fünfköpfige Konzeptgruppe aus Wissenschaftlerinnen und NGO-Aktivistinnen beteiligt, u.a. Prof. Dr. Brigitte Young, Universität Münster, Dr. Christa Wichterich, NRO-Frauenforum und wissenschaftlicher Beirat von attac, sowie Gülay Caglar, Universität Kassel. Das einwöchige Programm mit einer Mischung aus wissenschaftlichen Vorle-

sungen, Seminaren und Workshops vermittelte grundlegende Kenntnisse in feministischer Ökonomie und der Funktionsweise der WTO und unterzog insbesondere die Dienstleistungsliberalisierung im Wasser-, Gesundheits- und Bildungssektor sowie deren mögliche Alternativen einer genauen Analyse. Die produktive Verbindung von theoretischen Zugängen und überregionalem politischem Erfahrungsaustausch ermöglichte neue Perspektiven auf Welthandelsfragen. Als Referentinnen und Referenten waren u.a. Prof. Christoph Scherrer, Universität Kassel, Prof. Laura Gonzalez, University of Texas, Mohau Pheko, International Gender and Trade Network (Südafrika), und Elisabeth Tuerk, Center for Environment Law, Genf, dabei. Das Angebot der Summer School wurde von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern durchweg positiv bewertet. Die Summer School soll 2005 fortgesetzt werden.

### **Globale Strategien für erneuerbare Energien**

Fast 2 Milliarden Menschen haben keinen Zugang zu modernen Energiedienstleistungen. Doch der weltweite Energiebedarf wächst, insbesondere in den Schwellenländern steigt er steil an. Bereits auf jetzigem Niveau sind die Auswirkungen des globalen Energieverbrauchs auf die natürliche Umwelt gravierend: Das fossile Energiesystem destabilisiert das Klima, die Atomenergie liefert strahlende Abfälle sowie unkontrollierbare Proliferationsrisiken, und Großstaudämme vertreiben weltweit Millionen von Menschen. Ein Umdenken in der Energiepolitik ist dringend vonnöten. Die Heinrich-Böll-Stiftung hat hierzu eine Studie in Auftrag gegeben. Das Papier, vom unabhängigen Öko-Institut erstellt, enthält 14 Empfehlungen für die Umsetzung einer nachhaltigen Energiepolitik mit einem besonderen Augenmerk auf die Entwicklungsländer. Dort wird im kommenden Jahrzehnt massiv in die Energieinfrastruktur investiert und können jetzt die Weichen für einen Zugang zu Energiedienstleistungen für alle bei gleichzeitigem Schutz der Umwelt gestellt werden. Schwerpunkt des Papiers ist die umfassende Analyse der aktuellen Finanzierung des Energiesektors in Entwicklungsländern sowie zukünftige Finanzierungsoptionen. Darauf aufbauend entwickeln die Autoren, Uwe Fritsche und Felix Matthes, ihre zentralen Empfehlungen für eine globale Energiestrategie.

Nachdem ein Entwurf des Papiers bereits 2002 auf dem Nachhaltigkeitsgipfel in Johannesburg diskutiert wurde, wurde es im März 2003 in Berlin der Öffentlichkeit vorgestellt und seither weltweit präsentiert und zur Debatte gestellt. Auch auf der Internationalen Konferenz für Erneuerbaren Energien (Renewables 2004) vom 2.-4. Juni 2004 in Bonn wird die Diskussion über die Thesen von „Changing Course“ weitergehen.

**Changing Course - a contribution to a Global Energy Strategy**

World Summit Papers No. 22, Berlin, April 2003, 88 pages

Download unter: [www.boell.de/downloads/rio+10/wsp22.pdf](http://www.boell.de/downloads/rio+10/wsp22.pdf)

Im Rahmen der Vorbereitungen auf die Internationale Konferenz für erneuerbare Energien im Jahr 2004 veranstaltete das Stiftungsbüro in Washington im Oktober 2003 ein Seminar über Initiativen für erneuerbare Energien der US-Bundesstaaten und der deutschen Bundesländer und bot so Gelegenheit, Erfahrungen auszutauschen und die Möglichkeiten einer transatlantischen Kooperation zur Förderung erneuerbarer Energien genauer zu bestimmen. Die Veranstaltung, an der unter anderem die nordrhein-westfälische Umweltministerin Bärbel Höhn teilnahm, wurde in Zusammenarbeit mit der Deutschen Botschaft und der amerikanischen Umweltorganisation *National Wildlife Federation* durchgeführt. Die Ergebnisse sind in der Publikation "Approaches – Challenges – Potentials: Renewable Energy and Climate Change Policies in U.S. States and German Länder – Opportunities for Transatlantic Cooperation" zusammengefasst, erhältlich unter [www.boell.org](http://www.boell.org).

**Förderung der Akzeptanz und Nutzung von erneuerbaren Energien  
- am Beispiel Südamerika**

Die Stromversorgung ist in vielen Ländern Lateinamerikas unzureichend - erinnert sei an die große Stromkrise 2001 in Brasilien -, sie stützt sich im Wesentlichen auf konventionelle Energiequellen. Zwar werden mit Wasserkraft und nachwachsenden Rohstoffen (vor allem Zuckerrohr) durchaus regenerative Energien genutzt, doch die „neuen“ Energien (Solar-, Windenergie, Geothermie etc.) sind im Energiemix dieser Länder kaum vertreten. Vielmehr setzen die Regierungen bei

der Deckung ihres steigenden Energiebedarfs auf den weiteren Bau von thermischen, nuklearen und Wasserkraft-Großanlagen mit den entsprechenden Folgen für die Umwelt. Im Rahmen ihres Programms „Zukunftsfähiges Cono Sur“ unterstützt die Heinrich-Böll-Stiftung Projekte und Initiativen, die sich für die Akzeptanz und Nutzung neuer regenerativer Energiequellen einsetzen. So hat beispielsweise die Partnerorganisation *Chile Sustentable* zusammen mit Parlamentariern einen Gesetzentwurf zur Förderung regenerativer Energien erarbeitet und im August 2003 der chilenischen Regierung vorgelegt. Dem vorausgegangen war eine internationale Konferenz über effiziente Energienutzung und erneuerbare Energiequellen im Jahr 2001 in Santiago de Chile, veranstaltet von der Heinrich-Böll-Stiftung und dem Programm für Energieforschung der Universität Chile. Dank intensiver Lobbyarbeit wurden wesentliche Elemente des Entwurfes in die Reform der Stromgesetzgebung einbezogen und 2003 verabschiedet.

In Brasilien veranstaltete die Heinrich-Böll-Stiftung im August 2003 zusammen mit der brasilianischen Nichtregierungsorganisation Sapé ein Seminar über erneuerbare Energien in Angra (Bundesstaat Rio), dem Standort zweier Atomkraftwerke. Aktueller Anlass war die Ankündigung der Regierung, die Pläne für das Atomkraftwerk Angra 3 weiterzuverfolgen. Die große Resonanz des Seminars hat gezeigt, dass die Energiefrage eine der Schlüsselfragen des Entwicklungsmodells der neugewählten Regierung unter Präsident Lula ist. Bis zur Bonner Energiekonferenz 2004 will die Stiftung zusammen mit den brasilianischen Partnern – insbesondere der Arbeitsgruppe Energie und Klima des brasilianischen Forums der NGOs und sozialen Bewegungen sowie Rios Vivos (International Rivers Network) – gemeinsame Perspektiven zu nachhaltigen Energiestrategien entwickeln. Dem Dialog über regenerative Energien diente auch der Besuch brasilianischer Politiker und NGO-Vertreter in Deutschland. Das Programm bestand aus einem Seminar zum Thema erneuerbare Energien, mit Referentinnen und Referenten aus Wirtschaft und Politik, sowie einer Rundreise durch Ostfriesland und Freiburg, um Windkraft- und Solaranlagen in der Praxis kennenzulernen. Es entstanden wichtige Kontakte, die bereits zu einem weiteren brasilianisch-ostfriesischen Austausch geführt haben. Zu erwähnen ist auch die Publikation „Desafíos para la sustentabilidad energética en el Cono Sur“ (Herausforderungen für eine nachhaltige Energiewirtschaft), eine umfassende Analyse der Energiematrix,

der aktuellen Tendenzen und der Bedingungen für eine nachhaltige Energieproduktion und -nutzung in Argentinien, Brasilien, Chile, Paraguay und Uruguay. Die spanischsprachige Publikation ist demnächst erhältlich unter [www.boell-latinoamerica.org](http://www.boell-latinoamerica.org).

[www.riovivos.org.br](http://www.riovivos.org.br)

[brasilsustentavel.fase.org.br](http://brasilsustentavel.fase.org.br)

[www.chilesustentable.net](http://www.chilesustentable.net)

[www.redes.org.uy](http://www.redes.org.uy)

### **Widerstand gegen die „neue“ Atomindustrie - am Beispiel Südafrika**

Der staatliche Energiekonzern Eskom will in Südafrika eine neue Baureihe von Hochtemperaturreaktoren in Kugelhaufenreaktor-Technologie entwickeln. Diese Technik war in den 70er Jahren in Deutschland entwickelt und erprobt worden, kam jedoch trotz riesiger Investitionen nie zum Einsatz. Jetzt soll die neue Baureihe aus kleinen Reaktoren gerade für den Einsatz in Entwicklungsländern entwickelt werden. Aber auch in Südafrika fehlt ein Endlager-Konzept für hochradioaktiven Abfall. Die Debatte erfolgt derzeit fast unter Ausschluss der Öffentlichkeit. Die Zivilgesellschaft ist geschwächt und zu viele Aktivistinnen und Aktivisten der ersten Stunde sind heute selbst in leitenden Regierungsämtern, in den Gewerkschaften und der Industrie. Noch junge Gruppierungen wie *Earthlife Africa* oder das *Environmental Justice Networking Forum*, nationale Umweltorganisationen der ersten Stunde, sind dagegen noch schwach und wenig erfahren in den vielen technischen Dingen, die bei Gesetzesvorhaben berücksichtigt werden müssen. Daher unterstützt die Stiftung diese und andere Umweltschutzorganisationen bei der Bildungs- und Lobbyarbeit. Vor allem in den schwarzen Gemeinden, die meist direkt von Industrieprojekten betroffen sind, fehlen alle Vorkenntnisse. Die Heinrich-Böll-Stiftung unterstützt daher regionale Bildungsinitiativen, damit die Betroffenen qualifiziert an der Debatte um Atom-Energie und alternative Energiekonzepte in der Region teilnehmen können. ([www.earthlife-ct.org.za](http://www.earthlife-ct.org.za))

## **Nachhalten - Berliner Gespräche zu Globalisierung und Nachhaltigkeit**

Nachhaltigkeit in Zeiten der Globalisierung ist die große Herausforderung unserer Tage. Verschiedene Studien zeigen, dass die globalen Ökosysteme an die Grenzen ihrer Belastbarkeit stoßen oder diese bereits überschritten haben. Ebenso wird immer deutlicher, dass es einen unbeschränkten Ressourcenverbrauch nicht geben kann; auch die Gerechtigkeitsfrage stellt sich daher neu und verschärft. Die Globalisierung der Märkte spielt dabei eine doppelt problematische Rolle: Zum einen wird bislang ein Entwicklungsmodell (und entsprechende Konsummuster) verbreitet, das in ökologischer Hinsicht bereits überholt ist; zum anderen wird der Zugang zu den letzten Ressourcen der Welt erleichtert. Vor dem Hintergrund dieses Spannungsfelds von Globalisierung und Nachhaltigkeit greift die 2003 neu etablierte Veranstaltungsreihe „Nachhalten“ aktuelle Herausforderungen auf. In den insgesamt sieben Gesprächen mit deutschen und internationalen Gästen auf der Galerie der Heinrich-Böll-Stiftung ging es u.a. um die Thesen von Paul Raskin, der in seinem Buch „Great Transition“ den Beginn eines globalen Übergangs in eine planetarische Gesellschaft propagiert (mit Paul Raskin selbst; er ist Präsident des Tellus Institute und Direktor des Stockholm Environment Institute - Boston), um den Globalen Handel und die Frage, inwieweit dieser dem Wohle der Menschen dient (mit Kamal Malhotra, UNDP), sowie um die Macht und Verantwortung global agierender Konzerne (mit Fritz Kuhn, MdB, Bündnis 90/Die Grünen, Walter Oswalt, Walter-Eucken-Archiv, und Sven Giegold, Attac).

### **Zur Lage der Welt 2004**

Worldwatch Institute (Hrsg.)

In Zusammenarbeit mit der Heinrich-Böll-Stiftung und Germanwatch, Verlag Westfälisches Dampfboot, 1. Auflage, Münster 2004, 352 Seiten, € 19,90  
ISBN 3-89691-570-3

## [Europapolitik und Transatlantische Beziehungen]

### **„Perspektive Europa 2004 – Dialog über die Verfassung Europas“**

#### **Projektgruppe der Heinrich-Böll-Stiftung**

Die bevorstehende Erweiterung der Europäischen Union hat der Debatte über die zukünftige Gestalt Europas neuen Schub verliehen. Bislang wird die Diskussion jedoch weitgehend national geführt. Die Arbeitsgruppe „Perspektive Europa 2004 – Dialog über die Verfassung Europas“, von der Heinrich-Böll-Stiftung 2003 ins Leben gerufen, versucht, die Diskussion zu „europäisieren“ und Reformperspektiven über die laufende Erweiterungsrunde und die aktuelle Verfassungsdebatte hinaus zu entwickeln. Mit Blick auf die Beitrittsreferenden 2003, die EU-Regierungskonferenz sowie die Europawahlen 2004 sollten auch die innerhalb der europäischen Grünen kontroversen Grundfragen einer europäischen Verfassung diskutiert werden. In Berlin, Brüssel und Prag trafen auf Einladung der Stiftung Politiker der Grünen aus verschiedenen nationalen Parlamenten und dem Europaparlament sowie Europaexperten aus Wissenschaft und Medien zusammen, um intern, aber auch öffentlich u.a. über die zukünftige europäische Außenpolitik oder den Föderalismus in der EU zu diskutieren. Das Europa-Memorandum der Stiftung, „Beyond Constitution“, von einer internationalen Autorengruppe erarbeitet, will auf der anderen Seite Denkansätze für die breite öffentliche Diskussion geben und zur Teilnahme an der europaweiten Debatte über die Zukunft Europas einladen.

Download unter: [www.boell.de/downloads/europa/memo\\_gruene\\_eu.pdf](http://www.boell.de/downloads/europa/memo_gruene_eu.pdf)

#### **Die Zukunft Mitteleuropas und die Arbeit der Heinrich-Böll-Stiftung in den Beitrittsländern**

Mit der Erweiterung von 15 auf 25 Mitgliedstaaten wächst die Zahl der EU-Bürgerinnen und Bürger von 370 auf 450 Millionen. Nicht nur für die Beitrittsländer, auch für die jetzigen Mitgliedsstaaten wird es grundlegende Veränderungen geben. Bislang gehen die laufenden Prozesse und ihre Auswirkungen jedoch an vielen Menschen weitgehend unbemerkt vorbei. Die Heinrich-Böll-Stiftung, in Ostmitteleuropa

derzeit mit Büros in Warschau und Prag vertreten, will mit ihrer Arbeit die öffentliche Debatte fördern und die Einflussnahme der Zivilgesellschaft und der Bevölkerung bei den Erweiterungsprozessen erhöhen. Dazu gehört z.B. der Dialog mit den Bürgerbewegungen und den neuen grünen Parteien, die in zahlreichen Ländern entstehen. Die Entwicklung der europäischen Demokratie und die Förderung von Zivilgesellschaft und Rechtsstaatlichkeit in den neuen Mitgliedstaaten wird in Zukunft noch stärkeres Gewicht erhalten. Hierzu gab es bereits eine Reihe von Veranstaltungen, z.B. über die neuen östlichen Außengrenzen der EU und ihre Ausgestaltung. Zukünftig werden auch Fragen der internationalen Rolle der EU in den Bereichen Globalisierung sowie globaler Sicherheitspolitik in die Programmarbeit der Regionalbüros einfließen.

#### **Internationale Tagung: Politische Korruption – Herausforderung für die europäische Demokratie**

Mit Silvio Berlusconis Kampagnen gegen die italienische Justiz wurde das Problem politischer Korruption in der europäischen Öffentlichkeit in einer neuen Weise wahrgenommen. Allerdings werden alle westeuropäischen Länder von Zeit zu Zeit durch Fälle von Bestechung und Vorteilsannahme in der Politik erschüttert. Und in den EU-Erweiterungsländern gehört politische Korruption gar zu den zentralen Problemen der Transformation. Selbst auf Ebene der Weltbank wird heute der Zusammenhang zwischen politischer Korruption und sinkendem Demokratie- und Institutionenvertrauen problematisiert. Diese Aspekte erläuterte der Politikwissenschaftler Roland Roth im Eröffnungsvortrag zur Tagung von Heinrich-Böll-Stiftung und Transparency International Germany, die am 14.-15. November 2003 im Berliner Abgeordnetenhaus stattfand. Hansjörg Elshorst, Sprecher von Transparency International Germany, verwies aber auf die Erfahrung, dass sich Antikorruptions-Anstrengungen lohnen: „Reformen können greifen und die Wirklichkeit verändern.“ Die Sensibilität gegenüber Korruption sei auch deshalb gestiegen, weil die Abhängigkeit der nationalen Politik von einer global agierenden Wirtschaft und Finanzwelt größer und deutlicher geworden sei und weil Parteien und politische Eliten von einer kritischen Öffentlichkeit für klare Regeln in Haftung genommen

werden. Während hinsichtlich der Parteienfinanzierung in (West-) Europa Verbesserungen erzielt werden konnten, müsse das Augenmerk künftig verstärkt der Ämterpatronage gelten, die - verknüpft mit Einfluss und viel Geld - im Zuge der Privatisierungspolitik an Raum gewinnen dürfte.

Dass Deutschland nicht erst seit der Kohl-Affaire seine Unschuld verloren hat, belegte der Erfahrungsaustausch zwischen dem grünen Politiker Hans-Christian Ströbele und dem Journalisten und Buchautor Bruno Schirra. Italien, das als junge Demokratie und wegen seiner Tradition organisierter Kriminalität einen westeuropäischen Sonderfall bildet, hat seit den 80er Jahren einige Gesetze gegen organisierte Kriminalität verabschiedet, eine Justizreform steht noch aus. Über die Wirksamkeit der EU-Integration im Antikorruptionsbereich und über die Stop-Berlusconi-Kampagne debattierten der Rechtswissenschaftler Vincenzo Militello und der Publizist Guido Ambrosino. Über die Entwicklungen in Polen berichtete Grazyna Kopinska (Batory Foundation) und Jacek Kurczewski (Universität Warschau) sowie Andrej Kutylowski (Universität Oslo). Sie konnten bestätigen, dass in den nach-sozialistischen Reformen der Mangel von investierbarem Kapital zur Haltung geführt habe, es sei nicht wichtig, wo das Geld herkomme, sondern entscheidend sei, dass der Job getan werde. Dieser Zusammenhang betrifft im Kern auch die Korruption in der Politikfinanzierung, denn in den osteuropäischen Transformationsgesellschaften starteten die neuen politischen Parteien ohne nennenswerte finanzielle Basis. Staatliche Ausstattung reicht, wenn sie denn gegeben ist, keinesfalls für die Finanzierung von Wahlkämpfen. Private Finanzierung öffnet die Türen für den Einkauf wirtschaftlicher und politischer Markt- und Rechtspositionen. Sensibilisierungen bzw. Verbesserungen gab es infolge von Weltbank- und EU-Monitoring sowie zivilgesellschaftlicher Mobilisierung u.a. durch die National Chapters von Transparency International und die polnische Batory-Stiftung mit ihrem Antikorruptionsprogramm. Auch durch den Aufbau einer europäischen Antikorruptionsbehörde (OLAF) als einem Instrument mit „interinstitutionellen Untersuchungskompetenzen zum Schutz der Finanzinteressen der Europäischen Gemeinschaft“ trägt die EU zur nationalen Korruptionsbekämpfung bei. Auch wenn die nationalen Regierungen durch die Erfüllung der Brüsseler Anforderungen gezwungen sind, Transparenz für die eigene nationale

Öffentlichkeit zu gewährleisten, bleiben doch die Stimmen der erstarkenden Zivilgesellschaft wichtig.

**Tagung: Die Türkei auf dem Weg in die Europäische Union - ein Jahr nach dem EU-Gipfel in Kopenhagen**

Im Rahmen ihrer deutsch-türkischen Gesprächsreihen veranstaltete die Heinrich-Böll-Stiftung am 6. November 2003 in Berlin eine hochrangig besetzte Fachtagung. Wissenschaftler sowie Politikerinnen und Politiker aus Deutschland und der Türkei diskutierten u.a. die Gesetzesinitiativen zur Erfüllung der Kopenhagener Kriterien und die bereits von der türkischen Regierung verabschiedeten Reformvorhaben. Trotz der bestehenden Schwächen und Mängel, insbesondere bei der Implementierung und der Umsetzung neuer Verordnungen und Gesetze, waren sich türkische wie deutsche Diskussionsteilnehmerinnen und -teilnehmer einig, dass sich innerhalb eines Jahres in der Türkei ein außerordentlich positiver Wandel im politischen und gesellschaftlichen Denken und Handeln vollzogen habe. Dies wurde vor allem auf einen konsequent EU-freundlichen Kurs der neuen Regierung, aber auch auf eine neue Offenheit breiter Teile der türkischen Bürgerinnen und Bürger zurückgeführt. Man war sich einig, dass die Einbeziehung der Zivilgesellschaft in den Prozess der politischen Öffnung der Türkei hilfreich wäre. Um den Prozess der gegenseitigen Annäherung und Verständigung auf allen Ebenen voranzutreiben, müsse die Förderung eines breiten offenen Dialogs und Austauschs zwischen politischen und gesellschaftlichen Akteuren, zwischen Verbänden und Organisationen in Deutschland und in der Türkei vorangetrieben werden. Die Heinrich-Böll-Stiftung wird diesem Austausch auch in Zukunft eine Plattform bieten.

**Tagung: Deutsche Amerikabilder, vom 24.- 25. Januar 2003 in Leipzig**

Die politische Debatte zur deutschen Haltung zum Irak-Krieg zeigt, wie ideologisch aufgeladen die Positionen sind - zwischen „uneingeschränkter Solidarität“ mit den USA und dem Vorwurf des Anti-Amerikanismus blieb kaum Platz. Wie lassen sich solche konträren

Haltungen erklären, welche Amerikabilder herrschen in Deutschland vor, und wie sind sie entstanden? Mit der Tagung „Deutsche Amerikabilder“ versuchte die Heinrich-Böll-Stiftung in Zusammenarbeit mit dem Bildungswerk Weiterdenken, dem Förderverein für Politikwissenschaft an der Universität Leipzig und der Volkshochschule Leipzig diesen Fragen nachzugehen. Zum Auftakt führte der Historiker und Publizist Daniel Küchenmeister anhand deutscher Fernsehaufnahmen aus den 50er und 60er Jahren vor, wie die Amerikabilder in Ost und West vor allem der Legitimation des eigenen Staates dienen sollten. Wie wenig man kulturelle und politische Amerikabilder trennen kann, zeigte sich im Panel „Demokratie und Ungleichheit“. Dabei nannte Christiane Lemke, Professorin für Politik an der Uni Hannover, die amerikanische Zivilgesellschaft als wichtigen Bezugspunkt. Die Politisierung von unten, in den Vereinigten Staaten üblich, sei in der Bundesrepublik erst verspätet nachgeholt worden. Als konstitutiv für das Verständnis der USA nannte der Leipziger Amerikanist Hartmut Keil den dortigen Patriotismus. Dieser sei in der Einwanderungsgesellschaft USA dahin ausgelegt, neue Menschen aufzunehmen und deshalb gerade nicht ausgrenzend. Das dies nicht immer konfliktfrei abläuft, illustrierte Christiane Lemke an den Problemen der Hispanics und der Moslems in der Gegenwart.

Die Podiumsdiskussion am Ende der Tagung zeigte, wie brisant die Frage „Krieg und Frieden - Amerikas Rolle in der Welt“ gerade heute ist. Dan Diner, Professor in Leipzig und Jerusalem, stellte die unterschiedlichen Staatsvorstellungen in den USA und Europa dar. Die derzeitige Politik, die Welt sicher für Amerika zu machen, sei zwar ernstzunehmen, aber zu riskant. Diner bezeichnete diese Politik der neokonservativen Eliten als „demokratischen Bolschewismus“. Joscha Schmierer, Mitglied im Planungsstab des Auswärtigen Amtes, unterstellte, die USA sähen den Irak als Hauptkettenglied zur Demokratisierung des Mittleren Ostens. Der Konflikt mit Europa bestünde nun darin, ob es dieses Hauptkettenglied überhaupt gebe. Dabei verwies auch Schmierer auf das unterschiedliche Staats- und Souveränitätsverständnis in den USA und in Europa.

## **Kongress: Zivilisationsbilder, vom 2.- 3. Mai 2003 in Stuttgart**

Ist die heutige Welt zu laut, zu schnell, zu bunt - eine einzige Überforderung? Von jeher geht ein Riss durch die Gesellschaft, auf der einen Seite die Fortschrittsgläubigen, auf der anderen Seite die Skeptiker. Der zweitägige Kongress „Zivilisationsbilder - Positionen zur kulturellen und technologischen Entwicklung der Moderne“ in Stuttgart, veranstaltet von der Heinrich-Böll-Stiftung Baden-Württemberg und der Bundesstiftung, erfragte die aktuellen politischen Grundpositionen zu den Entwicklungstrends moderner Gesellschaften. Eröffnet wurde der Kongress mit der Frage, inwieweit die aktuelle Kritik an den USA und der Begriff „altes Europa“ eine lang gewachsene Zivilisationsskepsis oder gar -feindlichkeit zeigt. Während Ralf Fücks, Vorstand der Heinrich-Böll-Stiftung, die zivilisationskritische Volte gegen die angeblich wurzellose amerikanische Zivilisation und ihre unterstellte Tendenz zu Oberflächlichkeit, Hedonismus und Verflachung scharf kritisierte, versuchte der Jenaer Politikwissenschaftler Hartmut Rosa ein dialektisches Verständnis der Moderne und ihrer Kritik zu entwickeln. Schließlich seien die „Versprechen der Moderne“ (kollektive und individuelle Autonomie, Emanzipation etc.) und ihre lebensweltlichen Verwirklichungen zunehmend auseinandergetreten: Der Einzelne erfahre die strukturelle Modernisierung wesentlich als Wachstums- und Beschleunigungsprozesse, in denen kaum noch Raum zur individuellen und kollektiven Selbstbestimmung bleibe.

Carl Hegemann, Philosoph und Dramaturg an der Volksbühne Berlin, spitzte diese Beobachtungen weiter zu: In der Entwicklung der modernen Zivilisation machte er einen zunehmenden Zwang zu Autonomie und Freiheit aus. Dieser stürze den Einzelnen früher oder später in Depressionen, weil er sein Scheitern nicht mehr an "das System" delegieren kann. Hegemann wies außerdem darauf hin, dass die unilaterale USA-Außenpolitik derzeit das politische Projekt der Moderne selbst dementiere und den Menschen den Glauben an Rechtsstaatspolitik und Interessenausgleich nehme. Diese scharfe Kritik an der US-amerikanischen Außenpolitik mochte Michael Werz, Sozialwissenschaftler an der Universität Hannover, nicht teilen. Der nach dem 11. September 2001 hervorgetretene Konflikt sei einer zwischen Homogenität und Differenz, zwischen Fundamentalismus und Liberalismus.

In der „Late-Lounge“ ging es u.a. um Zukunftsorientierung und der Kultur des Jetzt. Der Filmemacher Dominik Reding und der Autor Feridun Zaimoglu gaben Einblick in Jugendkultur und subkulturelle Lebenswelten. Mercedes Bunz, die Herausgeberin von de:bug, Zeitschrift für elektronische Lebensaspekte, berichtete von der Lebenssituation junger Selbstständiger nach dem Niedergang der New-Economy.

Die Matinée am zweiten Veranstaltungstag stand im Zeichen individueller Selbstbilder. So vertrat u.a. Bernd Ulrich, stellvertretender Chefredakteur der ZEIT, die These, dass die Gesellschaft heute nicht mehr vor dem Problem von zu wenig, sondern vor dem Problem von zu viel Freiheit stehe. Früher hätten die Kinder nicht gewusst, was sie dürfen, heute wüssten sie nicht mehr, was sie wollen – so seine Grunddiagnose. Carolin Emcke, Philosophin und Redakteurin beim Spiegel, widersprach dem vehement. Sie betonte, dass mit Blick auf die soziale Lage in den armen Ländern die Emanzipationsherausforderung noch lange nicht zu Ende sei. Aber auch in unserer Gesellschaft seien viele von einem Mangel an echter Entscheidungsfreiheit betroffen. Während Winfried Kretschmann, Vorsitzender der grünen Landtagsfraktion in Baden-Württemberg, die Bedeutung der Religion als Wertefundament unserer Gesellschaft betonte, verwies Manuela Rottmann, Juristin und grüne Politikerin aus Frankfurt am Main, auf das uneingelöste Versprechen der Emanzipation an zahlreichen gesellschaftlichen Punkten, etwa mit Blick auf die in Deutschland lebenden Migrantinnen und Migranten.

### **Konferenz: Strange Bedfellows? in Washington**

Sind die deutschen Grünen und die US-amerikanischen New Democrats „seltsame Bettgenossen“ oder politisch progressive Reformkräfte mit gleichlaufenden Interessen? Diese Frage beschäftigte rund zwanzig Politikerinnen und Politiker sowie Sozial- und Politikexperten beider Länder während einer zweitägigen Konferenz in Washington Anfang Oktober 2003. Das Treffen mit dem Titel „Economic Opportunity and Social Justice“ wurde vom Büro Washington gemeinsam mit dem *Progressive Policy Institute* (PPI) organisiert und sollte helfen, gegenseitige Stereotypisierungen aufzuklären. Trotz aller Unterschiede in

politischer Kultur und Sozialsystem waren sich die Teilnehmer darin einig, dass sozialpolitische Reformen in den USA und Deutschland angegangen werden müssen - und zwar unter Berücksichtigung eines mit Nachhaltigkeit zu vereinbarem Wirtschaftswachstums, einer Neudefinition der Generationengerechtigkeit sowie eines politischen Selbstverständnisses als Einwanderungsnation, das über passiven Multikulturalismus hinausgeht. Der englischsprachige Konferenzbericht liegt in Druckform vor und ist auch über [www.boell.org](http://www.boell.org) erhältlich.

**Strange Bedfellows or Like-Minded Modernizers? German Greens and New Democrats on Economic Opportunity and Social Justice**

Authors: Ralf Fücks, Reinhard Bütikofer, Isabel Sawhill, Claus Offe, Fred Siegel, Omid Nouripour, Robert Atkinson, Adam Smith, Fred Siegel. Published by the Heinrich Böll Foundation, Washington, DC, 2003, 62 pages

## **Der Irakkonflikt und seine Folgen**

### **Aktivitäten der Heinrich-Böll-Stiftung in Berlin und Washington**

Als sich Anfang 2003 die Ereignisse im Irak zuspitzten und ein Krieg zur Beseitigung der Regimes von Saddam Hussein immer wahrscheinlicher wurde, richtete die Heinrich-Böll-Stiftung eine interne Projektgruppe ein. Diese sollte die regionalen und internationalen Dimensionen des Konfliktes ausloten und entsprechende Hintergrundinformationen und Analysen liefern. Im Laufe der Jahres gab es zahlreiche Veranstaltungen mit internationalen Gästen zum Thema Irak, zudem bot die Stiftung mit ihrem Irak-Dossier auf [www.boell.de](http://www.boell.de) eine laufend erweiterte Informationsplattform.

Die Frage nach den angemessenen Mitteln zur Etablierung von Demokratie, Menschenrechten und Stabilität im Irak stand z.B. im Mittelpunkt einer Podiumsdiskussion, für die das Büro Washington der Heinrich-Böll-Stiftung am 3. März 2003 den Fraktionsvorsitzenden der Grünen im EU-Parlament, Daniel Cohn-Bendit, und Richard Perle, eine der führenden neokonservativen Stimmen in Washington, zum Gespräch eingeladen hatte. Vor dem Hintergrund des unmittelbar bevorstehenden Irakkrieges plädierte Cohn-Bendit dafür, die Eindämmung des Irak mit politischen Mitteln fortzusetzen, weil ein militärischer Einsatz zur Demokratisierung und Stabilisierung der Region nicht geeignet sei. Dagegen argumentierte Richard Perle, dass sich die gesamte Nahostproblematik am besten dann lösen lasse, wenn Saddam Hussein nicht mehr an der Macht sei. Die Veranstaltung fand große Beachtung bei der internationalen Presse, das eineinhalbstündige Gespräch wurde in mehrere Sprachen übersetzt.

Auszüge der Debatte unter:

[www.foreignpolicy.com/issue\\_mayjune\\_2003/debate.html](http://www.foreignpolicy.com/issue_mayjune_2003/debate.html)

Unter den Berliner Veranstaltungen zum selben Thema fanden zwei Fachkonferenzen besondere Beachtung: Vom 19. bis 20. Mai 2003 trafen sich in Berlin erstmalig hochrangige Mitglieder der ehemaligen politischen Opposition im Irak mit deutschen Vertreterinnen und Vertretern aus Politik, Verwaltung, Wissenschaft, Stiftungen und Medien.

Nach einleitenden wissenschaftlichen Kurzvorträgen zur Entwicklung des Irak durch Prof. Peter Sluglett, Oxford, und Dr. Faleh A. Jaber, London, gab es eine Reihe Beiträge von Vertretern verschiedenster politischer Kräfte aus dem Irak. Die Veranstaltung vermittelte wichtige Hintergrundinformationen zu den ökonomischen, politischen und sozialen Voraussetzungen für eine demokratische Entwicklung im Irak und ermöglichte einen direkten Dialog zwischen der irakischen und der deutschen Seite.

Die zweite Tagung vom 30. Juni bis 1. Juli 2003 beschäftigte sich mit der Partizipation von Frauen am Wiederaufbau und Demokratisierungsprozess im Irak. Die irakischen Referentinnen vermittelten ein eindringliches Bild der politischen und humanitären Situation im Irak. In der Diskussion wurden die unterschiedlichen Bedürfnisse und Vorstellungen der Frauen deutlich: Während die besonders politisch Denkenden ihre Schwerpunkte auf die internationale Zusammen- und künftige Regierungsarbeit im Irak legten, betonten die humanitär und sozialpolitisch Engagierten vor allem die Notwendigkeit der Zusammenarbeit auf der lokalen Ebene. Alle Teilnehmerinnen waren sich jedoch einig in der Forderung an die deutsche Öffentlichkeit und die Politik, sich am politischen Aufbau und an humanitärer Hilfe zu beteiligen und dadurch die zivilgesellschaftlichen Kräfte im Irak zu stärken.

Die Bundesbeauftragte für die Unterlagen der Stasi, Marianne Birthler, kam im Dezember 2003 auf Einladung des Büros Washington in der US-Hauptstadt mit führenden Exil-Irakern zusammen. Ein Workshop widmete sich der Aufarbeitung der jüngeren Vergangenheit in Diktaturen allgemein wie auch speziell der im Irak. Aus dem Kontakt mit den irakischen Beauftragten für die Sicherung und den Umgang mit irakischen Geheimdienstunterlagen aus der Zeit des Hussein-Regimes ergaben sich Planungen für weitere Projekte in Zusammenarbeit mit dem Auswärtigen Amt, der Birthler-Behörde und der Heinrich-Böll-Stiftung. Ziel ist es, deutsche Erfahrungen im Umgang mit der DDR-Hinterlassenschaft für die Anstrengungen bei der Aufarbeitung der Vergangenheit im Irak nutzbar zu machen.

## **Die Rolle des Völkerrechts in einer globalisierten Welt**

Die Auseinandersetzungen im UN-Sicherheitsrat während der Irakkrise verdeutlichten noch einmal die Beschränkungen der Vereinten Nationen in ihrer heutigen Verfasstheit. Während einige Beobachter bereits das Ende der UN heraufbeschworen, sahen andere in dieser Krise eher eine Chance zur notwendigen Reform. Immer offensichtlicher wird, dass die Völkergemeinschaft sich in einer globalisierten Welt neu verorten muss. Doch nicht nur die UN als Institution, auch das Völkerrecht als Fundament einer globalen Rechtsordnung steht vor neuen Herausforderungen. Ob ethnische Kriege gegen die Zivilbevölkerung, zerfallende Staaten, internationaler Terrorismus oder - positiv betrachtet - zunehmende Demokratisierungsprozesse und zivilgesellschaftliche Entwicklungen: in einer globalisierten Welt mit Staatsgrenzen überschreitenden oder gar aufhebenden Phänomenen bedarf das vormals rein staatszentrierte Völkerrecht einer neuen Ausrichtung. Mit dem Vortrag „Die Zukunft des Völkerrechts“ des Verfassungsrichters Brun-Otto Bryde stellte die Heinrich-Böll-Stiftung im November 2003 ihren Gesprächskreis „Die Rolle des Völkerrechts in einer globalisierten Welt“ vor. Rund 20 Expertinnen und Experten aus Wissenschaft und Politik diskutieren einmal im Monat die verschiedenen Aspekte des Völkerrechts angesichts von neuartigen Bedrohungen wie der Proliferation von Massenvernichtungswaffen und den internationalen terroristischen Netzwerken. Die Runde soll zudem konkrete Vorschläge für eine verbesserte Entscheidungs- und Handlungsfähigkeit der UN im Konfliktfall erarbeiten. Die monatlichen Treffen werden in unregelmäßigen Abständen durch öffentliche Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen ergänzt. Ein eigenes Internet-Dossier zum Thema „Völkerrecht“ stellt Artikel, Aufsätze und Vorträge, die sich mit der Zukunft des Völkerrechts befassen, zum Download zur Verfügung. Eine Publikation zur Zukunft des Völkerrechts ist in Vorbereitung.

[www.boell.de/voelkerrecht](http://www.boell.de/voelkerrecht)

## **Vierte Außenpolitische Jahrestagung der Heinrich-Böll-Stiftung**

Europas Rolle in der Welt hat sich nach dem 9. November 1989 und dem 11. September 2001 grundlegend verändert. Mehr und mehr interveniert Europa politisch – und in Einzelfällen militärisch – auch in regionalen Konflikten außerhalb des eigenen Kontinents. Die innereuropäischen Auseinandersetzungen über den Irakkrieg machten deutlich, wie dringend gemeinsame Interessen definiert und Strategien gefunden werden müssen. Die vierte Außenpolitische Jahrestagung der Heinrich-Böll-Stiftung in Berlin stand im Zeichen einer künftigen „Europäischen Sicherheitsstrategie“. Vom 12. bis 13. November 2003 diskutierten Vertreterinnen und Vertreter von Politik und Think Tanks aus Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Belgien, Polen, Tschechien, Aserbeidschan und den USA die Frage nach den strategischen Zielen der europäischen Außenpolitik, den dazu notwendigen Instrumenten und institutionellen Rahmen.

Ob Europa überhaupt das Potenzial und die Berufung zu einer „Weltmacht“ hat, und wie zivil bzw. militärisch Europas Rolle in der Welt zukünftig sein soll, diskutierten zum Auftakt der Europaabgeordnete Daniel Cohn-Bendit, der ehemalige Clinton-Berater Ron Asmus, der Journalist Marek Ostrowski von der polnischen Zeitschrift *Polityka* und die Politikwissenschaftlerin Antje Wiener.

Auch das zukünftige Verhältnis Europas zu den USA spielte eine wichtige Rolle: Können Europa und die USA sich zu gleichberechtigten Säulen innerhalb der NATO entwickeln? Wird die NATO auch in Zukunft ein politisches Bündnis zur Herstellung von Sicherheit und Stabilität in Europa sein oder entwickelt sie sich zum Instrumentenkasten für ihre Mitglieder? Können „Koalitionen der Willigen“ funktionieren?

Eine Dokumentation der 4. Außenpolitischen Jahrestagung kann als CD-ROM bei [sascha@boell.de](mailto:sascha@boell.de) bestellt werden.

„Europa soll und muss einen Gestaltungsanspruch in der Welt haben. Wir haben in den letzten Jahren gemerkt, dass es in dieser Welt, wie immer in der Politik, nur zwei Möglichkeiten gibt. Da ich aber den jüdischen Witz mag: ‚Wenn du nur zwei Möglichkeiten siehst, dann wähle immer die Dritte‘, glaube ich, dass wir im Zusammenhang mit der Frage ‚zivile Macht oder Großmacht‘ uns überlegen sollten, wie wir die Welt am besten beeinflussen können.“ Dany Cohn-Bendit

## **Die Zukunft der gemeinsamen europäischen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) - eine Veranstaltungsreihe des Regionalbüros Brüssel**

Die Zerreißprobe durch den Irakkrieg und die Erweiterung der EU vor allem mit Staaten, die lange zum Machtbereich der Sowjetunion gehört haben, stellt die mühsam zustande gekommene gemeinschaftliche Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) vor neue Herausforderungen. In einer Reihe von elf Veranstaltungen erörterten Expertinnen und Experten aus Politik, NATO und anderen internationalen Organisationen, aus Wissenschaft, Militär und Nichtregierungsorganisationen die sich verändernde Rolle Europas als außen- und sicherheitspolitischer Akteur. Auf die Bedürfnisse der Zielgruppe zugeschnitten, fanden die Veranstaltungen um die Mittagszeit und in der Nähe der europäischen Institutionen statt. Die „Lunchdebatten“ entwickelten sich so zu einem populären Diskussionsforum. Die zentrale Frage war, auf welchen (unterschiedlichen und gemeinsamen) historischen Erfahrungen Europa aufbauen kann und welchen neuen Herausforderungen es sich stellen muss. Wie im Vorjahr sind die Ergebnisse der Veranstaltungsreihe in einer Druck- und Webpublikation erhältlich unter [www.boell.be](http://www.boell.be)

## **Konfliktmanagement in Israel**

Die Förderung einer politischen Kultur der Aushandlung ist für eine lebendige, demokratische Gesellschaft in Zeiten des Krieges unerlässlich. Dazu bedarf es einer aktiven Zivilgesellschaft, die um ihre Rechte weiß. Seit 1998 unterstützt das Büro der Heinrich-Böll-Stiftung in Tel Aviv die zivilgesellschaftlichen Kräfte im Land, um dem Ziel eines friedlichen Miteinanders näher zu kommen. Dabei ist Konfliktbearbeitung Teil des täglichen Geschäftes. Der so genannte „Sicherheitszaun“ zur Trennung Israels von den palästinensischen Gebieten hat international für Kritik gesorgt. In Berlin veranstaltete die Heinrich-Böll-Stiftung im September 2003 ein Streitgespräch mit Saleh Abdel Shafi, dem Direktor des Gaza Community Mental Health Programme und der Labor-Abgeordneten Yuli Tamir zu diesem Thema. Von der Weltöffentlichkeit eher unbemerkt blieben hingegen die innerhalb Israels im Laufe des Jahres 2003 errichteten Zäune bzw. Wälle zwischen reichen und armen Stadtvierteln. Das Israeli Social Forum, ein

Zusammenschluss von Organisationen für soziale Gerechtigkeit aller Bevölkerungsgruppen Israels und Partnerorganisation der Heinrich-Böll-Stiftung, organisierte im 2003 mehrere Vortrags- und Diskussionsserien zum Problem der internen Zäune und arbeitete mit angrenzenden Nachbarschaften an alternativen Möglichkeiten, die dem Mit-statt dem Gegeneinander dienen sollen. Die Unterstützung der arabischen Nachbarschaften ist bei der Arbeit des Israeli Social Forums genauso wichtig wie die fachliche Diskussion und Einbindung der Bewohner und Investoren der reichen Nachbarschaften.

Die Frage nach der Bedeutung und Rolle von Frauen in der Konfliktprävention, insbesondere im Nahostkonflikt, stand im Mittelpunkt einer Konferenz im März 2003 in Tel Aviv. Die Resolution 1325 des UN-Sicherheitsrates sieht die institutionelle Einbindung der Geschlechtergerechtigkeit auf allen Etappen von Friedensverhandlungen, Friedensbildungsmaßnahmen und in allen UN-Einsätzen vor. Dennoch lässt der Einfluss von Frauenfriedensgruppen zu wünschen übrig. Die israelischen Frauenorganisationen Isha le Isha und Kayan koordinierten die Teilnahme sowohl jüdisch-arabischer Organisationen wie Physicians for Human Rights und Bat Shalom als auch israelischer Politikerinnen wie Naomi Chazan und Organisationen aus den palästinensischen Gebieten. Am Ende waren sich die circa 150 Teilnehmerinnen und Teilnehmer einig, dass eine breitere Öffentlichkeit für die Resolution 1325 geschaffen werden muss, um auch auf den Ebenen der alltäglichen Politik zu wirken.

**Where are all the Women? Un Security Council Resolution 1325: Gender Perspectives of the Israeli-Palestinian Conflict.** Documentation of conference at Ramat Gan Law college in April 2003, Haifa 2004, 62 pages, erhältlich unter [hbstl@boell.org](mailto:hbstl@boell.org)

### **Heinrich-Böll-Stiftung im Kaukasus**

Im Juni 2003 eröffnete die Heinrich-Böll-Stiftung in der georgischen Hauptstadt Tiflis ein Regionalbüro und baut damit ihre bereits 1995 begonnene Arbeit im südlichen Kaukasus aus. Zwölf Jahre nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion ist der demokratische Neuaufbau im Südlichen Kaukasus durch zahlreiche ungelöste territorial-ethnische Konflikte, durch mangelnde Rechtsstaatlichkeit, Korruption und Verarmung der Bevölkerung bedroht. Die Stiftung will alle gesellschaft-

lichen Initiativen unterstützen, die diesen Zustand zu überwinden versuchen. Sie fördert u.a. das politische und soziale Empowerment von Frauen und engagiert sich in Bemühungen zur gewaltfreien Transformation der Konflikte in Berg-Karabach, Abchasien und Südossetien. Zusammen mit dem Moskauer Büro der Stiftung organisiert sie eine georgisch-russische Dialogreihe auf nichtoffizieller Ebene und führt regelmäßig öffentliche Debatten zu zentralen Reformfragen der georgischen Politik durch. In der aserbaidyschanischen Hauptstadt Baku arbeitet die Stiftung eng mit der Föderation der Menschenrechtsorganisationen zusammen und organisiert regelmäßig runde Tische zur Menschenrechtssituation in diesem Land.

Ein besonderes Anliegen der Stiftung ist es, Anregungen für eine aktive und konsistente Politik der Europäischen Union gegenüber dem Südkaukasus zu geben. Daher organisiert sie in Berlin, Brüssel und in der Region regelmäßig Workshops und Fachgespräche, um die Rolle einer gemeinsamen europäischen Außen- und Sicherheitspolitik in Bezug auf den Kaukasus zu diskutieren und für den Einschluss der Region in das „Wider-Europe“-Konzept der EU zu werben.

Zukünftig bietet die Stiftung auch jungen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern aus der Region Sur-place-Stipendien für Forschungen zu historischen, soziologischen und ökologischen Themen an und entwickelt mit ihnen grenzüberschreitende Medien- und Bildungsprojekte. Anlässlich der Büroeröffnung gab es eine Ausstellung zu Leben und Werk Heinrich Bölls in der georgischen Nationalbibliothek. Ein eigenes Kapitel der Ausstellung war den zwei Aufenthalten Bölls in Georgien und den intensiven Kontakten, die er zu Freunden in diesem Land unterhielt, gewidmet.

#### **Fachtagung: Wie weiter in Burma/Myanmar?**

##### **Entwicklungshilfe vs. Sanktionen?**

Wie kann man eine Militärdiktatur zum Abdanken bewegen? Seit der blutigen Niederschlagung der Demokratiebewegung im Jahr 1988 dominiert diese Frage die politische Agenda in Burma/Myanmar. Zwar hat die Nationale Liga für Demokratie (NLD), angeführt von der Friedensnobelpreisträgerin Aung San Suu Kyi, in den freien Wahlen von 1990 einen eindeutigen Sieg errungen, doch ist ihr die Übernahme der Re-

gierungsverantwortung verweigert worden. Das Büro der Heinrich-Böll-Stiftung in Chiang Mai, unweit der thailändisch-burmesischen Grenze, beobachtet seit Mitte 2000 die Entwicklungen in Burma. Ein Umstand, der zunehmend beunruhigt, ist die drohende „humanitäre Katastrophe“, die auf nationaler wie internationaler Ebene schnelle Entscheidungen erfordert. Im Mai 2003 führte die Heinrich-Böll-Stiftung in Berlin eine Fachtagung durch, bei der ein Beratungspapier vorgestellt wurde, das neben der Darstellung der Konfliktlage und Lösungsansätze die Möglichkeiten für einen deutschen Beitrag zur Verbesserung der Lebenssituation für die Menschen in Burma bei gleichzeitiger Förderung des politischen Reformprozesses erörterte. Zentraler Diskussionspunkt der Veranstaltung war die Sanktionspolitik und ihre bisherige Wirksamkeit. Die Meinungen hierzu waren äußerst konträr. So wurde zum einen eine Verschärfung von Sanktionen gefordert, zum anderen die relative Wirkungslosigkeit der Sanktionen aufgrund des Engagements Chinas und der ASEAN-Staaten im Land herausgestellt und betont, dass man sich mit der Isolierung des Regimes wichtiger Kommunikationskanäle und damit potenzieller Einflussmöglichkeiten beraubt habe. Eine Diskussion um die Aufhebung von Wirtschaftssanktionen durch die EU und die USA ohne substanzielle Zugeständnisse des Regimes sei andererseits aber nicht möglich.

Wenige Tage nach dieser Veranstaltung, am 30. Mai 2003, wurde Aung San Suu Kyi erneut verhaftet. Die Menschen im Land befinden sich somit nach wie vor in einer politischen Sackgasse. Aber die Frage des friedlichen Übergangs in eine demokratische Gesellschaft hat mit der so genannten „Bangkok Road Map“ eine neue Dynamik erfahren, die zu vorsichtiger Hoffnung veranlasst.

Die Heinrich-Böll-Stiftung wird auch in Zukunft versuchen, mit kleinen Beiträgen dafür zu wirken, einen politischen Lösungsprozess voranzubringen und dabei den bereits vorhandenen Raum für vorsichtiges Bürgerengagement im Land nutzen.

### **Die Herausforderungen für Frieden und Sicherheit in Somalia und dem Sudan**

Frieden, Sicherheit und Stabilität in Ostafrika zu schaffen, darum bemüht sich die internationale Gemeinschaft seit Jahren erfolglos.

Angesichts der Schwere und der Auswirkungen dieser Konflikte haben die Staaten Uganda, Äthiopien und vor allem Kenia der Suche nach Friedensvereinbarungen in ihren Nachbarstaaten Somalia und Sudan eine hohe Priorität zugewiesen. Die Heinrich-Böll-Stiftung, seit Beginn der 90er Jahre in der Region aktiv und seit 2001 mit einem Regionalbüro in Nairobi vor Ort, nutzt den politischen Willen der kenianischen Regierung sowie ihre reiche Erfahrung in der Arbeit mit Friedensaktivisten in der Region, um eine Zusammenarbeit zwischen Zivilgesellschaft und Staat, kriegsgerischen Führern von Splittergruppen und anderen Stakeholdern in dem Friedensprozess voranzutreiben. Die Stiftung weiß um die wichtige Rolle, die einzelnen Menschen zukommt, wenn es darum geht, Gemeinden zu mobilisieren und erbitterte Gegner zur Verhandlung und Lösung ihrer Konflikte zu bewegen. Daher gehört es zu ihren vorrangigen Zielen, diese Akteure der Zivilgesellschaft zu stärken und die Bildung von Netzwerken und Friedensallianzen zu unterstützen.

Der laufende Friedensprozess für Somalia legt besonderen Wert auf Themen wie gute Regierungsführung, wirtschaftlichen Aufschwung oder gemeindebasierte Konfliktlösungen und Versöhnungsmechanismen. Solche Entwicklungen können teilweise dem Einfluss von engagierten Persönlichkeiten der Zivilgesellschaft zugeschrieben werden, die nach und nach mehr Raum bei Aktivitäten eingefordert haben, die traditionell dem Staat vorbehalten waren.

Die Heinrich-Böll-Stiftung unterstützt auch den Prozess des *Gender Mainstreaming* in der nationalen somalischen Friedens- und Versöhnungskonferenz. Durch die Mitwirkung von Frauen am somalischen Friedensprozess soll die Geschlechtergerechtigkeit und -gleichstellung bei der Schaffung der Institutionen und Verfahren für ein demokratisches Nachkriegs-Somalia sichergestellt werden.

Im Sudan änderte die Regierung auf Druck von außen ihre Haltung gegenüber der Opposition und der Zivilgesellschaft. Fragen von Frieden und Menschenrechten gelangen nun auf die Tagesordnung. Die Heinrich-Böll-Stiftung nutzte diese begrenzte Offenheit der Zentralregierung und förderte das National Civic Forum in Khartoum, um den Dialog fortzusetzen und die Zivilgesellschaft aktiv in alle Bereiche des Friedensprozesses einzubeziehen. Der Dialog gipfelte in einer Publikation mit dem Titel „Civic Society Dialogue on Peace, Democracy and Development“, einer Studie zu Staatsbürgerschaftsrechten, Minderhei-

tenrechten, Regierungsführung und Geschlechtergleichstellung im Sudan.

Die Herausforderungen in der Region hinsichtlich Frieden und Sicherheit sind zahlreich und schwierig. Da eine Demokratie und Frieden in der Region nicht ohne die aktive Teilnahme der Menschen erreicht werden können, wird die Heinrich-Böll-Stiftung auch weiterhin engagierte zivilgesellschaftliche Akteure unterstützen.

Publikation des Regionalbüros der Heinrich-Böll-Stiftung in Nairobi:

**„We the Women... for Peace:**

**Peace could be the colour that people choose to wear...“**

Kenia 2003, ed. by A.Ghirmazion, Anne Nyabera and Binyavanga Wainaina

## [Demokratie und Menschenrechte]

### **Die Stiftungsallianz „Bürgerlicher Bundesstaat“**

Mehr Bürgernähe, mehr Transparenz, eine gerechte Finanzaufteilung zwischen Bund, Ländern und Kommunen, Europatauglichkeit und Anpassung an die Herausforderungen einer globalisierten Welt – dies sind nur einige Forderungen, die an eine Reform des Föderalismus der Bundesrepublik Deutschland gestellt werden. Vorschläge zur Modernisierung erwarten Bundestag und Bundesrat von ihrer im Oktober 2003 eingesetzten „Kommission zur Modernisierung der bundesstaatlichen Ordnung“. Die Kommission soll bis zum Jahreswechsel 2004/2005 ihr Reformprogramm vorlegen, so dass die entsprechenden Grundgesetzänderungen noch vor den nächsten Bundestagswahlen in Kraft treten können. Eine Reihe renommierter deutscher Stiftungen, darunter auch die Heinrich-Böll-Stiftung, sehen den Erfolg dieses jüngsten Anlaufs zur deutschen Föderalismusreform als entscheidend für die Zukunft der Bundesrepublik. Um ihre Aktivitäten zu bündeln und gemeinsam an die Öffentlichkeit zu gehen, haben sich die Stiftungen im Herbst 2003 zur Stiftungsallianz „Bürgerlicher Bundesstaat“ zusammengeschlossen. Ziel dieser Initiative ist es, die politische Debatte als Impulsgeber und als zivilgesellschaftliches Forum zu begleiten und so Wege zu einer grundlegenden Erneuerung unseres Bundesstaates zu weisen. Ein erstes sichtbares Ergebnis der Stiftungsallianz ist eine prominent besetzte Veranstaltungsreihe unter dem Motto „Bürgerlicher Bundesstaat. Leitbilder eines modernen Föderalismus“ und die Website [www.buergerlicher-bundesstaat.de](http://www.buergerlicher-bundesstaat.de).

(In der Stiftungsallianz zusammengeschlossen sind: Heinrich-Böll-Stiftung, Konrad-Adenauer-Stiftung, Bertelsmann Stiftung, Ludwig-Erhard-Stiftung, Stiftung Marktwirtschaft, Friedrich-Naumann-Stiftung und die Hanns-Seidel-Stiftung)

### **Globalisierungskritik in Springerstiefeln?**

Globalisierungskritik und Protest gegen Sozialabbau – das passt nicht zum stereotypen Bild eines Rechtsradikalen: Glatze, Springerstiefel, dumm, arbeitslos... Wie die Zuschreibung „arbeitslos“ einer

Analyse nicht standhält, führt auch das Adjektiv „dumm“ in die Irre und unterschätzt die Wirkungen rechtsextremen Denkens. Auf Einladung der Heinrich-Böll-Stiftung analysierten im Januar 2003 Expertinnen und Experten aus Medien, Bildung, Sozialarbeit und Polizei rechtsextreme Ideologien und Strategien. Wie nutzen beispielsweise rechtsextreme Organisationen ideologisch und organisatorisch die aktuellen politischen Auseinandersetzungen um Globalisierung und Sozialabbau? Wer ist die Neue Radikale Rechte? Der Politikwissenschaftler Wolfgang Gessenharter nannte als Bestandteile neu-rechten Denkens u.a. die Absage an die NS-Ideologie, der Vorrang des Kollektivs vor dem Individuum, Freund-Feind-Denken und Aussonderung des Heterogenen. Was das neue Vorgehen anbelangt, so sollen mit einer „Querfrontstrategie“ Verbündete in anderen politischen Lagern gefunden werden. Zusammen mit dem „Drei-Säulen-Konzept“ der NPD („Kampf um die Straße, um die Köpfe und um die Parlamente“) wird eine Erosion der politischen Abgrenzung angestrebt. Zeitungen wie die *Junge Freiheit* sind solche Beispiele für politische Mimikry: „gezügelter Wortwahl zur Erlangung eines breiten Einverständnisses im demokratischen Spektrum“, so der Politikwissenschaftler Thomas Grumke. Oder man wendet sich auf Demonstrationen an die vermeintlichen deutschen Opfer der Globalisierung und ist bei der Suche nach den Verantwortlichen sehr schnell bei antisemitischen Hasstiraden. Bei aller Durchsichtigkeit der Agitation müssen demokratische Initiativen diese Umarmungsversuche zurückweisen. Mit Fachgesprächen wie diesen will die Heinrich-Böll-Stiftung Raum für Diskussionen bieten und ergänzt damit die Arbeit ihrer Landsstiftungen im Schwerpunkt Rechtsextremismus.

**Handbuch Rechtsradikalismus**, Personen-Organisationen-Netzwerke vom Neonazismus bis in die Mitte der Gesellschaft  
von Thomas Grumke, Bernd Wagner (Hrsg.)

**Volksgemeinschaft gegen McWorld**  
Rechtsintellektuelle Diskurse zu Globalisierung, Nation und Kultur  
Bulletin 3/2002, Zentrum Demokratische Kultur

## **Demokratie in Russland**

Das Jahr 2003 war für die Demokratie in Russland kein gutes Jahr. Mit dem überwältigenden Sieg der Putin-Partei „Einiges Russland“ bei

der Wahl zur Duma ist die Gewaltenteilung praktisch aufgehoben. Auch das Parlament ist nun, wie zuvor schon der Föderationsrat, die Justiz und die elektronischen Massenmedien de facto zu einem Teil der Exekutive geworden. Bereits die Festnahme von Michail Chodorkowskij, Vorstandsvorsitzender und Mehrheitsaktionär des größten russischen Ölkonzerns JUKOS, anderthalb Monate vor den Wahlen war ein Signal, dass auch der Reichste und Stärkste sich beugen muss, wenn es der Kreml denn will, und dass politische Unabhängigkeit nicht geduldet wird. Chodorkowkij, das machten viele Nichtregierungsorganisationen (NGOs) in einer Erklärung klar, war nicht wegen der vorgeblichen Steuervergehen festgenommen worden, sondern weil er begann, seine Geschäfte offenzulegen, und weil er zivilgesellschaftliche Initiativen und oppositionelle politische Parteien unterstützte.

Auch auf die Partnerorganisationen der Heinrich-Böll-Stiftung - NGOs wie Memorial oder das Fraueninformationszentrum - kommt eine neue, schwierige Rolle zu: Sie sind, neben einigen wenigen demokratischen Politikerinnen und Politikern, die letzten unabhängig politisch Handelnden im Land. Noch gibt es Möglichkeiten, auch mit staatlichen Stellen zusammenzuarbeiten - sechs Vertreterinnen und Vertreter von Partnerorganisationen der Heinrich-Böll-Stiftung sind Mitglieder in der Menschenrechtskommission beim Präsidenten. Putin selbst nannte sie einen seiner „Informationskanäle zur Wirklichkeit im Land“. Wenn es keine politische Opposition mehr gibt, dann braucht die Staatsführung andere „Fühler“ in die Gesellschaft, die zeigen, wann und wo es Probleme gibt. Diese Position birgt für die NGOs Chancen und Gefahren zugleich - zum einen die Möglichkeit, über direkte Kanäle in den Kreml konkrete Probleme anzugehen; zum anderen die Gefahr, der Illusion zu erliegen, tatsächlich politischen Einfluss zu haben. Die Heinrich-Böll-Stiftung wird ihre Partner weiter auf diesem schwierigen und verantwortungsvollen Weg unterstützen.

Ende Oktober, wenige Tage nach der Verhaftung Chodorkowskijs, konnten sich grüne Politikerinnen und Politiker aus Bundestagsfraktion und Bundesvorstand in Begleitung von Ralf Fücks ein Bild von der Stimmung in Russland machen. Sie trafen Vertreterinnen und Vertreter der Partnerorganisationen der Stiftung und anderer NGOs sowie die Vorsitzenden der beiden demokratischen Parteien Jabloko, Grigorij Jawlinskij, und Union der Rechten Kräfte, Boris Nemzow. Das Moskauer Büro der Stiftung lud zudem zu einer öffentlichen Diskussion

über die „Neue Weltordnung – Konflikte und Gemeinsamkeiten zwischen EU, Russland und den USA“ ein.

Informationen im Dossier zur Demokratiebewegung Russland unter:  
[www.demokratie-in-russland.de](http://www.demokratie-in-russland.de)

### **Die Rolle der Zivilgesellschaft und der Beitrag der Heinrich-Böll-Stiftung beim demokratischen Wandel in Kenia**

Die Zivilgesellschaft spielte im Demokratisierungsprozess in Kenia eine entscheidende Rolle. Über Jahre hinweg gehörte politische Unterdrückung und Verfolgung der Opposition in Kenia zum Alltag, verarmten die Menschen zusehends. Als Antwort auf das Versagen der Regierung gründeten sich zivilgesellschaftliche Initiativen auf praktisch allen Gebieten. So entstand eine der dynamischsten und vielfältigsten Zivilgesellschaften in Ostafrika. Die Heinrich-Böll-Stiftung unterstützt seit Jahren die zivilgesellschaftlichen Akteure im Kampf um Demokratisierung, von denen viele mit dem Regimewechsel Ende 2002 in die Regierung eintraten. Die versucht nun, Kenias führende Rolle in Ostafrika durch einen Beitrag zur Konfliktlösung in der krisengeschüttelten Region zurückzugewinnen. Kenia war und ist Gastgeber für Friedensgespräche für Somalia und den Sudan. Die Heinrich-Böll-Stiftung hat dafür gesorgt, dass Frauen an den Verhandlungen teilnehmen konnten, außerdem unterstützte sie Untersuchungen, Debatten und Workshops verschiedener Gruppen in Somalia, Sudan, Uganda und Eritrea (Diaspora). Schließlich fördert sie auch Künstlerinnen, um mit Ausstellungen dem Friedensprozess auch künstlerisch Ausdruck zu verleihen.

Die Stiftung nutzte den vergrößerten politischen Spielraum zudem für eine innovative Partnerschaft mit dem Fachbereich Politikwissenschaften und Öffentliche Verwaltung der University of Nairobi. In öffentlichen Vorlesungen renommierter Wissenschaftler, Politiker und Entwicklungsexperten wurden u.a. die Themen nachhaltige Entwicklung, Politik des Übergangs und Globalisierung behandelt. Ein bemerkenswerter Beitrag zum politischen Wandel in Kenia ist ein im Jahr 2003 veröffentlichtes Buch mit dem Titel „Die Politik des Übergangs: von KANU zu NARC“.

Um dabei zu helfen, dass die Zivilgesellschaft ihre Wächterrolle auch nach dem Regimewechsel nicht vernachlässigt, hat die Stiftung einen Thinktank zu sozialen, politischen und wirtschaftlichen Fragen unter dem Namen *Sayari* (Planet) ins Leben gerufen.

Publikationen des Büros in Kenia:

**The Politics of Transition in Kenya: From KANU to NARC**

Nairobi 2003, edited by Walter O. Oyugi; Peter Wanyande and C. Odhiambo Mbai

**Perspectives on Gender Discourse:**

**Women in Politics: Challenges of democratic transition in Kenya**

Nairobi 2003, edited by Maria Nzomo

Publikation des Büros in Nigera:

**Shari'a Implementation in Nigeria. Issues & Challenges on Women's Rights and Access to Justice**

edited by Joy Ngozi Ezeilo, Muhammed Tawfiq Ladan & Abiola Afolabi-Akiyode, Enugu: Women's Aid Collective (WACOL) / Lagos: Women's Advocates Research and Documentation Centre (WARDC) 2003, 278 pages, ISBN 978-36242-4-5

Download unter:

[www.boellnigeria.org/documents/Sharia%20Implementation%20in%20Nigeria.pdf](http://www.boellnigeria.org/documents/Sharia%20Implementation%20in%20Nigeria.pdf)

weitere Publikationen des Büros in Nigeria unter:

[www.boellnigeria.org/publications.html](http://www.boellnigeria.org/publications.html)

**Menschenrechte, Partizipation und Demokratisierung in Peru**

In Peru unterstützt die Heinrich-Böll-Stiftung u.a. Organisationen, die an der Aufarbeitung von Menschenrechtsverletzungen während des Bürgerkriegs arbeiten. Nach Schätzungen der peruanischen Wahrheits- und Versöhnungskommission fielen zwischen 1980 und 2000 nahezu 70.000 Menschen dem bewaffneten Konflikt zum Opfer. Die Aufarbeitung der Verbrechen der Vergangenheit ist eine wichtige Voraussetzung für die nationale Aussöhnung und die Stärkung der Zivilgesellschaft. So hat die Asociación Pro-Derechos Humanos in ihrem Radioprogramm *Acción Urgente* im Rahmen der Kampagne „Für Wahrheit und Gerechtigkeit“ ausführlich über alle Phasen und Ergebnisse des Untersuchungsprozesses der peruanischen Wahrheits- und Versöhnungskommission berichtet. Ausschnitte des Radioprogramms werden über 23 Sendeanstalten in den Provinzen gesendet.

Zukunftsfähigkeit, sub-regionale Integrationsprozesse und das Freihandelsabkommen sind die Arbeitsschwerpunkte des Centro de Asesoría Laboral del Perú. Die Partnerorganisation bietet Führungskräften Workshops zur Einführung in die Grundlagen für eine zukunftsfähige Entwicklung, erstellt Analysen für ausgewählte Sektoren wie z.B. Landwirtschaft, Bergbau und Energie und erarbeitet gemeinsam mit sozialen Organisationen Vorschläge für die Umsetzung der Menschenrechte in diesen Bereichen. Im Jahr 2003 stand insbesondere der Staatshaushalt und die Dezentralisierung bzw. Regionalisierung in Peru im Mittelpunkt der Arbeit.

Für die Rechte der Frauen setzt sich das Centro de la Mujer Peruana Flora Tristán ein. In Tagungen und Konferenzen werden z.B. die Ergebnisse der Wahrheitskommission über die Gewalt gegen Frauen im Bürgerkrieg in die Öffentlichkeit getragen. Themen der Workshops für Studentinnen „Feministischer Dialog zwischen den Generationen“ waren z.B. die Geschichte der feministischen Bewegung sowie Gender und Demokratie in einer globalisierten Welt.

### **Zwangsverheiratung in Afghanistan – 1. Forschungsbericht der Women and Children Legal Research Foundation**

Seit Sommer 2003 fördert die Heinrich-Böll-Stiftung in Afghanistan die Women and Children Legal Research Foundation (WCLRF), ein von afghanischen Juristinnen ins Leben gerufenes Frauen-Forschungsprojekt, das sich mit traditionellem Recht und dessen Auswirkungen auf die Lebenssituation von Frauen beschäftigt. Inzwischen ist der erste Forschungsbericht erschienen – er behandelt das bislang tabuisierte Thema *Bad*, die Zwangsverheiratung von Frauen als Wiedergutmachung bzw. Entschädigung bei Familien- oder Stammeskonflikten. Der Bericht dokumentiert zahlreiche Fälle von Mädchen und Frauen, die als Friedenspfand zwischen verfeindeten Familien, als Wiedergutmachung für einen verletzten oder ermordeten Sohn, eine nicht bezahlbare Schuld, einen Verstoß gegen die Familienehre etc. zwangsverheiratet werden. Er schildert die psychischen und sozialen Auswirkungen und verdeutlicht, wie ein Verbrechen mit einem weiteren kompensiert wird und die betroffenen Frauen, ihre Kinder und das gesamte familiäre Umfeld belastet. Zahlreiche Fälle aus Kabul widerle-

gen das weit verbreitete und relativierende Argument, die Zwangsverheiratung sei ein Problem der „rückständigen“ paschtunischen Gebiete. Der Bericht zeigt, dass über die Verankerung von Frauenrechten in der Verfassung hinaus weiterer Handlungsbedarf zum Schutz von Frauen im Zivil- und Strafrecht besteht. Die Frauen von WCLRF fordern daher neben zivil- und strafrechtlichen Reformen einen Rechtsschutz für Frauen sowie breit angelegte gesellschaftliche Aufklärungsprogramme unter Einbeziehung religiöser Führer und traditioneller Strukturen, um der Praxis von *Bad* ein Ende zu setzen. Zur Zeit setzt die WCLRF mit Mitteln der Heinrich-Böll-Stiftung ihre Forschungs- und Aufklärungsarbeit in weiteren Provinzen , u.a. der paschtunischen Provinz Paktia, fort.

**„Dialogforum Diversity“ und „Zukunftswerkstätten“**

Die Gestaltung der Einwanderungsgesellschaft ist eine der zentralen politischen Aufgaben der Zukunft. Im Laufe des vergangenen Jahrhunderts haben Flucht und Auswanderung stark zugenommen; die Gründe liegen in politischer Verfolgung, Krieg und wirtschaftlichen Krisen. Dies führt Menschen unterschiedlicher Herkunft, Identität oder Kultur zusammen. Fremde Sprachen, ungewohntes Verhalten und überraschende Weltanschauungen rufen in den Aufnahmeländern jedoch häufig Ablehnung und Spannungen hervor, die Menschen fürchten um ihre Traditionen und Werte. Doch wird eine Gesellschaft durch Vielfalt nicht bereichert? Regt nicht ein weltoffenes Lebens- und Arbeitsumfeld zu Innovationen an? Aber wie lässt sich eine offene Einwanderungsgesellschaft verwirklichen? Mit diesen Fragen setzt sich die Heinrich-Böll-Stiftung in ihrem Schwerpunkt „Migration/Interkulturelles Management“ auseinander. In der Reihe „Dialogforum Diversity“ diskutieren z.B. Vertreterinnen und Vertreter aus Wissenschaft, Politik, Wirtschaft und den Gewerkschaften über Praktiken und Politikansätze zu „Diversity Management“ und Chancengleichheit. Auch in den „Zukunftswerkstätten“ geht es um die Frage von Integration von Minderheiten und Migrantinnen und Migranten. Durch einen Verständigungsprozess zwischen allen gesellschaftlichen Akteuren sollen mittel- und langfristige Perspektiven für eine offene Einwanderungsgesellschaft entwickelt werden. Eine überregional ausgerichtete Werkstatt mit anschließender Fachkonferenz im Juli 2003 in Freiburg beschäftigte sich z.B. mit dem Thema „MigrantInnen und Medien“. Die Veranstaltung war eine Kooperation mit mehreren Freiburger Medieninstitutionen (Badische Zeitung, SWR, Radio Dreieckland, Informationszentrum 3. Welt), der Stadt Freiburg, zivilgesellschaftlichen Gruppen sowie europäischen Kooperationspartnern. Die Schirmherrschaft hatte der grüne Oberbürgermeister Dieter Salomon übernommen.

## **Das Kopftuch - viel Wirbel um ein Stück Stoff**

Mit der Klage einer muslimischen Lehrerin vor dem Bundesverfassungsgerichts im sogenannten „Kopftuchstreit“ entbrannte auch in Deutschland die Diskussion um den Umgang mit religiöser Vielfalt und die Grenzen der Toleranz angesichts einer politischen Instrumentalisierung von Religion. In Kooperation mit der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration, Marieluise Beck, veranstaltete die Heinrich-Böll-Stiftung im September 2003 eine öffentliche Podiumsdiskussion über das „Stück Stoff zwischen Religion, Politik und Kultur“. So bunt und vielfältig wie das ausschließlich von Frauen besetzte Podium war, so kontrovers waren auch die Meinungen. Zu den prominenten Teilnehmerinnen der Streitgesprächs gehörten Marieluise Beck und die vom Schuldienst suspendierte Fereshta Ludin, Grund- und Hauptschullehrerin, z.Zt. an der Islamischen Grundschule in Berlin.

## **„Migration - Citizenship - Ethnos“ - eine Konferenz in Toronto**

Für die Deutschen, aber auch für andere europäische Länder lohnt sich in Fragen zu einer Einwanderungsgesellschaft der Blick nach Nordamerika. Aus der dortigen Variante des „Multikulturalismus“ kann einiges für die Debatte um Migration und Integration im eigenen Land gelernt werden. Obgleich die Vereinigten Staaten und Kanada auf Immigration begründet wurden, sehen sie sich ähnlichen Schwierigkeiten gegenüber wie die Europäer. Vor diesem Hintergrund organisierte die Heinrich-Böll-Stiftung in Kooperation mit der University of Toronto im Oktober 2003 einen Wissenschaftskongress zum Thema „Migration - Citizenship - Ethnos. Incorporation Regimes in Germany, Western Europe and North America“ in Toronto. Nach einem Rückblick auf die Migrationsgeschichte Deutschlands und Europas seit 1945 und einem Vergleich mit Nordamerika ging es um die neuesten Entwicklungen im Hinblick auf Gesetze, Staatsbürgerschaft und politische Partizipation. Zahlreiche Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus Deutschland, Niederlande, Großbritannien, Kanada, USA und Israel, Journalisten sowie Politikerinnen und Politiker, die in der bundesdeutschen Zuwanderungs- und Integrationsdebatte eine Rolle spielen, nahmen an

der Konferenz teil. Unter ihnen waren auch Marieluise Beck, Rita Süßmuth, Vorsitzende des Sachverständigenrats für Zuwanderung und Integration, und Cem Özdemir, Bündnis 90/Die Grünen.

### **Reihe: Deutsche Geschichtsbilder - Kolonialgeschichte**

Nicht unerheblich für die Debatte um Einwanderungsgesellschaften ist die europäische Kolonialgeschichte. Diese hat gerade auch in Deutschland dazu beigetragen, dass bestimmte ethnische und rassistische Menschenbilder entstehen konnten und sich verfestigten. Zum Themenkomplex „Deutsche Geschichtsbilder - Kolonialgeschichte“ veranstaltete die Heinrich-Böll-Stiftung im vergangenen Jahr mehrere Podiumsdiskussionen sowie eine internationale Konferenz. Eröffnet wurde die Reihe mit einer Veranstaltung zur Analyse von rassistischen Menschenbildern und ihrer Entstehung. Die Konferenz „Koloniales Erbe, koloniales Trauma und Reparationen“ im Juni 2003 in Berlin beschäftigte sich mit der historisch-politischen Analyse der Einwanderungsbedingungen unter den Aspekten kolonialer Vergangenheit. Nach der Eröffnungsrede des renommierten Historikers Toyin Falola, Professor an der University of Texas, wurde gleich in der ersten Paneldiskussion deutlich, dass die bisherige Praxis kritisch revidierender Entwicklungspolitik von einer Reihe der Teilnehmerinnen und Teilnehmer in Konkurrenz zu der Forderung nach Reparationen gesehen wird. Diese Forderung wird nicht nur als materielle Kompensation des Unrechts der Sklaverei gesehen, sondern auch als Anerkennung staatlich verübten Unrechts durch den Kolonialismus. Zahlreiche Workshops boten Gelegenheit zur intensiven Auseinandersetzungen mit den verschiedenen Aspekten des Kolonialismus und seinen Auswirkungen bis zum heutigen Tag. Dabei zeigte sich auch hier eine starke Polarisierung: zwischen den Befürwortern einer afrozentristischen Position und denen, die auf eine Zusammenarbeit mit den ehemaligen Kolonialländern nicht verzichten wollen. Die Konferenz war die erste, die das Thema der Reparationsforderungen im Kontext der Kolonialgeschichte überhaupt auf die Agenda gesetzt hatte.

## [Geschlechterdemokratie]

Der Begriff „Gender“ ist auf dem besten Weg ins Guinness-Buch der Rekorde. Immer mehr öffentliche Verwaltungen und Organisationen, aber auch Unternehmen springen auf einen von der Europäischen Union ins Rollen gebrachten Zug namens „Gender Mainstreaming“ auf. Mit dieser organisationsbezogenen Strategie sollen nachhaltige Veränderungen in der Geschlechter- und Gleichstellungspolitik erreicht werden. Das „Gendern“ von politischen Entscheidungsprozessen, politischem Handeln sowie Projekten und Maßnahmen jeglicher Art soll auf allen Ebenen und von Anfang an selbstverständlich werden. Sowohl Führungskräfte als auch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sollen durch „Gender-Trainings“ „Gender-Kompetenz“ erwerben, „Gender-Analysen“ und „Genderorientierte Projektplanung“ sollen die frühzeitige Integration der „Gender-Perspektive“ absichern und mit „Gender-Controlling“ gesteuert werden. Die benötigten Finanzen werden durch eine „genderorientierte“ Haushaltsplanung bereitgestellt, der wiederum eine „Gender-Budget-Analyse“ zu Grunde liegt.

Die Heinrich-Böll-Stiftung hat sich, schon lange bevor „Gender Mainstreaming“ in Mode kam, dem politischen Ziel „Geschlechterdemokratie“ verschrieben und es als Gemeinschaftsaufgabe zum Organisationsleitbild erhoben. Demokratie wird hier in einem erweiterten Sinne gebraucht und bedeutet, zumindest als Möglichkeit, die Anerkennung von gleichen Rechten und Chancen für Verschiedene. Es geht dabei vor allem um die gerechte Verteilung der politischen Partizipationschancen von Frauen und Männern, um eine gerechte Verteilung der gesellschaftlichen Ressourcen und um die Kritik an autoritär-hierarchischen Strukturen in den privaten Verhältnissen sowie an explizit gewaltsamer Herrschaftsausübung von Männern über Frauen.

Sich als Organisation das Ziel Geschlechterdemokratie zu setzen und nach außen zu propagieren ist das eine. Die Heinrich-Böll-Stiftung hat dafür in den letzten Jahren viel publiziert, zahlreiche Veranstaltungen der politischen Bildung durchgeführt und so zu einer Verbreitung und Etablierung des Begriffs Geschlechterdemokratie beigetragen. Die Idee „Geschlechterdemokratie“ aber in der täglichen beruflichen Arbeit umzusetzen ist etwas anderes: eine viel größere Herausforderung, als es auf den ersten Blick scheint. Der Anspruch,

alle Aktivitäten mit Blick auf deren Auswirkungen auf die Lebenswirklichkeiten von Männern und Frauen zu gestalten sowie möglichst zu geschlechtergerechten und geschlechterdemokratischen Verhältnissen in allen Lebensbereichen beizutragen, ist nicht einfach und nicht von heute auf morgen zu realisieren. Er benötigt auf Seiten der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eine hohe Gender-Kompetenz und die volle Unterstützung der Führungs- bzw. Leitungsebene. Daran arbeitet die Heinrich-Böll-Stiftung auch in Zukunft weiter.

Informationen über das Konzept der Gemeinschaftsaufgabe Geschlechterdemokratie in der Broschüre „Gemeinschaftsaufgabe Geschlechterdemokratie in der Heinrich-Böll-Stiftung“, auch zum Download unter: [www.boell.de](http://www.boell.de)

**Weg zu Gender-Kompetenz - Mit Gender-Training Gender Mainstreaming umsetzen**  
Hrsg. von der Heinrich-Böll-Stiftung , 52 Seiten, zahlreiche Abbildungen

**Beispiele zur Umsetzung von Geschlechterdemokratie und Gender Mainstreaming in Organisationen**

Hrsg. von der Heinrich-Böll-Stiftung mit ihren Landesstiftungen.  
Schriften zur Geschlechterdemokratie der Heinrich-Böll-Stiftung Nr. 3  
Berlin 2003 (2. leicht veränderte Auflage), 48 Seiten

## **Geschlechterdemokratie wagen**

**Eine ‚Femmage‘ an Gunda Werner**

Geschlechterdemokratie - ein Wagnis? Sind wir nicht inzwischen so weit, dass Frauen und Männer gleichberechtigt sind, ja mehr: dass Frauen von staatlicher Seite so intensiv gefördert werden, dass eigentlich kein Rest an Diskriminierung mehr bestehen kann? Können wir uns den Luxus Geschlechterdemokratie überhaupt leisten, angesichts von Arbeitslosigkeit, staatlicher Verschuldung, Kriegsgefahren? Stehen nicht inzwischen weit wichtigere Themen auf der Tagesordnung? Und: Wie ernst meint es die Geschlechterdemokratie mit den Männern? Sollen sie wirklich damit auch angesprochen werden oder ist Geschlechterdemokratie nur neues Wort für Frauenförderung? Anlässlich der Veröffentlichung von Geschlechterdemokratie wagen, einer ‚Femmage‘ an Gunda Werner, lud die Stiftung im März 2003 Frauen und Männer ein, mit Autoren und Autorinnen des Buches diese Fragen zu diskutieren. Neben der Auseinandersetzung mit den Chancen und Risiken des Konzepts Geschlechterdemokratie ging es dabei auch um den Aus-

tausch von Erfahrungen aus dem „geschlechterdemokratischen“ Alltag in Arbeit, Politik und Partnerschaft.

Gunda Werner, bis zu ihrem Tod im Januar 2000 Referentin für Geschlechterdemokratie in der Heinrich-Böll-Stiftung, war als Vordenkerin wesentlich an der Entwicklung des Konzeptes Geschlechterdemokratie beteiligt und trug maßgeblich dazu bei, eine geschlechterdemokratische Praxis innerhalb und außerhalb der Heinrich-Böll-Stiftung zu etablieren.

#### **Geschlechterdemokratie wagen**

Mit Beiträgen u.a. von Werner Sauerborn, Mechthild Bereswill, Peter Döge, Barbara Holland-Cunz, Dörthe Jung, Ralf Lange, Claudia Neusüß, Gabriele Schambach, Henning von Bargen. Hrsg. von der Heinrich-Böll-Stiftung im Ulrike Helmer Verlag, Königstein/Ts. 2003, 296 Seiten, € 15,- ISBN 3-89741-113-X

#### **„Gender-Kompetenz durch Gender-Training“ - Weiterbildungsreihe**

Die Einführung und Umsetzung von geschlechterpolitischen Strategien in Organisationen erfordert von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ein hohes Maß an „Gender-Kompetenz“. Um diese zu entwickeln und zu fördern bietet die Heinrich-Böll-Stiftung „Gender-Trainings“ an. In diesen Fortbildungsseminaren setzen sich die Teilnehmenden mit eigenen und gesellschaftlich zugeschriebenen Geschlechterrollen(-bildern) auseinander. Sie erlernen verschiedene Umsetzungsstrategien von Geschlechterpolitik und die dazu notwendigen Instrumente und Methoden. Die berufsbegleitende Qualifizierungsmaßnahme befähigt die Teilnehmenden am Ende zur kompetenten Beratung bei genderspezifischen Fragestellungen in ihrem beruflichen Umfeld und zur Durchführung von Gender-Trainings. Mit diesem Weiterbildungsangebot wirkt die Heinrich-Böll-Stiftung auch federführend an der Festlegung von bundesweiten Qualitätsstandards mit. Seit 2001 wurden in Zusammenarbeit mit den Landesstiftungen Hamburg, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen bereits drei Weiterbildungsreihen durchgeführt. Die nächste beginnt im Mai 2004 in Potsdam, weitere Angebote sind für 2005 in Mecklenburg-Vorpommern und Bayern geplant.

Information unter: [gender@boell.de](mailto:gender@boell.de), [www.gendertraining.de](http://www.gendertraining.de)

## **Gender Dialog Sozialer Mainstream – Europäische Fachtagung zu Geschlechterdemokratie im Sozialen Dialog**

Die Europäische Kommission hat Vollbeschäftigung und die Stärkung der Solidarität zu einem Hauptziel der Beschäftigungspolitik erklärt. Der Soziale Dialog, also die Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, steht dabei im Zentrum. Nur wenn in den Gesellschaften ein breiter Konsens besteht, können wirtschaftliche und soziale Reformen erfolgreich zur Modernisierung und zum Wandel der EU beitragen. Seitdem Gender Mainstreaming im Amsterdamer Vertrag von 1997 für alle EU-Staaten verbindlich festgelegt wurde, zeigen sich positive Veränderungen. Da die Entwicklung innerhalb der EU jedoch sehr unterschiedlich verläuft, ist ein Austausch über Maßnahmen und Strategien der Anwendung von Gender Mainstreaming erforderlich. Die Fachtagung der Heinrich-Böll-Stiftung „Gender Dialog Sozialer Mainstream“ im September 2003 leistete dazu einen wichtigen Beitrag. Neben Informationen zu Nutzen, Vorteilen und Grenzen von Gender Mainstreaming standen die gesellschaftspolitischen Rahmenbedingungen und die Veränderung von Politikgehalten durch konsequentes Gender Mainstreaming im Mittelpunkt des Austausches. Expertinnen und Experten präsentierten Instrumente, Maßnahmen und Strategien zur Umsetzung von Gender Mainstreaming.

### **Gender Dialog Sozialer Mainstream**

Dokumentation einer Fachtagung der Heinrich-Böll-Stiftung am 5./6. September 2003 in Berlin. Schriften zur Geschlechterdemokratie, erscheint voraussichtlich im Herbst 2004, download unter: [www.boell.de](http://www.boell.de)

### **„Männer und Sex(ualität)“ und „Männlichkeit und Krieg“ zwei Fachtagungen des Forum Männer in Theorie und Praxis der Geschlechterverhältnisse**

Sex ist in vielerlei Hinsicht zu etwas Öffentlichem geworden: Tausende von Zeitschriften, Filme und Bücher besprechen das Thema auf unterschiedliche Weise. Tabus werden gebrochen, Sex wird veröffentlicht. Auch männliche Körper werden inzwischen als Sex-Objekte dargestellt, verbunden mit Zuschreibungen, die eingeschränkte Männlichkeits- und Körperbilder vermitteln: „Waschbrett“-Bauch, sexuell omnipotent und immer bereit, stark und gefühlvoll etc.

Wenn es stimmt, dass Männer es auf Grund ihrer Sozialisation schwerer haben, ihre Gefühle wahrzunehmen, zu zeigen und über sie zu sprechen, dann trifft dies umso mehr auf das Thema Sexualität zu. Mit der Berliner Fachtagung „Männer und Sex(ualität) - Erotik im Geschlechterverhältnis“ im Juni 2003 bot die Heinrich-Böll-Stiftung Raum für einen kreativen Umgang mit der (vermeintlichen) Sprachlosigkeit. Die Annahme, der Umgang mit Sexualität sei ein Spiegelbild für den Umgang von Männern und Frauen mit ihren Körpern, Gefühlen und mit dem Geschlechterverhältnis insgesamt, wurde im Laufe der Veranstaltung vielfach bestätigt. So machten der Schriftsteller und Soziologe Rainer Neutzling und der Autor Thomas Gesterkamp in ihren Beiträgen deutlich, wie sehr auch zu Beginn des 21. Jahrhunderts noch grobmaschige Klischees die sexuellen Beziehungen zwischen den Geschlechtern bestimmen. Welche Zugänge und Räume Männerarbeit bieten kann, eigenen Wünschen, Bedürfnissen, Gefühlen und Erfahrungen nachzuspüren und ein positives Gefühl zur eigenen Sexualität zu entwickeln und zu leben, erläuterte Andreas Goosses aus seiner Praxis als Männergruppenleiter und Trainer. In einem vertiefenden Workshop konnten die Teilnehmenden Methoden und Konzepte aus der Männerarbeit kennenlernen.

Andreas Goosses: „Mir berichten oft Männer, dass sie mit ihrer sexuellen Situation nicht zufrieden sind. Sie leben phasenweise oder fast immer mit Mangelgefühlen, Sehnsüchten, haben Hemmungen und Ängste, verdrängen ihre Wünsche und Bedürfnisse. Zusätzlich sind manche verunsichert, weil sie nicht den vermittelten Männerbildern entsprechen. Die sexuelle Freiheit oder die Befreiung der Lust sind für sie nicht Realität.“

**Männer und Sex(ualität) - Erotik im Geschlechterverhältnis** - Dokumentation einer Fachtagung der Heinrich-Böll-Stiftung mit dem „Forum Männer in Theorie und Praxis der Geschlechterverhältnisse“ am 6./7. Juni 2003 in Berlin. Schriften zur Geschlechterdemokratie Nr. 8, Berlin 2003, 64 Seiten, Download unter: [www.boell.de](http://www.boell.de)

Die Tagung im Herbst befasste sich mit dem Thema „Männlichkeit und Krieg“. Die wenigsten bewaffneten Konflikte der letzten Jahre waren „traditionelle“ Kriege, also militärische Konflikte zwischen souveränen Staaten. Überwiegend handelte es sich um regionale Auseinandersetzungen zwischen unterschiedlichen Macht- und Interessengruppen. Männer werden in diesen Konflikten in der Regel als Hauptakteure und Nutznießer wahrgenommen, als Opfer hingegen werden sie kaum

thematisiert. Hier spiegeln sich Konstruktionen von „Männlichkeit“ und „Weiblichkeit“ wider, die zum einen konstituierend für Konfliktformen und -verläufe sein können und zum anderen selbst durch diese reproduziert werden. Im Vordergrund der Tagung stand daher die Frage, wie sich – aus sozialwissenschaftlicher und psychoanalytischer Sicht – Krieg und Männlichkeitskonstruktionen bzw. Geschlechterkonstruktionen gegenseitig formen. Neben den einführenden Beiträgen zu Militär und Geschlechterverhältnissen von Dr. Christine Eifler, Sozialwissenschaftlerin, und Willi Walter, Männer-, Geschlechter- und Gewaltforscher, boten Foren und Workshops die Gelegenheit, das Thema zu vertiefen. Den Blick auch auf Männer als Opfer von Krieg zu richten gelang insbesondere durch ein Zeitzeugengespräch, das der Männerforscher Hans-Joachim Lenz mit Günter Hans Schmidt führte, der als Junge den Bombenkrieg in Nürnberg erlebte.

**Männlichkeit und Krieg** - Dokumentation einer Fachtagung der Heinrich-Böll-Stiftung mit dem „Forum Männer in Theorie und Praxis der Geschlechterverhältnisse“ am 7./8. November 2003 in Berlin. Schriften zur Geschlechterdemokratie, erscheint voraussichtlich im Herbst 2004, download unter: [www.boell.de](http://www.boell.de)

Das Forum Männer in Theorie und Praxis der Geschlechterverhältnisse wird von der Stabsstelle Gemeinschaftsaufgabe Geschlechterdemokratie koordiniert sowie finanziell und ideell unterstützt. Es ist ein Netzwerk von Männern aus den Bereichen Forschung, Bildung, Beratung und Politik, das seit drei Jahren halbjährliche Fachtagungen auf der Galerie der Heinrich-Böll-Stiftung in Berlin veranstaltet.

## [Feministisches Institut]

Das Jahr 2003 war für das Feministische Institut (FI) ein Jahr der Veränderungen und der Neuorientierung. Als Ergebnis einer externen Wirkungsanalyse wurde für das FI eine thematische Schwerpunktsetzung und eine Veränderung seiner ehrenamtlichen Strukturen vorgenommen. Damit soll zum einen das Profil geschärft, zum anderen eine stärkere Integration feministischer Perspektiven in die Stiftung erreicht werden. An den programmatischen Zielen des FI - der Transfer innovativer feministischer Ansätze und Forschungsperspektiven in die politische Praxis, internationale Vernetzung und Nachwuchsförderung - hat sich jedoch nichts geändert. Entsprechend führte es die anerkannten und eingeführten Formate „Green Ladies Lunch“ und das „Gunda-Werner-Promotionskolleg“ fort.

Angesichts der internationalen Krisen und Problemlagen und in Anknüpfung an seine bisherigen Aktivitäten im Bereich Frauen- und Menschenrechte wird sich das FI in den nächsten zwei Jahren auf den Themenschwerpunkt „Sicherheits-, Friedenspolitik und zivile Konfliktprävention aus feministischer Perspektive“ konzentrieren. Zu diesem Thema fanden 2002/3 bereits zahlreiche Veranstaltungen statt. In einem Workshop im Januar 2003 z.B. formulierten Expertinnen aus der feministischen Friedens- und Sicherheitspolitik Forderungen an die Bundesregierung zur Umsetzung der UN-Resolution 1325. Die Ergebnisse konnten im Anschluss bei einem „Green Ladies Lunch“ u.a. mit Kerstin Müller, der Staatsministerin im Auswärtigen Amt, diskutiert werden. Infolge dieser (und anderer) Veranstaltungen gründete sich im März der „Frauensicherheitsrat“, ein Zusammenschluss engagierter Expertinnen aus Wissenschaft und Forschung, aus Frauen-, Menschenrechts- und Entwicklungshilfeorganisationen sowie aus Friedensgruppen und politischen Stiftungen. Der Rat soll die Bundesregierung während ihrer 2-jährigen Beteiligung im UN-Sicherheitsrat mit Initiativen und Vorlagen zur Umsetzung der UN-Resolution 1325 unterstützen und zugleich deren Aktivitäten kritisch überwachen. Die Geschäftsführerin des FI, Gitti Hentschel, wurde in die 10-köpfige Steuerungsgruppe des Frauensicherheitsrates gewählt.

Im Oktober veranstaltete das FI in Zusammenarbeit mit der Friedrich-Ebert-Stiftung die internationale Tagung „Human Security = Women's

Security? - Keine nachhaltige Sicherheit ohne Geschlechterperspektive", die grundlegende Erkenntnisse für ein geschlechterpolitisches Verständnis von Sicherheit und Sicherheitspolitik lieferte.

Um die Entstehung von Geschlechterkonstruktionen und deren Auswirkungen auf Prozesse der Demilitarisierung und Friedenspolitik differenziert zu betrachten, führte das FI im Mai das interdisziplinäre Colloquium „Pazifistinnen/Pazifismus - Friedens- und Konfliktforschung als Geschlechterforschung" in Kooperation u.a. mit dem Zentrum für interdisziplinäre Frauen- und Geschlechterforschung der TU Berlin durch. Das Colloquium erwies sich als gelungenes Experiment für den schwierigen Diskurs zwischen historischer und sozial- und politikwissenschaftlicher (Geschlechter)forschung. Weitere Kooperationsveranstaltungen gab es zu „Frauen im Iran und in der Türkei" und „Kriegsgewalt gegen Frauen - Beispiel Bosnien".

Das 2. Gunda-Werner-Promotionskolleg zu „Genderdynamiken in gewaltförmigen Konflikten" begann im vergangenen Jahr in Kooperation mit der Universität Bremen (PD Dr. Christine Eifler), assoziiert mit der Fachhochschule Regensburg (Prof. Dr. Ruth Seifert) und dem Studienwerk der Heinrich-Böll-Stiftung. Das 1. Gunda-Werner-Promotionskolleg zum Thema „Organisationsreform und Geschlechterdemokratie im globalen Kontext" wurde 2003 mit einem Auswertungsworkshop und einer Podiumsdiskussion beendet. Insgesamt sieben Stipendiatinnen konnten gefördert werden, zwei Stipendiatinnen schlossen ihre Promotion inzwischen erfolgreich ab, die anderen Abschlüsse sind absehbar.

Weiterhin große Resonanz erfuhr das „Green Ladies Lunch" (mit Claudia Roth als Schirmfrau), das der politischen Meinungsbildung, der Vernetzung und dem Informationsaustausch zwischen engagierten Frauen aus grünen und anderen frauenpolitischen Zusammenhängen dient und inzwischen zunehmend jüngere Frauen anzieht. Zwei der drei Termine konzentrierten sich aus aktuellem Anlass auf europapolitische Fragestellungen: feministische und migrationspolitische Anforderungen an den EU-Konvent; und Möglichkeiten der Gleichstellungspolitik im europäischen Vergleich am Beispiel von Versicherungen. Erfolgreich fortgeführt wurde auch der in Anlehnung an das Berliner Konzept entwickelte „Ladies Lunch on Tour", an dem bislang neun Landesstiftungen beteiligt sind - vorwiegend mit arbeitsmarkt- und wirtschaftspolitischer Themenstellung.

Zur bedarfsgerechten perspektivischen Weiterentwicklung ließ das FI im Jahr 2003 sein virtuelles Institut GLOW evaluieren. Nachdem die Nachfrage nach Online-Seminaren und die Beteiligung am GLOW-Campus-Netzwerk durch die Hochschulen zurückgegangen war, weil eigene Kommunikationsplattformen an bundesdeutschen Hochschulen inzwischen Online-Seminare ermöglichen, hatte das FI bereits Anfang 2003 seine Aktivitäten im Bereich GLOW-Campus eingeschränkt. Die Evaluationsergebnisse zeigen, dass GLOW insgesamt die inhaltlichen Ansprüche und Informationsbedürfnisse der Userinnen weitgehend erfüllt. Sie wünschen sich jedoch eine bessere Übersichtlichkeit und schnellere Auffindbarkeit der Angebote. Das Ergebnis ist von besonderer Bedeutung, da die GLOW-Userinnen zu einer außergewöhnlich qualifizierten Gruppe von Internet-Nutzerinnen gehören, die außerdem politisch besonders engagiert sind und vorwiegend in den Bereichen Genderstudies, Frauenarbeit und Frauenpolitik arbeiten. Allerdings ist GLOW insgesamt noch zu wenig bei den anderen Zielgruppen des Feministischen Instituts bekannt.

Im Interesse der Kontinuität und Netzwerkpflge ging das FI auch 2003 weitere Kooperationen ein bzw. setzte bestehende fort. Mit der Universität Münster, dem Bundesministerium für Bildung und Forschung und dem Studienwerk der Heinrich-Böll-Stiftung veranstaltete das FI einen Workshop zur Präsentation von Forschungsergebnissen über Frauen in der Wissenschaft: „Simply the Best“. Mit der Berliner Senatsverwaltung für Wirtschaft, Arbeit und Frauen kooperierte das FI für eine internationale Fachtagung „Eingreifen bei häuslicher Gewalt - Europäische Erfahrungen bei der Verbesserung von Hilfeangeboten für Frauen - Bilanz und Perspektiven“, die am 25. November durchgeführt wurde, dem internationalen Tag gegen Gewalt gegen Frauen.

Für den Bereich der ehrenamtlichen Arbeit entwickelte das FI auf Empfehlung seines Kuratoriums ein Konzept fachlicher Begleitung und Unterstützung seiner Arbeit: Zum einen soll dies durch eine externe Arbeitsgruppe zu einem jeweiligen Schwerpunktthema erfolgen, zum anderen - als Experiment zunächst zeitlich begrenzt - durch eine „Zukunftswerkstatt Feminismus“, die einen Brückenschlag zwischen feministischen gendergeleiteten Theorien und verschiedenen politischen Praxen darstellen und die zukunftsweisenden Themen für das FI identifizieren soll. Das bisherige Kuratorium geht auf eigenen Beschluss in diesen beiden Gremien auf.

UN-Resolution 1325: Frauen müssen „in den nationalen, regionalen und internationalen Institutionen und Mechanismen zur Verhütung, Bewältigung und Beilegung von Konflikten auf allen Entscheidungsebenen“ stärker vertreten sein. Die deutschsprachige Dokumentation der Resolution ist beim FI erhältlich

Die zentralen Beiträge dieser Veranstaltung sind nachzulesen in der Dokumentation:

**„Feministische Theorieansätze in der Friedens- und Sicherheitspolitik. Perspektiven der Einflussnahme auf den UN-Sicherheitsrat“**

Schriften des Feministischen Instituts Nr. 6

Berlin 2003, 92 Seiten, € 5,-

Weitere Informationen unter [www.glow-boell.de](http://www.glow-boell.de)

## [Zukunft der Arbeit und des Sozialen]

### **„Small is beautiful - Politik für kleine und mittlere Unternehmen“ Tagung der Reihe „Zukunft der Arbeit“**

Es sind vor allem die Klein- und Kleinstunternehmen, die selbst in schwierigen Zeiten noch Arbeits- und Ausbildungsplätze schaffen. Die Förderung des Mittelstandes findet sich demnach regelmäßig in Sonntagsreden und Parteiprogrammen wieder. Dass ein kleiner Betrieb andere Anforderungen an die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen stellt als ein „Mittelständler“ mit 500 Mitarbeitern, wird in der politischen Praxis allerdings noch nicht ausreichend berücksichtigt. Die Besonderheiten und Perspektiven von kleinen Unternehmen standen im Mittelpunkt einer gemeinsamen Tagung von UnternehmensGrün und der Heinrich-Böll-Stiftung im November 2003. Mit dem Tagungsort Leipzig wagte man ganz bewusst „den Sprung in den Osten“, so Ralf Fücks, Vorstand der Heinrich-Böll-Stiftung, in seinem Grußwort. Die „Fusionitis“ und Scheinblüte der New Economy hätten verdeckt, dass eine wirtschaftliche Erholung gerade auch in den neuen Ländern nur von unten erfolgen könne. Es sei Zeit, die Probleme der kleinen Unternehmen wie niedrige Eigenkapital-Quote, fehlender Zugang zu Krediten oder zu Forschungsergebnissen auf die politische Tagesordnung zu setzen. Ines Wrusch von UnternehmensGrün kam in ihren einleitenden Worten auf die mittelbaren Folgen staatlicher Überregulierung zu sprechen. So seien etwa die Verwaltungskosten pro Mitarbeiter in kleinen Unternehmen über zwanzig Mal höher als bei Beschäftigten in Großunternehmen. Ihr bitteres Fazit: „Die Kleinunternehmen fallen in der Politik durch den Rost, obwohl sie die Mehrheit stellen.“

In fünf parallelen Foren konnten einzelne Aspekte der betrieblichen Praxis kleiner Unternehmen diskutiert werden. Die praktischen Beispiele für den Erfolg kleiner Unternehmen lieferten dabei die Firmenvertreterinnen und -vertreter selbst. In der abschließenden Podiumsdiskussion, u.a. mit Fritz Kuhn, Sprecher der Arbeitsgruppe „Arbeit und Wirtschaft“, Bündnis 90/Die Grünen, und Martina Hübner, Erzgebirgische Backwaren GmbH, Unternehmerin des Jahres 2001, ging es um die „optimalen Rahmenbedingungen“ für kleine Unternehmen. Eine Dokumentation der Tagung erscheint im Sommer 2004.

## **Bürgerversicherung – Eine für Alle: Ein Modell für die Reform der Sozialsysteme? – Veranstaltungsreihe**

Mit der „Bürgerversicherung“ als zentralem Reformmodell hat die grüne Partei scheinbar eine Antwort auf die aktuellen und zu erwartenden Probleme der sozialen Sicherung gefunden. Die Heinrich-Böll-Stiftung wollte es mit ihrer Veranstaltungsreihe zur Bürgerversicherung aber noch genauer wissen: Ist die „Bürgerversicherung“ wirklich die richtige Antwort auf den Reformbedarf in Kranken- und Rentenversicherung? Welche Fragen beantwortet sie, welche lässt sie ungelöst? Wie steht sie im Verhältnis zur Grundsicherung, dem bisherigen Leitbild grüner Sozialpolitik? Und vor allem: Wie verhält sich die „Bürgerversicherung“ zu den verschiedenen Dimensionen des grünen Gerechtigkeitsbegriffs, die im Grundsatzprogramm festgehalten wurden – zur Generationengerechtigkeit, zur Geschlechtergerechtigkeit, zur sozialen Gerechtigkeit zwischen reich und arm, zur Teilhabegerechtigkeit? In vier Abendveranstaltungen gaben Politikerinnen und Politiker sowie Wissenschaftler, u.a. auch Mitglieder der Rürup-Kommission, Antworten auf diese Fragen. Debattiert wurde auch die nachhaltige Finanzierung der Sozialpolitik. Am Ende stand die Überzeugung, dass es wichtig sein wird, im Wahlkampf 2006 um die Bürgerversicherung zu streiten. Denn bei den Reformen von Kranken- und Rentenversicherungen handelt es sich um Entscheidungen von weitreichender Wirkung für die Gesellschaft – und nicht um technische Feinjustierungen, wie z.B. der Begriff „Gesundheitsmodernisierungsgesetz“ vermuten lässt.

### **Es geht auch anders – Impulse zur Modernisierung des Arbeitsmarkts**

Dokumentation einer Tagung der Heinrich-Böll-Stiftung in Kooperation mit UnternehmensGrün am 8. November 2003 in Leipzig  
Neu-Ulm/München 2003

### **Niedersachsen: Musterland für soziale Bürgergesellschaft**

Eine Studie von Judith Polerauer  
erstellt im Auftrag der Heinrich-Böll-Stiftung, Referat Arbeit, Soziales und Wirtschaftspolitik, Berlin 2004, 68 Seiten  
download unter [www.boell.de/arbeit](http://www.boell.de/arbeit)

### **Eine für Alle: Ein Modell für die Reform der Sozialsysteme?**

Eine Textsammlung zur Veranstaltungsreihe Bürgerversicherung von Dezember 2003 bis Januar 2004 in Berlin, Berlin 2004  
download unter [www.boell.de/arbeit](http://www.boell.de/arbeit)

## [Bildung, Wissenschaft und Neue Medien]

Die bildungs- und wissenschaftspolitische Arbeit der Heinrich-Böll-Stiftung orientierte sich auch im Jahr 2003 am aktuellen Wandel der Industriegesellschaft zur Wissensgesellschaft. Wissen, insbesondere wissenschaftliches Wissen, wird zur Schlüsselressource, Bildung zur Bedingung für die Teilhabe am sozialen Leben.

[www.wissensgesellschaft.org](http://www.wissensgesellschaft.org)

Die Bildungskommission der Heinrich-Böll-Stiftung stellte 2003 zwei Empfehlungen zur Schulreform vor. Die Empfehlung „Lernkonzepte für eine zukunftsfähige Schule“ plädiert für eine Umorientierung weg von den überfüllten Lehrplänen hin zu Lernprozessen, die zum Handeln befähigen. Mit der Empfehlung „Schule und Migration“ wendet sich die Bildungskommission einer Gruppe von Kindern und Jugendlichen zu, deren Lernerfolge, wie die Befunde der PISA-Studie erneut drastisch verdeutlichten, an deutschen Schulen besonders gefährdet sind.

### **Selbstständig lernen - Bildung stärkt Zivilgesellschaft**

Sechs Empfehlungen der Bildungskommission der Heinrich-Böll-Stiftung  
Hrsg. von der Heinrich-Böll-Stiftung im Beltz Verlag, Weinheim 2004, 240  
Seiten, € 16,90, ISBN 3-407-25354-0

Die „Berliner Hochschuldebatten“ beschäftigten sich mit den Auswirkungen des Handelsabkommens GATS auf die Hochschulen und mit der Rolle der wissenschaftlichen Politikberatung, die nicht zuletzt durch die Expertenkommissionen - von Hartz über Rürup bis hin zum nationalen Ethikrat - zum Thema geworden ist.

[www.hochschuldebatten.de](http://www.hochschuldebatten.de)

Mit zunehmender Brisanz stellt sich in der Diskussion über die Richtung und die Grenzen des wissenschaftlichen und technologischen Fortschritts die Frage nach den Möglichkeiten der Kontrolle bzw. Regulierung der Biotechnologien. Diesem Thema widmeten sich die Veranstaltung „Menschenwürde und Lebensschutz: Biowissenschaften - quo vadis?“, die die Heinrich-Böll-Stiftung zusammen mit der Konrad-Adenauer-Stiftung durchführte, sowie die nachstehende internationale Arbeitskonferenz: „Within and beyond the Limits of Human Nature“.

## **„Within and beyond the Limits of Human Nature“**

### **Internationale Konferenz zur Biopolitik**

Vom 12. bis 15. Oktober 2003 kamen über 100 Vertreterinnen und Vertreter zivilgesellschaftlicher Organisationen aus 30 Ländern in Berlin zusammen, um in Diskussionsrunden, Arbeitsgruppen und informellen Gesprächen über die sozialen Folgen der humangenetischen und reproduktionsmedizinischen Technologien und ihre politische Regulierung zu beraten. Im Kontext der UN-Verhandlungen über eine internationale Konvention zum Verbot menschlichen Klonens war die Konferenz ein erster Schritt, um ein internationales Netzwerk als Basis für eine effektive zivilgesellschaftliche Einmischung in die Regulierung der humangenetischen Technologien zu schaffen. Die Debatte über die Grenzen, die der biotechnologischen Überschreitung der menschlichen Natur gezogen werden müssen, soll nicht länger der Ethik des wissenschaftlichen Establishments überlassen bleiben. Organisiert wurde die Konferenz von der Heinrich-Böll-Stiftung in Zusammenarbeit mit dem Berliner Institut Mensch, Ethik, Wissenschaft und dem amerikanischen Center for Genetics and Society. Die Themen der Konferenz erstreckten sich von der „Genetifizierung“ der biomedizinischen Forschung, den Tendenzen der Reproduktionsmedizin in Richtung einer konsumorientierten neuen Eugenik, über Biopiraterie bzw. Bioprivatisierung, Biobanken, Patente auf Leben und Strategien der Biotech-Industrie bis hin zum militärischen Gebrauch der humangenetischen Technologien.

Besondere Aufmerksamkeit erhielten strategische Fragen: Wie können wir, vor dem Hintergrund unterschiedlicher Interessensfelder wie Umwelt, Menschenrechte oder Frauen effektive Netzwerke aufbauen und die Sichtweisen der NGOs aus dem Norden und aus dem Süden zusammenführen? Wie lassen sich die Fragen um die Reproduktionstechnologien, ihre Erforschung und Vermarktung mit einer Kritik an der globalen Ungleichheit der Gesundheitsversorgung verknüpfen? Wie können wir produktiv mit der Spannung umgehen, die sich aus der Kritik an den pränatalen Diagnosetechniken, der Embryonenforschung und der Verteidigung des Abtreibungsrechts ergeben? Wo sind Brücken zwischen liberal-säkularen Argumenten gegen die „Technoeugenik“ und dem religiös-konservativen Engagement für den Lebensschutz?

Es stellte sich heraus, wie wichtig es ist, die gesellschaftlichen Folgen der Anwendung der neuen humangenetischen Technologien nicht isoliert zu betrachten. Erst vor dem Hintergrund der Vermarktlichung der Gesundheitssysteme, im Kontext der Frage nach sozialer Gerechtigkeit und im Rahmen globaler Regime des geistigen Eigentums zeigen sich die Konsequenzen der neuen Technologien, der Bedarf und die Ansatzpunkte ihrer gesellschaftlichen Regulation. Trotz unterschiedlicher Positionen zu einzelnen Themen wurden bereits während der Veranstaltung erste gemeinsame Aktionen geplant: Regionale Konferenzen im Nahen Osten, in Afrika, Mittel- und Südamerika und Asien, biopolitische Workshops auf dem Weltsozialforum in Bombay und dem 7. Weltkongress für Bioethik in Sydney.

Das Engagement der Heinrich-Böll-Stiftung als Moderatorin eines globalen zivilgesellschaftlichen Prozesses wurde von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern sehr begrüßt und die Fortsetzung der begonnenen Arbeit eingefordert. Dem möchte die Heinrich-Böll-Stiftung auch in Zukunft nachkommen.

### **Der Weltgipfel zur Informationsgesellschaft**

Die digitale Revolution und die Entwicklung des Internet zu einem Massenmedium verändern weltweit das politische, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Leben. Unter dem Eindruck der Hoffnungen und Befürchtungen, die mit diesen Veränderungen verbunden werden, initiierten die Vereinten Nationen den „Weltgipfel zur Informationsgesellschaft“ (WSIS) und beauftragten die International Telecommunication Union (ITU) mit der Ausrichtung in zwei Phasen. Im Dezember 2003 fand die erste Gipfelkonferenz in Genf statt, die zweite ist für November 2005 in Tunis geplant.

Mit diesem UN-Gipfel ist ein neues globales Forum entstanden, das in der Tradition der UN-Weltgipfel von Rio (1992) bis Johannesburg (2002) ein Novum in zweierlei Hinsicht darstellt: Der Auftrag der UN-Generalversammlung an den WSIS, eine Verständigung der Weltgemeinschaft über eine Vision von der Informationsgesellschaft sowie über Wege und Strategien für ihre Verwirklichung herbeizuführen, dokumentiert ein verändertes globales Problembewusstsein: Nicht nur nachsorgend sollen Lösungen für existierende Probleme gefunden wer-

den; vielmehr soll sich die Weltgemeinschaft vorsorgend auf gemeinsame Ziele und Wege einigen, die für eine gerechte und nachhaltige Verfassung der vernetzten Welt beschritten werden sollen.

Auch der Verhandlungsprozess stellt ein Novum dar: Die Einladung der UN-Generalversammlung zum Weltgipfel richtete sich nicht nur an die Regierungen der Mitgliedsländer, sondern auch an die Privatwirtschaft und die Zivilgesellschaft, als deren Teil sich auch die Heinrich-Böll-Stiftung versteht. Sie haben sich im Rahmen eines sog. Multistakeholder-Prozesses an den Diskussionen zur Vorbereitung des Gipfels beteiligt und ihren Einfluss auf die Entscheidungen der Regierungen geltend gemacht.

Auch wenn die hohen Erwartungen während der zweijährigen ersten Gipfelphase nicht eingelöst wurden, sind die Impulse nicht zu unterschätzen, die durch diesen Prozess freigesetzt wurden: Die Vision einer inklusiven Informationsgesellschaft ist nur durch Einschluss und aktive Beteiligung aller gesellschaftlichen Akteure - Politik, Wirtschaft, Zivilgesellschaft - zu verwirklichen. Dieses Bekenntnis der Regierungen gilt es nun ernst zu nehmen und über den Weltgipfel hinaus die demokratische Partizipation auf allen Ebenen - lokal, national und auf der Ebene der „Global Governance“ - zu erweitern und zu verfestigen.

Nach dem zweijährigen Verhandlungsmarathon haben sich die 176 Regierungsdelegationen erst in der Nacht vor Beginn der Gipfelkonferenz auf die beiden offiziellen Abschlussdokumente einigen können. Dass überhaupt eine Einigung zustande kam, wurde von allen Beteiligten mit Erleichterung, aber ohne Euphorie aufgenommen. Die Abschlussdokumente sind zu vage und widersprüchlich geblieben, der Konsens auf niedrigem Niveau. Der politische Wille hat gefehlt, den Blick „visionär“ in die Zukunft zu richten und sich auf Ziele und Wege zur Steuerung der konfliktbeladenen globalisierten Welt zu verständigen. Den unterschiedlichen zivilgesellschaftlichen Gruppen gelang es eher, sich am Ende auf eine eigenständige Deklaration zu verständigen: die „Charta der Bürgerrechte für eine nachhaltige Wissensgesellschaft“. So markieren die Regierungsbeschlüsse das unter den gegebenen Bedingungen der Globalisierung politisch Machbare, die Charta der Zivilgesellschaft dagegen die aus der Perspektive einer ge-

rechten, inklusiven und nachhaltigen Wissensgesellschaft Wünschenswerte.

Im Kern der „Charta“ geht es um den Entwurf einer globalen Wissensgesellschaft, die die Kommunikationsrechte der Menschen gewährleistet und somit sicherstellt, dass ihre für Kreativität und Innovation entscheidenden Wissensressourcen allen Menschen zugänglich sind und nicht durch Privatisierung und Kommerzialisierung verknüpft werden. Die „Charta“ hat eine „identitätsstiftende“ Plattform für die Interventionen unterschiedlicher zivilgesellschaftlicher Gruppen geboten, die sich im WSIS-Prozess engagieren und u.a. in Deutschland in einem Koordinierungskreis zusammengeschlossen haben. Mit Unterstützung der Heinrich-Böll-Stiftung hat sich dieses Netzwerk, gut vorbereitet und ausgestattet mit überzeugenden Argumenten, in die kritische Auseinandersetzung mit der Bundesregierung begeben und Anerkennung und manchmal auch Gehör verschafft. Gute Voraussetzungen für die Weiterführung der Arbeit in der zweiten WSIS-Phase.

#### **WSIS Declaration of Principles**

##### **„Building the Information Society: a Global Change in the new Millennium“:**

“We, the representatives of the peoples of the world, assembled in Geneva from 10-12 December 2003 for the first phase of the World Summit on the Information Society declare our common desire and commitment to build a people-centred, inclusive and development-oriented Information Society, where everyone can create, access, utilize and share information and knowledge, enabling individuals, communities and peoples to achieve their full potential in promoting their sustainable development and improving their quality of life, premised on the purposes and principles of the Charter of the United Nations and respecting fully and upholding the Universal Declaration of Human Rights.”

Hintergrundinformationen, Dokumente, Berichte zum WSIS und die Aktivitäten der deutschen und internationalen Zivilgesellschaft unter:

[www.worldsummit2003.de](http://www.worldsummit2003.de) (deutschsprachig) und

[www.worldsummit2003.org](http://www.worldsummit2003.org) (englischsprachig)

#### **Visions in Process**

##### **World Summit on the Information Society Geneva 2003 - Tunis 2005**

Berlin 2004, 64 Seiten, englischsprachige Aufsatzsammlung, in der im WSIS-Prozess aktive Vertreter der deutschen und internationalen Zivilgesellschaft Konfliktfelder des Gipfels analysieren und bewerten.

## [Kunst und Kultur]

### **Heinrich-Böll-Haus Langenbroich**

Seit der Gründung des Vereins „Heinrich-Böll-Haus Langenbroich e.V.“ im Jahr 1989 konnten inzwischen 107 Schriftstellerinnen und Schriftsteller, bildende Künstlerinnen und Künstler, Komponistinnen und Komponisten aus 29 Ländern in das ehemalige Wohnhaus der Familie Böll in der Eifel eingeladen werden. Die bewährte Zusammenarbeit zwischen der Heinrich-Böll-Stiftung, der Stadt Düren und dem Land Nordrhein-Westfalen ermöglichte den aus vielfach bedrängten Situationen kommenden Gästen, für einige Zeit finanziell abgesichert und frei von staatlicher Kontrolle oder Verfolgung kreativ und ungestört arbeiten zu können. Zusätzlich konnte 2003 die Zusammenarbeit in einem europaweit entstandenen Netzwerk von Institutionen, die politisch verfolgten Autorinnen und Autoren Hilfe anbieten, erfolgreich fortgesetzt werden.

Neben Lesungen und Kunstaussstellungen einzelner Gäste in der Region gab es im vergangenen Jahr noch einige größere Veranstaltungen und Projekte:

- im Februar 2003 zwei Lesungen des indonesischen Lyrikers und Schriftstellers Agus R. Sarjono im Literaturhaus Köln und in Berlin auf der Galerie der Heinrich-Böll-Stiftung;
- im Juni 2003 das Sommerfest des Vereins „Heinrich-Böll-Haus Langenbroich e.V.“, zu dem auch der Förderkreis der Heinrich-Böll-Stiftung eingeladen hatte,
- im Juli 2003 ein Lyrik-Abend mit Ales Rasanau und Norbert Hummelt in Köln.

### **Stipendiatinnen und Stipendiaten im Jahr 2003**

Mildred Ngesa, Schriftstellerin und Journalistin aus Nairobi/Kenia (Jahrgang 1975). Sie arbeitete für die „Kenya Times“, den „Sunday Standard“ und das „Life“-Magazine, seit 1996 ist sie beim „East African Standard“ beschäftigt. Im Jahr 1998 wurde sie für ihre Reportage über das Leben von Frauen (Kinderarbeit, frühe erzwungene

Heirat, Beschneidung, sexuelle Gewalt gegen Mädchen und Frauen) mit dem „Female Award for Media Excellence (FAME)“ des „Forum for African Women Educationlists (FAWE)“ ausgezeichnet. Im selben Jahr wurde sie, ebenfalls von FAWE, zur vielversprechendsten Nachwuchsjournalistin des Jahres gekürt. Im Dezember 1999 initiierte Mildred Ngesa eine Kampagne im „Life“-Magazine, um auf die prekäre Rechtslage von vergewaltigten Mädchen in Kenia hinzuweisen. Die Veröffentlichung der Geschichte eines 6 Jahre alten Mädchens führte zu einer Unterschriftenaktion und zur Vorlage einer Gesetzesänderung im kenianischen Parlament.

Toni Kan, Schriftsteller und Lyriker aus Lagos/Nigeria (Jahrgang 1971). Er studierte Englische Literatur und veröffentlicht seit 1997 Gedichte, Romane, Kurzgeschichten und Essays in verschiedenen Verlagen und Zeitschriften. Zuletzt erschien 2002 in Nigeria eine Sammlung von Gedichten unter dem Titel „When a Dream Lingers Too Long“. Bereits vor seinem literarischen Debüt in Nigeria gewann Toni Kan Essay-Wettbewerbe von „British Council“ und „Swiss Radio“, verbunden mit Reisen nach Schottland und in die Schweiz. Zuletzt bekam er im Jahr 2000 den 3. Preis des nigerianischen Poesie-Wettbewerbs „Muson Poetry Competition“.

Agron Tufa, Schriftsteller und Journalist aus Tirana/Albanien (Jahrgang 1967). Er studierte Literatur und Geschichte an der Universität Tirana, anschließend am Maxim-Gorki-Institut und dem Institut für europäische Kultur in Moskau. Tufa veröffentlichte bislang zwei Gedichtbände und einen Roman. Weitere lyrische Texte sowie Essays, Kritiken und publizistische Arbeiten erschienen in diversen albanischen Zeitschriften. Er gewann bereits mehrere Auszeichnungen, zuletzt im Jahr 2002 den 1. Preis des Nationalen Poesie-Wettbewerbes „Lulet e Veres“ (Albanien). Tufa ist auch als Übersetzer tätig - er übersetzte u.a. Gedichte von Josef Brodsky, Osip Mandelstam und Paul Celan sowie Prosa von Sacher-Masoch und Michael Bulgakov. Ferner ist er Herausgeber der Literaturzeitschrift „Aleph“, einer Zeitschrift für junge und neue albanische Literatur.

Anna Sidorenko, Bildende Künstlerin aus Lviv/Ukraine (Jahrgang 1958). Sie studierte Malerei an der Kunstschule in Lukansk und wech-

selte nach ihrem Abschluss an die Hochschule für Gestaltung in Char-  
kow, Fachrichtung Graphik. Es folgte eine Lehrtätigkeit an der  
Kunstschule in Donezk. Anna Sidorenkos künstlerische Schwerpunkte  
sind Graphik, Installationen, Land Art, Photographie und Video. Mit  
ihren Arbeiten war sie bislang auf zahlreichen Gruppen- wie Einze-  
lausstellungen vertreten. Ihre bevorzugten Materialien sind Wasser,  
Stein, Sand, Luft und Feuer. Mit diesen „Urquellen“ der Natur begibt  
sie sich – oftmals zusammen mit ihrem künstlerischen Partner Sergej  
Jakunin – auf die Suche nach Licht, Form, Ton, Bewegung, Zeit und  
Raum.

Sergej Jakunin, Bildender Künstler aus Lviv/Ukraine (Jahrgang 1954).  
Er studierte am Staatlichen Institut für Angewandte und Dekorative  
Kunst in Lwow und beschäftigt sich überwiegend mit Installationen,  
Photographie, Video, Land Art und Skulpturen. Seit 1976 nimmt Ja-  
kunin an internationalen Symposien und Ausstellungen teil. Stipendi-  
en führten ihn, zusammen mit Anna Sidorenko, u.a. ans Headland Cen-  
ter for the Arts nach Kalifornien.

Nicolae Coande, Schriftsteller aus Craiova/Rumänien (Jahrgang 1962).  
Er studierte an der Philologischen Fakultät in Craiova. Seit 1995  
hat er in Rumänien drei Gedichtbände veröffentlicht, seine lyrischen  
Texte erschienen darüber hinaus in zahlreichen Anthologien, darunter  
auch in „Gefährliche Serpentinaen, Rumänische Lyrik der Gegenwart“  
der Edition Druckhaus, Berlin.

Zudem arbeitet Coande bei verschiedenen Kulturzeitschriften wie *Ca-  
lende*, *Ramuri*, *Vatra*, *Romania Literara*, *Convorbiri Literare*. Für  
seinen ersten Gedichtband *On the Brink* wurde er 1995 mit dem „Roma-  
nian Writers Union Debut Award“, dem Preis des Rumänischen Schrift-  
stellerverbandes für das beste Debüt, ausgezeichnet; für seinen  
zweiten Gedichtband *Fincler* bekam er 1997 den Preis des Craiovaer  
Schriftstellervereinigung.

Neben den Stipendiaten der Heinrich-Böll-Stiftung waren im Haus Lan-  
genbroich auch Künstlerinnen und Künstler zu Gast, die durch den  
Böll-Fonds des Landes Nordrhein-Westfalen gefördert wurden:

Ales Rasanau, Dichter aus Sjaléz/Weißrussland (Jahrgang 1947). Nach seinem Studium in Brest arbeitete er zunächst als Dorfschullehrer, dann als Mitarbeiter und Redakteur in verschiedenen Verlagen und Zeitschriften. Er beschäftigte sich mit der Aufarbeitung der älteren weißrussischen Literatur, gab zahlreiche Werke neu heraus und machte sich auch als Übersetzer einen Namen. Seine ersten Gedichte datieren auf das Jahr 1961, er schreibt in Weirussisch, einer Sprache, die in sowjetischer Zeit unterdrückt wurde. Seine Texte konnten damals nur in stark zensierter Form erscheinen. 1990 allerdings, in der Zeit des Aufbruchs, bekam er den Janka-Kupala-Preis, den Staatspreis für weißrussische Literatur. Mitte der 90er Jahre, unter Präsident Lukasenko, fiel Rasanau erneut die Rolle des Regimegegners zu. Seine Werke wurden zensiert oder gar nicht erst publiziert. 1999 verließ er aus politischen Gründen die Redaktion der Monatszeitschrift *Krynica* und folgte Einladungen ins Ausland. Im Mai 2003 wurde er mit dem renommierten Herder-Preis ausgezeichnet. Seine Texte erschienen bislang in zahlreichen deutschsprachigen Literaturzeitschriften, sowie im Agora-Verlag, Berlin (*Zeichen vertikaler Zeit*, 1995; *Tanz mit Schlangen*, 2002), und im Revonnah Verlag, Hannover.

Zeynel Kizilyaprak, Journalist aus der Türkei (Jahrgang 1960). Im Jahr 1980 wurde er zum ersten Mal aufgrund seiner politischen Aktivitäten für fünfeinhalb Jahre inhaftiert. Seit den späten 80er Jahren arbeitet er als Herausgeber und Journalist bei verschiedenen Magazinen wie *Emek Dnyas*, *Newroz*, *Demokrasie* und *zgr Bakyp*. 1992 gründete er sein eigenes Verlagshaus Pele Sor Yayynlary, das zwei Jahre später geschlossen wurde. Grund war die Anklage, gegen Artikel 8 des Anti-Terror-Gesetzes der Türkei verstoßen zu haben. Er wurde daraufhin für 6 Monate inhaftiert. Zeynel Kizilyaprak war bis 1996 Mitglied der kurdischen Demokratischen Partei (DEP) und der Demokratischen Volkspartei (HADEP). 1996 gründete er die Krt.Kav, die Kurdische Stiftung für Kultur und Wissenschaft. Zudem ist er Mitglied der unabhängigen Initiative Democratic Conciliation and Solution of the Kurdish Problem und des Kurdischen Instituts Istanbul. Zur Zeit arbeitet Zeynel Kizilyaprak an seinen Memoiren *Memories on the run* und einem weiteren Buch über kurdische Intellektuelle. Er schreibt auch Kurzgeschichten.

Weitere Gäste im Jahr 2003 – bereits im Jahresbericht 2002 vorgestellt – waren: Agus R. Sarjono, Dichter und Publizist aus Indonesien; Leisola Jalal Habibi, Schriftsteller und Lyriker aus dem Iran; Sarita Jenamani, Schriftstellerin und Lyrikerin aus Indien; Aftab Hussain, Schriftsteller, Lyriker, Literaturwissenschaftler und Journalist aus Pakistan.

Im Herbst 2003 erschien eine Auswahl von Arbeiten der Gäste im Heinrich-Böll-Haus unter dem Titel: **„Um etwas Zeit zu retten. Literatur und Kunst im Heinrich-Böll-Haus Langenbroich“**. Hrsg. von der Heinrich-Böll-Stiftung  
1. Auflage, Berlin 2003, 88 Seiten, € 5,-  
ISBN 3-927760-45-5

### **Heinrich Böll – Kölner Werkausgabe**

Nachdem im Oktober 2002 die ersten Bände der von der Heinrich-Böll-Stiftung unterstützten Neuedition der Werke Heinrich Bölls erschienen, liegen nun drei weitere der auf insgesamt 27 Bände angelegten *Kölner Ausgabe* vor. Entsprechend der chronologischen und gattungsübergreifenden Anordnung der Texte, d.h. Erzählungen, offene Briefe, Glossen, Theaterstücke u.a. gemäß dem Zeitpunkt ihres Erscheinens (bzw. bei bislang unveröffentlichten Texten deren Entstehung), lässt sich damit Bölls Schaffensperiode der Jahre 1947 bis 1950 (Bände 3 und 4) sowie die Produktion der Jahre 1972-1974 (Band 18) geschlossen überblicken. Wer also an Bölls schriftstellerischen Anfängen interessiert ist, der wird mit den nun vorliegenden Bänden 3 und 4 (und dem bereits erschienenen Band 2) nicht nur dem „Erwachen des literarischen Gewissens“ der unmittelbaren Nachkriegszeit nachgehen können, sondern auch jene Korrespondenzen entdecken, die zwischen diesen ersten Texten und den ihnen wie eine Ouvertüre vorausliegenden Schilderungen und Bekenntnissen der *Briefe aus dem Krieg* aufscheinen.

Mit einem gehörigen Zeitsprung präsentiert Band 18 für die Jahre 1972 bis 1974 einen gleichsam poetischen wie auch politisch engagierten Schriftsteller Heinrich Böll, der, so einhellig seine Befürworter und Gegner, wie kein anderer Schriftsteller die Geschichte der Bundesrepublik und ihre Literatur begleitet und mitgeprägt hat.

## **Probleme und Perspektiven deutscher Stadttheater**

Die öffentlich finanzierten Stadt- und Staatstheater und mit ihnen das deutsche Mehrspartensystem gelten als Inbegriff der besonderen „deutschen Kulturlandschaft“. Doch längst haben gravierende Mittelkürzungen zu einer existenziellen Gefährdung dieses Theatersystems geführt. Es folgten heftige Debatten um die Zukunft der deutschen Theater, die mit radikalen Strukturänderungen konfrontiert werden. Am 9. September 2003 bot die Heinrich-Böll-Stiftung dieser Debatte ein Diskussionsforum. Prof. Ulrich Khuon (Intendant Thalia Theater Hamburg), Stephan Märki (Intendant Deutsches Nationaltheater Weimar) und Amélie Niermeyer (Intendantin Theater Freiburg) sowie die Vizepräsidentin des Deutschen Bundestags und kulturpolitische Sprecherin der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Dr. Antje Vollmer, diskutierten u.a. die Frage, inwiefern das so genannte „Weimarer Modell“ (die Umwandlung des Nationaltheaters Weimar in eine gemeinnützige Theater-GmbH) auch für andere kommunale Theaterinstitutionen eine Lösung gegen den drohenden Verlust der Vielfalt der deutschen Kulturlandschaft bieten kann.

## **Kunst und Globalisierung**

„Globalisierung“ ist zum Schlagwort geworden, vereinnahmt von Verteidigern neoliberaler Ökonomie ebenso wie von deren Gegnern. In diesem Spannungsfeld interessiert die Zunahme politisch ausgerichteter Kunstereignisse. Internationale Großausstellungen wie Biennalen, die Documenta und Manifesta-Ausstellungen begleiten die internationalen Globalisierungsdebatten. Der Blick auf eine mittlerweile global vernetzte Kunst, die mit jeder Ausstellung an wiederum lokale Bedingungen gebunden ist, war Ausgangspunkt der Gesprächsrunde „Global lokal – Transitraum Kunst. Neue Territorien für Kunst und Politik“ am 21. November 2003 auf der Galerie der Heinrich-Böll-Stiftung. Internationale Kuratorinnen und Kuratoren diskutierten das ambivalente Verhältnis der Verortung und Entgrenzung von Kunst und Kultur sowie die unterschiedlichen Positionierungen Kunstschaffender innerhalb des internationalen Kunstkontextes. Dabei ging es zum einen um Strategien der Selbstinszenierung und Selbstbehauptung auf

dem globalen Kunstmarkt; zum anderen um die Institutionen, die den Kunstmarkt regulieren: Wer hat Macht über die Bild- und Bedeutungsproduktion? Wie kann auf den Globalisierungsprozess gestaltend Einfluss genommen werden, ohne dass künstlerische Arbeiten instrumentalisiert und widerständige Potenziale in die Legitimationsspirale von Politik und Wirtschaft geraten? Wenn es der Kunst heute vor allem darum geht, diskursive Räume und Orte des Engagements zu schaffen, was sind dann die Formen und Foren, in und mit denen die heutige internationale Kunstszene agiert?

### **Aktivitäten der Heinrich-Böll-Stiftung im Rahmen der Asien-Pazifik-Wochen 2003**

Im Herbst fanden in Berlin die Asien-Pazifik-Wochen 2003 mit dem Länderschwerpunkt Indien statt. Ursprünglich diente die im zweijährlichen Turnus durchgeführte Veranstaltungsreihe als Forum wirtschaftlicher Vernetzung zwischen Deutschland und dem Asien-Pazifik-Raum. Die inhaltliche Ausrichtung wurde in den vergangenen Jahren ausgedehnt und vor allem durch zahlreiche kulturelle Angebote ergänzt. Für die Heinrich-Böll-Stiftung waren die Asien-Pazifik-Wochen ein Anlass, ihrerseits eine Veranstaltungsreihe zu den weniger bekannten sozialen und kulturellen Facetten Indiens anzubieten. Die Reihe unter dem Titel „Das andere Indien“ stellte die in Deutschland nahezu unbekannt Kultur der Adivasi (Ureinwohner des zentralindischen Bundesstaates Jharkhand) und der Dalits (Kaste der Unberührbaren) vor, deren Jahrtausende alte Tradition durch die rücksichtslose Ausbeutung von Naturschätzen in ihrem Fortbestand bedroht ist. Eine Ausstellung auf der Galerie der Heinrich-Böll-Stiftung in Zusammenarbeit mit der Tribal Women Artists Cooperative und der Journalistin Susanne Gupta zeigte 30 Unikate der nahezu unbekannt Adivasi-Kunst aus dem indischen Hazaribagh. In einem umfangreichen Begleitprogramm wurden mehrere Videofilme sowie Fotodokumentationen gezeigt, außerdem gab es die Möglichkeit, den Künstlerinnen und Künstlern bei der Arbeit über die Schulter zu sehen. Außerdem diskutierten Ethnologen, Kunstwissenschaftler und Menschenrechtler die Folgen zunehmender Industrialisierung und Alternativen zum Schutz indigener Identität und Rechte. Der vom Länderbüro Delhi der Heinrich-Böll-Stiftung konzi-

pierte Workshop „Dalit Voices and Visions“ bot verschiedenen Vertreterinnen und Vertretern der Dalit-Bewegungen, Wissenschaftlern und Politikern sowie einem interessierten Publikum in Deutschland die Möglichkeit zum Austausch. Die geladenen Experten boten eine einmalige Gelegenheit die Vielfalt und Komplexität des Dalit-Themas kennenzulernen.

In Anknüpfung an bereits bestehende Kooperationen zu den Themen Stadtentwicklung und Architektur in China unterstützte die Stiftung eine Ausstellung der Galerie Aedes zur städtischen und wirtschaftlichen Entwicklung der chinesischen Hafenstadt Ningbo mit dem Titel „Ningbo – Metamorphose einer chinesischen Stadt“. Die Ausstellung dokumentierte den Wandel dieser alten Hafenstadt zu einem modernen Industriestandort und den durch den wirtschaftlichen Aufschwung hervorgerufenen enormen städtebaulichen Umwälzungsprozess und Expansionsdruck.

Anlässlich dieser Ausstellung wurde mit Unterstützung der Heinrich-Böll-Stiftung eine Delegation von Stadtplanern, Architekten und Journalisten aus Ningbo und Umgebung zu einem Fachseminar nach Berlin eingeladen. Teilnehmer waren Mitarbeiter der Stadtverwaltung und staatlicher Designinstitute, einer Fachhochschule und eines Shanghaier Verlags. Gegenstand des Seminars waren die deutschen Erfahrungen mit einer nachhaltigen ökologischen Stadt- und Siedlungsentwicklung und der Austausch über die unterschiedlichen Vorgehensweisen in Deutschland und China. Der Austausch zwischen deutschen und chinesischen Experten zu den sozialen Aspekten und Folgen des Bauens und der Stadtentwicklung erwies sich auch diesmal als ein Gewinn, da diese immer noch am Rande des Betrachtungsfeldes chinesischer Stadtplaner stehen.

## [Die Stiftung im Netz]

### Die globale Stiftung im World Wide Web

Längst sind politische Bildungsarbeit und interne Kommunikation der auf vier Kontinenten aktiven Stiftung kaum noch ohne Internet vorstellbar. Allein oder in Kooperation mit anderen betreibt sie etwa vierzig Internet-Seiten unterschiedlichen Typs. Bekannt und stark nachgefragt sind vor allem das umfangreiche, vielfältige Informationsangebot auf [www.boell.de](http://www.boell.de) und der Kommunalpolitischen Infothek ([www.kommunale-info.de](http://www.kommunale-info.de)), die Präsenz des Feministischen Instituts ([www.glow-boell.de](http://www.glow-boell.de)) sowie mehrsprachige internationale Kampagnenwebsites wie zur WTO-Konferenz in Cancún und zum World Summit on the Information Society 2003. Hinzu kommt eine Vielzahl kleiner Auftritte einzelner Projekte (Hochschuldebatten etc.), der Auslandsbüros und Landesstiftungen. Die Nachfrage nach Informationen ist groß, besonders hohe Download-Zahlen belegen dies. Der vorliegende Jahresbericht wird voraussichtlich wie seine Vorläufer erheblich öfter im Internet abgerufen als gedruckt verbreitet. Damit hat sich für die politische Bildungsarbeit ein neuer, kostengünstiger Vertriebsweg aufgetan, den die Heinrich-Böll-Stiftung konsequent nutzt. Mit monatlichen E-Mail-Newslettern, einem komfortablen Pressebereich und einer stets aktuellen Startseite mit Veranstaltungstipps kommt sie den Nutzerinnen und Nutzern entgegen.

Wichtigster Bestandteil der Kommunalpolitischen Infothek ist eine öffentliche Datenbank mit Fachtexten zu über 30 Sachgebieten der Kommunalpolitik, Literaturhinweisen, Rezensionen sowie Internetaadressen. Ziel ist, die oft komplizierten fachlichen Hintergründe der Politik verständlich zu machen und damit mehr Beteiligung und Einmischung von unten zu ermöglichen.

Glow - das Global Center for Women's Studies and Politics - steht für globale Information, globale Diskussion und gemeinsames Lernen von Frauen aus aller Welt. Es ist ein virtuelles Zentrum für Frauenstudien und Frauenpolitik, eingerichtet vom Feministischen Institut der Heinrich Böll Stiftung. Seine Ziele sind es, Frauen internatio-

nal zu vernetzen, politisches Empowerment von Frauen in unterschiedlichen Regionen zu unterstützen und gemeinsam über globale und regionale Anliegen von Frauen und über feministische Perspektiven zu lernen.

Nach und nach wichtiger wird für die Heinrich-Böll-Stiftung das passwortgeschützte Intranet boellcity.org. Es wurde 2003 als „Organisationshandbuch online“ gestartet und wird in den nächsten Jahren zum Planungs-, Vernetzungs- und Steuerungsinstrument ausgebaut. Die deutschen Studienförderwerke haben bereits ein aufwendiges Intranet für ihre Stipendiatinnen und Stipendiaten entwickelt, woran sich die Heinrich-Böll-Stiftung beteiligt.

Im vergangenen Jahr nahm eine Internet-Strategiegruppe ihre Arbeit auf, die den weiteren Um- und Ausbau der Internet-Aktivitäten steuern und begleiten wird. Sie wird eine stärkere Dezentralisierung in der Eingabe von Inhalten betreiben, die vollständiger und aktueller präsentiert werden sollen. Durch die konsequente Nutzung des einheitlichen Redaktionssystems sollen zugleich Synergieeffekte geschaffen werden.

Neue Herausforderungen ergeben sich durch das Internet für die Archivierung von Inhalten. Das Archiv Grünes Gedächtnis stellt sich dieser Herausforderung und beteiligt sich an entsprechenden Arbeitsgruppen auf Bundesebene.

Einen Einblick in die mögliche Zukunft der Internet-Anwendung bot 2003 die intensive Vor- und Nachbereitung der Biopolitik-Konferenz. Für die Teilnehmerinnen und Teilnehmer waren bereits vor der Konferenz Online-Diskussionen möglich; nach der Konferenz wurden die Ergebnisse öffentlich zugänglich gemacht. Die klassischen Formate der Begegnung und der politischen Bildung werden keineswegs überflüssig, ihre Verschränkung mit virtuellen Optionen erweitert und bereichert sie vielmehr.

## [Studienwerk]

### **Nachwuchsförderung**

Die Heinrich-Böll-Stiftung fördert Studierende und Graduierte aller Fachrichtungen und Nationalitäten, die neben überdurchschnittlichen wissenschaftlichen Leistungen Verantwortung übernehmen und sich gesellschaftspolitisch engagieren. Die Stipendiatinnen und Stipendiaten setzen sich aktiv mit den Zielen der Heinrich-Böll-Stiftung auseinander.

Die Heinrich-Böll-Stiftung ist einem Bildungsbegriff verpflichtet, der Studium und Promotion sowohl als Bildungs- wie auch als Ausbildungsphase auffasst, wissenschaftliche Qualifizierung ermöglicht und gleichzeitig gesellschaftspolitische Auseinandersetzung fördert.

Die Heinrich Böll-Stiftung will:

- Studierende und Promovierende fördern, deren innovative Themen und Fragestellungen die Themenschwerpunkte der Stiftung ergänzen und die aus unterschiedlichen Perspektiven und vor dem Hintergrund verschiedener Fachrichtungen die Stiftungsarbeit bereichern;
- Themenstellungen und Studienschwerpunkte fördern, die zur fachübergreifenden Diskussion zwischen Technik- bzw. Naturwissenschaften und Sozial- bzw. Geisteswissenschaften beitragen;
- wissenschaftliche Arbeit in politische und gesellschaftliche Praxis integrieren sowie politische Fragestellungen in Wissenschaft und Forschung aufgreifen;
- Foren initiieren, die den Dialog zwischen Wissenschaft und Politik vorantreiben;
- die Repräsentanz von Frauen und Menschen mit Migrationshintergrund in wissenschaftlichen und anderen Berufsfeldern stärken;
- insbesondere auch Nachwuchswissenschaftlerinnen aus naturwissenschaftlichen, technischen und ökonomischen Fachrichtungen gewinnen;
- interdisziplinären, internationalen und inter- bzw. transkulturellen Austausch fördern und Diversity-Management-Strategien in der materiellen und ideellen Förderung einsetzen;
- Arbeitszusammenhänge schaffen, in denen sich Individualität, Begabung und soziale Kompetenz entfalten und verbinden;

- Vernetzungen und Kooperationen zwischen Stipendiat/innen, alumni/ae und Heinrich-Böll-Stiftung unterstützen;
- zur Internationalisierung der Hochschullandschaft beitragen.

Im Jahr 2003 konnten insgesamt 559 Stipendiatinnen und Stipendiaten gefördert werden. 431 Stipendien wurden aus den Mitteln des Bundesministeriums für Bildung und Forschung und 128 aus den Mitteln des Auswärtigen Amtes (Internationales Programm) finanziert. Die Stipendien im Internationalen Programm werden an Studierende aus aller Welt vergeben, die in Deutschland ihr Studium aufgenommen haben oder promovieren wollen. In Rußland unterstützt die Heinrich-Böll-Stiftung zudem seit mehreren Jahren zusammen mit ihrem Moskauer Büro und russischen Partnerorganisationen ein Sur-Place-Stipendienprogramm zur Förderung junger Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler. 28 Stipendien werden aus den Mitteln des Auswärtigen Amtes jeweils für anderthalb Jahre vor Ort vergeben und ebenfalls durch ein wissenschaftliches und kulturelles Austauschprogramm begleitet.

Neu in die Förderung aufgenommen wurden im Jahr 2003 insgesamt 106 Studierende und 45 Promovierende. Die Dauer der Förderung variiert im Regelfall zwischen ein und drei Jahren.

### **Ideelle Förderung**

Neben den materiellen Zuwendungen fördert das Studienwerk seine Stipendiatinnen und Stipendiaten auch „ideell“: Sie haben zum einen die Möglichkeit, an zahlreichen Veranstaltungen der Heinrich-Böll-Stiftung im In- und Ausland, an Projekten und Besuchsprogrammen, an Workshops und Seminaren in Berlin oder an den Bildungsangeboten der Landesstiftungen aktiv teilzunehmen. Zum anderen bietet das Studienwerk ein eigens für die Stipendiatinnen und Stipendiaten konzipiertes umfangreiches Veranstaltungsprogramm an. Eigene Gestaltungs- und Partizipationsmöglichkeiten aufzuzeigen, neue Denkräume zu eröffnen und über Politik zu streiten, Vernetzung voranzutreiben und internationalen Austausch zu fördern, Diversity-Management mit unterschiedlichen Gruppen-Identitäten in Einklang zu bringen - dies

sind zentrale Anliegen der ideellen Nachwuchsförderung in der Heinrich-Böll-Stiftung.

### **Promotionsförderung**

Ein besonderer Schwerpunkt der Promotionsförderung lag auch im vergangenen Jahr im Ausbau bestehender Promotionskollegs und Themenschwerpunkte in der Promotionsförderung. Das erste Gunda-Werner-Promotionskolleg zum Thema „Geschlechterdemokratie und Organisationsreform im globalen Kontext“ konnte mit einer Präsentation der Forschungsarbeiten erfolgreich abgeschlossen werden. Gleichzeitig begann das zweite Gunda-Werner-Promotionskolleg in Kooperation mit Hochschullehrerinnen der Universität Bremen sowie dem Feministischen Institut der Heinrich-Böll-Stiftung: „Genderdynamiken in gewaltförmigen Konflikten“. In der Zusammenarbeit mit der Grünen Akademie ging es um die „Verfasstheit der Wissensgesellschaft“.

Erstmals wandte sich das Studienwerk zudem mit zwei öffentlichen Veranstaltungen an ein breiteres wissenschafts- und hochschulpolitisch interessiertes Publikum. Eine Fachtagung zur „Zukunft der Graduiertenausbildung“ erörterte die zentralen Aspekte zukünftiger Promovierendenausbildung: Wie werden Graduiertenzentren und Promotionskollegs konzipiert, welche Qualifikationsanforderungen werden heute an Promovend/innen gestellt, welche Qualitätskriterien erfordert eine international wettbewerbsfähige Promotionsausbildung?

Das Studienwerk unterstützt die Initiativen an den Hochschulen, die Qualität der Ausbildung für Promovenden zu erhöhen. Während der Tagung „Leistung - Exzellenz - Ambition - Kompetenz? Zugangsregeln, Karriereverläufe und Instrumente zur Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses“ diskutierten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus Wissenschaft, Politik und Studium engagiert Kriterien zukünftiger Eliten sowie Kriterien für deren Förderung und Auswahl aus Sicht der Förderorganisation: Welche Faktoren beeinflussen Karriereverläufe und berufliche Optionen von Nachwuchswissenschaftlern? Welche Rolle spielt der soziale Habitus, welche Leistung, Qualifikation und Kompetenz für den beruflichen Aufstieg? Wie müsste ein alternatives Elitenverständnis im Sinne von guten Leistungen einerseits, aber auch von Verantwortungsbewusstsein und gesellschaftspolitischem En-

gagement andererseits beschrieben werden? Diese Fragen werden das Studienwerk im Rahmen seiner förder-politischen Strategieentwicklung auch zukünftig beschäftigen.

### **Internationale Austauschprogramme**

Internationale Begegnungsräume zu schaffen und den wissenschaftlichen Austausch zu fördern ist ein vorrangiges Ziel der Stiftung. So hatten auch im Jahr 2003 deutsche Stipendiatinnen und Stipendiaten die Gelegenheit, an der Frühjahrstagung in Moskau teilzunehmen, wo russische Sur-Place-Stipendiaten ihre Forschungsarbeiten zu Menschenrechtsfragen, Repressionsgeschichte und neueren soziologischen Fragestellungen vorstellten und diskutierten. Eine Sommersprachschule in St.Petersburg bot zudem einen dreiwöchigen Russisch-Sprachkurs in Verbindung mit einem umfangreichen Begleit-programm, das Einblick in das politische und kulturelle Leben des modernen Russlands gewährt. Zudem gab es für einige Stipendiatinnen und Stipendiaten die Möglichkeit, an der Jahreskonferenz der zentralamerikanischen Sur-Place-Stipendiaten teilzunehmen, die zu den Ergebnissen der WTO-Konferenz in Mexiko-City stattfand.

Der wissenschaftlich-politischen Netzwerkbildung dient ferner das Internationale Bundestagspraktikanten-Programm, das das Studienwerk in Kooperation mit der Grünen Akademie und gemeinsam mit wechselnden Landesstiftungen der Heinrich-Böll-Stiftung durchführt. Vorzugsweise Graduierte aus aller Welt, die eine internationale Karriere auf Regierungsebene bzw. im öffentlichen Sektor anstreben, arbeiten in diesem „Internship-Programm“ einige Zeit lang im Büro eines bzw. einer deutschen Bundestagsabgeordneten. Das Einführungs- und Begleit-programm umfasst auch Seminare anderer politischer Stiftungen. Ziel ist es, einen breiten Einblick in das politische System in der Bundesrepublik zu gewähren sowie Kontakte zur grünen Politik zu ermöglichen.

Einen Überblick über Probleme, Handlungsfelder und Perspektiven deutscher Entwicklungszusammenarbeit gaben die Referentinnen und Referenten unterschiedlicher Fachdisziplinen und Institutionen auf den

Entwicklungspolitischen Diskussionstagen, die das Studienwerk in Kooperation mit dem Seminar für Ländliche Entwicklung der Humboldt Universität im April 2003 zu den Themen Armutsbekämpfung, Menschenrechte und Entwicklungszusammenarbeit, Konfliktprävention, Aids und Tourismus in Entwicklungsländern veranstaltete.

### **Stipendiatische Arbeitsgruppen und Initiativen**

Der „SommerCampus“ des Studienwerks in Bad Bevensen stellt den jährlichen Höhepunkt in der ideellen Förderung dar. Auch der mittlerweile sechste Campus bot wieder eine Vielzahl von Seminaren und Qualifikationsveranstaltungen an. Das Studienwerk setzt hier insbesondere auf die Mitwirkung und Partizipation seiner Stipendiatinnen und Stipendiaten. Während des „SommerCampus“ und auch während der zweimal jährlich stattfindenden Grundseminare für die neu in die Förderung aufgenommenen Stipendiatinnen und Stipendiaten werden diese aufgefordert, eigene Seminarideen zu präsentieren und umzusetzen. Stipendiatische Gruppen arbeiteten auch im Jahr 2003 kontinuierlich und in Eigenregie zu Themen wie „Identität und Nation“, „Politische Ökologie“, „Kunst und Realität“, „Internationale Zusammenarbeit“ oder „Empowerment“. Arbeitsgruppen sind ein wesentlicher Bestandteil des Begleitprogramms, in denen Stipendiatinnen und Stipendiaten sich mit den Schwerpunktthemen der Heinrich-Böll-Stiftung auseinandersetzen. Die Arbeitsgruppen nehmen sich in der Regel ein konkretes über ein bis zwei Jahre dauerndes Arbeitsprogramm vor. Ihr Ergebnis kann ein Buch, ein Beitrag auf einer Tagung, ein Seminar auf dem Campus, ein Artikel in dem Online-Magazin Diskus oder ein Film sein - der eigenen Kreativität sind dabei keine Grenzen gesetzt. Ein im Jahr 2003 erstmals angebotener vorbereitender Workshop zum Projektmanagement unterstützte die Arbeitsgruppen in der Planung und Durchführung ihrer Projekte.

### **Vernetzung und alumni-Arbeit**

Das Studienwerk befördert den Ausbau eines internationalen Kooperationsnetzwerks. Dazu gehört die Zusammenarbeit mit Landesstiftungen

und Auslandsbüros sowie mit Hochschulen, Vertrauensdozenten, anderen Förderwerken und der Austausch von Praktikantinnen und Praktikanten. Im Jahr 2003 startete das Ehemaligenprogramm mit einer aufwändigen Verbleibsrecherche. Rund 700 ehemalige Stipendiatinnen und Stipendiaten, die seit 1997 aus der Förderung ausgeschieden sind, wurden mit einem Fragebogen zu ihren beruflichen Tätigkeitsfeldern, ihrem ehrenamtlichen Engagement, den bisherigen Kontakten zur Stiftung und ihren Vorschlägen für eine Alumni-Arbeit befragt. Von den 220 Alumnae/i, die sich bis dato zurückgemeldet haben, sind mehr als die Hälfte in Wissenschaft und Forschung bzw. Bildung und Erziehung tätig. In den Berufssparten, die sich den Bereichen „Kunst, Kultur und Medien“ zuordnen lassen, fanden mehr als ein Fünftel eine Beschäftigung. Erstmals im Jahr 2003 fand zudem ein sog. „alumni-salon“ in Berlin statt, an dem rund 100 Ehemalige aus dem In- und Ausland teilgenommen haben.

Im Jahr 2003 ist es zudem gelungen, dem Intranet [www.boell-studynet.de](http://www.boell-studynet.de) Leben einzuhauchen: Ob Selbstdarstellungen von Forschungsprojekten, Diskussionsforen zu Arbeitsgruppenthemen, ob regelmäßige Informationen aus dem Studienwerk der Heinrich-Böll-Stiftung, ob Tagungsberichte, Präsentationen neuer Studiengänge, Preisausschreiben, Bibliographien etc. - das Intranet bietet Stipendiatinnen und Stipendiaten eine Fülle von Informationen und Austauschmöglichkeiten.

#### **Verhältnisse Studierende/Promovierende:**

Studierende insgesamt:  
327, davon 106 Neuaufnahmen in 2003

Promovierende insgesamt:  
232, davon 45 Neuaufnahmen in 2003

Verhältnis Männer/Frauen unter den im Jahr 2003 geförderten Stipendiaten und Stipendiatinnen:  
163 Männer (29%)  
396 Frauen (71%)

Verhältnis der Studienstipendiaten an einer deutschen Universität/Hochschule oder Fachhochschule:  
287 Universität/Hochschule  
23 Fachhochschule

## [Grüne Akademie]

Die Grüne Akademie der Heinrich-Böll-Stiftung gab sich im Jahr 2003 mit dem Thema „Verfasstheit der Wissensgesellschaft“ einen neuen Schwerpunkt für ihre Arbeit. Einen besonderen Blick auf die Herausforderungen, die sich den Bildungsinstitutionen in der Wissensgesellschaft stellen, gab die Maitagung der Akademie. Sie diskutierte anhand von Beiträgen der Professoren Manfred Fuhrmann, Wolfgang Edelstein und Gerd de Haan die grundsätzliche Frage, ob sich Schule auf die Vermittlung von Kompetenzen oder eines Bildungskanons konzentrieren sollte.

Auf einer Tagung zu „Irritationen. Abweichendes Wissen in der Wissensgesellschaft“ ging es darum, potenziell irritierenden und verunsichernden Wissensformen nachzudenken und zu fragen, ob die Wissensgesellschaft die Differenz zwischen Norm und Abweichung, Mehrheitswissen und Minderheitenmeinung, Trivialem und Besonderem nivelliert. Schließlich: Was könne uns wirklich noch aufrütteln, wie könnten tradierte Vorstellungs- und Deutungswelten aufgebrochen werden? Prof. Kurt Imhof aus Zürich sprach in diesem Zusammenhang über den Zwang der Politik zur Skandalisierung und die „öffentliche Empörungsbewirtschaftung“, Prof. Christoph Türcke über Möglichkeiten, gesellschaftliche Aufmerksamkeit zu erhalten, Prof. Sighard Neckel über die Rolle der Kritik im kulturellen Kapitalismus. Prof. Frank Nullmeier, Mitglied der Rürup-Kommission, stellte seine Beobachtungen betreffs „Strategien politischer Wirksamkeit in der Wissensgesellschaft“ zur Diskussion.

Die folgende Tagung setzte sich mit dem „Geist des Empire“ auseinander. Martin Saar von der Uni Frankfurt und Prof. Heinz Dieter Kittsteiner untersuchten die Begriffsbildung des zum Kulttext gewordenen Buches *Empire* von Antonio Negri und Michael Hardt. Prof. Micha Brumlik, Dr. Richard Herzinger und Mercedes Bunz, Mitglied der Grünen Akademie, fragten auf einer öffentlichen Abendveranstaltung nach dem neuen politischen Subjekt des „Wissensarbeiters“ und der politischen Funktion von Wissensnetzwerken für eine kritische Theorie der Globalisierung.

Mit ihrer Sommerakademie war die Grüne Akademie zum zweiten Mal Gast im Kloster Neustift bei Brixen in Südtirol. Ausgehend von Vorträgen u.a. von Professor Michael Daxner und Dr. Georg Krücken widmeten sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer den Fragen geistigen Eigentums, den Wissensformen der Biowissenschaften, den Bildungsmöglichkeiten in Nicht-Zivilgesellschaften sowie den Thesen von Manuel Castells über die Wissens- bzw. Netzwerkgesellschaft. Georg Krücken, Soziologe aus Bielefeld, warnte vor zu großen Erwartungen in virtuellen Bildungsangeboten: „Die von vielen erhoffte und von vielen befürchtete Durchtechnisierung der Gesellschaft auf der Grundlage des Internet bleibt eine unrealistische Vorstellung.“ Michael Daxner, Mitglied der Grünen Akademie, konnte bei seinem Vortrag über die „Bildung und Erziehung unter den Bedingungen von ethischen Konflikten, Nachkriegssituationen und internationalen Interventionen“ auf seine besonderen Erfahrungen beim Wiederaufbau der Universität von Prishtina zurückgreifen. Daxner betonte den besonderen Stellenwert der Lehrerausbildung in Konfliktgebieten. Man müsse aber auch auf die Lehrpläne achten, die oft der Selbstherrlichkeit paternalistischer Führungen ausgesetzt seien.

„Wenn realistischere so genannte europäische Standards die Zukunft der Bildungssysteme auf dem Balkan bestimmen werden (müssen?), dann sind doch die anthropologischen, soziologischen und psychologischen Voraussetzungen für deren Implementation völlig anders als im westeuropäischen Nach-PISA-Gemurmel.“ Prof. Michael Daxner

Die Vorträge wie die entstandenen Thesenpapiere können auf [www.gruene-akademie.de](http://www.gruene-akademie.de) nachgelesen werden.

Im vergangenen Jahr hat die Akademie fünf neue Stipendiatinnen und Stipendiaten der Stiftung unter ihre Fittiche genommen. Auf einem „Arbeitswochenende“ stellten sie ihre Arbeitsbereiche vor und diskutierten mit dem Philosophen Frieder O. Wolf seine Thesen zur Wissensgesellschaft. Zudem gründeten sie eine eigene Arbeitsgruppe, die sich mit dem Wissensbegriff und mit Wissensformen beschäftigt. Die Themen ihrer Dissertationsprojekte stehen alle im Zusammenhang mit dem Thema „Wissensgesellschaft“, und daher kann die Grüne Akademie vom Wissen der Stipendiatinnen und Stipendiaten bei all ihren Erörterungen nicht eben wenig profitieren.

## [Archiv Grünes Gedächtnis]

Die Arbeit im Archiv stand im Jahr 2003 unter dem Eindruck einiger „runder Geburtstage“ von Bündnis 90/Die Grünen. Am 6. März jährte sich zum zwanzigsten Mal der erste Einzug der Grünen in den Bundestag, und am 17. Mai konnte in Leipzig der 10. Geburtstag von Bündnis 90/Die Grünen gefeiert werden. Außerdem warf der 25. Geburtstag der Grünen im kommenden Jahr seine Schatten voraus.

Für das Jubiläum „20 Jahre Grüne im Bundestag“ bestand der Beitrag des Archivs u.a. in Recherchen zur betreffenden Ausstellung und vor allem darin, 20 Jahre grüne Politik in den Politikfeldern Energie, Frieden & Menschenrechte, Asyl & Einwanderung und Grundrechte inhaltlich zu rekonstruieren und durch einschlägige Archivmaterialien anschaulich zu machen. Die Ausstellung wurde am 29. März eröffnet und ist seitdem verschiedentlich im Rahmen von Veranstaltungen gezeigt worden.

Die Ausstellung ist auch im Internet präsent:  
[www.gruene-fraktion.de/rsvgn/rs\\_rubrik/0,,3233,00.htm](http://www.gruene-fraktion.de/rsvgn/rs_rubrik/0,,3233,00.htm)

Für die Räume der Heinrich-Böll-Stiftung stellte das Archiv Grünes Gedächtnis die Ausstellung „Grüne Anschläge - 25 Jahre grüne Plakatkunst“ zusammen, die anhand von Kampagnen-, Themen- und Wahlplakaten zu einer Auseinandersetzung mit grüner Bildsprache anregen soll. Und wie so oft, wenn es um Bilder geht, streiten sich auch hier die Geister. Denn die grüne Bilderwelt der 80er Jahre setzt sich deutlich von derjenigen ab, die von großen Werbeagenturen ab Mitte der 90er Jahre für Bündnis 90/Die Grünen produziert wird. Die Ausstellung ist noch bis zum September 2004 in den Räumen der Heinrich-Böll-Stiftung zu sehen.

Die vom Archiv veranstaltete Diskussion „Die Bundestagsgruppe Bündnis 90/Die Grünen von 1990-1994: Die Bedeutung der Parlamentsarbeit der Bürgerbewegung für das bündnisgrüne Projekt“ mit Elisabeth Weber, Reinhard Weißhuhn, Anne Ulrich, Steffi Rönnefarth und Christoph

Becker-Schaum thematisierte die politischen Voraussetzungen und das Selbstverständnis der Bürgerbewegungen und ihr Engagement für die Erhaltung und die Zugänglichkeit der Stasi-Unterlagen sowie für eine demokratische Verfassung. Ein Film aus den Archivbeständen mit einer Rede von Ingrid Köppe, in der sie die ambivalente Haltung der Bundesregierung gegenüber der DDR und der DDR-Opposition attackierte, gab viel Stoff für die Diskussion.

Filme sind eine archivische Herausforderung. Unterschiedliche Filmformate, zu denen oft keine Abspielgeräte mehr vorhanden sind, erschweren die Nutzung. Hinzu kommt die hohe Nutzungsrate, die in krassem Widerspruch zu den konservatorischen Gesichtspunkten steht. Jedes Abspielen und Umkopieren eines Videobandes mindert dessen Qualität. Aufgrund der großen Nachfrage zur Benutzung unser Film- und Videobestände haben wir uns der Herausforderung gestellt, eine nutzerfreundliche und zugleich konservatorisch verträgliche Lösung zu finden. Sämtliche Wahlspots, die auf verschiedenen Trägermedien wie Filmrollen, Studio- und Videobändern vorlagen, wurden digitalisiert. So dass diese jetzt sowohl auf einer Nutzungs-DVD als auch in unkomprimierter Form vorliegen. Die digitalisierten Daten, die regelmäßig auf neue Medien umkopiert werden müssen, unterliegen so keinem Qualitätsverlust mehr.

Die fortlaufenden Verzeichnungsprojekte haben Findbücher zu sieben Beständen erbracht. Die neuen Findbücher beziehen sich im Einzelnen auf den Petra-Kelly-Nachlass, die Deposita von Christa Nickels und Manfred Such, die Bestände der Bundestagsgruppe Bündnis 90/Die Grünen 1990-1994, des Landesverbandes Brandenburg, des Kuratoriums für einen demokratisch verfassten Bund deutscher Länder und der Initiative „Journalisten warnen vor dem Atomkrieg“. Die drei zuletzt genannten Findbücher konnten mit Hilfe der Praktikanten Katrin Busch und Fabian Theurer erstellt werden.

## [Preise]

### **Friedensfilmpreis 2003 für „In this World“ von Michael Winterbottom**

Der Friedensfilmpreis wurde erstmalig 1986 im UNO-Jahr des Friedens ausgelobt und wird seitdem jährlich im Rahmen der Internationalen Filmfestspiele Berlin verliehen. Es werden Filme ausgezeichnet, die ästhetische Qualität mit humanem Denken, demokratischer Grundhaltung und sozialem Engagement verbinden. Der mittlerweile 18. Friedensfilmpreis ging im Jahre 2003 an den britischen Regisseur Michael Winterbottom für seinen Film „In this World“. Der Film schildert das Schicksal zweier Migranten, die dem Elend der Flüchtlingslager im Grenzgebiet von Afghanistan und Pakistan entfliehen und sich nach Westeuropa durchschlagen. Winterbottom zeigt die entwürdigenden, gefährlichen und oft auch tragisch endenden Etappen ihres Weges und erreicht dabei eine Eindringlichkeit und Authentizität, die bisher im internationalen Kino ihresgleichen sucht. „Der Film rührt uns, ohne sich anzubiedern, er informiert uns, ohne jemals didaktisch zu werden. Wenn im Film Zeichen von Menschlichkeit gesetzt werden, geschieht das mit einer intensiven, aber auch immer nüchtern distanzierenden Aufmerksamkeit. Wo viele in unserem Land Grenzen errichten oder ausweiten wollen, da fordert dieser Film dazu auf, Ablehnung und Angst zu überwinden. Anstatt sie als Wirtschaftsflüchtlinge zu stigmatisieren, werden Flüchtlinge als das angesehen, was sie gerade heute allzu oft sind: Opfer des Krieges, die ihr Recht auf ein menschenwürdiges Leben wahrnehmen wollen. Wer diesen Film gesehen hat, wird Migranten mit anderen Augen sehen“, begründete die Jury ihre Entscheidung. Gestiftet wird der Friedensfilmpreis von der Heinrich-Böll-Stiftung und den Internationalen Ärzten für die Verhütung des Atomkriegs (IPPNW) in Zusammenarbeit mit der Initiative Friedensfilmpreis. Er wird in Form einer Bronzeplastik verliehen und ist mit 5.000 Euro dotiert.

## **Hannah-Arendt-Preis für Politisches Denken 2003 an Michael Ignatieff**

Der Hannah-Arendt-Preis für politisches Denken wurde 1994 von Publizisten, Politikern und Wissenschaftlern in Bremen ins Leben gerufen. Er ist mit 7.500 Euro dotiert und wird vom Senator für Bildung und Wissenschaft der Freien Hansestadt Bremen und der Heinrich-Böll-Stiftung Bremen zu gleichen Teilen finanziert. Mit der jährlichen Vergabe des Preises wollen die Initiatoren nicht nur an die Rolle Hannah Arendts als eine der prägenden Persönlichkeiten des 20. Jahrhunderts erinnern, sondern auch auf ihre Bedeutung für eine Erneuerung des politischen Denkens hinweisen. Im Jahr 2003 ging der Preis an den Direktor des Carr Center für Menschenrechtspolitik an der Harvard University (USA), Michael Ignatieff. Damit zeichnete die international besetzte Jury einen Intellektuellen aus, der als Journalist, Wissenschaftler, Essayist und politischer Denker seit mehr als zwanzig Jahren einen bedeutenden Beitrag zur Verteidigung und Entwicklung der Idee und Praxis der Menschenrechte leistet. Die Jury würdigte insbesondere die Qualität seiner politisch, ethisch und geschichtlich sensiblen Zeitanalysen, die sich vor allem auf die Krisenherde unserer Zeit (Ruanda, Kosovo, Afghanistan, Irak) konzentrieren. Ignatieffs Publikationen und politisch intervenierenden Essays können als exemplarische Versuche gelten, das Verständnis der Menschenrechte mit dem Verständnis der Krisenhaftigkeit unserer politischen Geschichte nach dem Ende des „Kalten Kriegs“ und mit der neuen Verantwortung des Westens zu verbinden.

Am 27. November 2003, dem Vorabend der Preisverleihung, hielt Prof. Michael Ignatieff auf Einladung der Heinrich-Böll-Stiftung einen Gastvortrag an der Berliner Humboldt Universität zum Thema „Politik der Menschenrechte. Sind Menschenrechte eine brauchbare Leitlinie für politisches Handeln?“. Diskutiert wurde u.a. die Frage, wem dient und wem nutzt die Berufung auf Menschenrechte? Wie können sie politisch-praktische Wirksamkeit entfalten? Oder lassen sie sich, wie Ignatieff meint, vor jeden Karren spannen?

„Es besteht die erhebliche Gefahr, dass die Sprache der Menschenrechte zu einer ungenauen Sprache politischer Sehnsüchte degradiert wird, wenn wir nicht die Rolle analysieren, die die Rechte bei der Entfaltung und dem Ausbau spezieller Formen der ökonomischen Entwicklung haben können.“  
Michael Ignatieff in der Humboldt Universität

**Weitere Preise, die von der Heinrich-Böll-Stiftung oder ihren Landesstiftungen finanziell unterstützt werden:**

Big-Brother-Awards

„die Oscars für die Datenkraken“ (seit 1998, FoeBud e.V.)

„Knastgeflüster“

Literatur-Wettbewerb für Gefangene in Schleswig-Holstein (seit 1997, Landesstiftung Schleswig-Holstein)

Medienpreis für die "Kritische Sozialreportage in und über Mecklenburg-Vorpommern" (seit 1997, Landesstiftung Mecklenburg-Vorpommern u.a.)

Christa-Brandt-Preis für globale Partnerschaft und nachhaltige Entwicklung (seit 2000, Landesstiftung Schleswig-Holstein u.a.)

[Aus der Stiftung]

### **Neue Auslandsbüros in Beirut und Mexiko-City**

Die Heinrich-Böll-Stiftung eröffnet im Laufe des Jahres 2004 ein Büro in Mexiko City. Das Büro dort wird sich vor allem auf die Freihandelsabkommen (NAFTA, TLC's, ALCA) sowie das Globalabkommen zwischen der EU und Mexiko und deren Auswirkungen auf soziale, ökologische und wirtschaftliche Belange der Bevölkerung konzentrieren. Weitere Themen sind Geschlechterdemokratie und Ökologie.

Das Büro San Salvador soll mit einer Ortskraft für mindestens drei weitere Jahre beibehalten werden, um die Kontinuität und Glaubwürdigkeit der Programmarbeit in Mittelamerika zu gewährleisten.

Im Herbst 2004 öffnet ein Büro der Stiftung in Beirut (Libanon). Der israelisch-palästinensische Konflikt sowie die Frage der Demokratisierung in der Region sind die zentralen Herausforderungen für die Arbeit der Stiftung im Nahen Osten. Das Büro in Ramallah wird auch weiterhin die Arbeit in Palästina, in Jordanien und Ägypten koordinieren. Das Büro in Beirut dient vor allem dem friedlichen Dialog in der Region und zwischen den dortigen Ländern sowie Europa.

### **10 Jahre Heinrich-Böll-Stiftung in Lahore/Pakistan**

Nach zehn Jahren engagierter Arbeit für Frauenrechte, Frieden, Kulturaustausch und Verständigung unter den religiösen Gemeinschaften in Asien gab es allen Grund, das Büro der Heinrich-Böll-Stiftung in Lahore gebührend zu feiern. Die Leiterin des Büros, Angelika Köster-Lossack, stellte anlässlich der Feierlichkeiten im Oktober 2003 vor allem die grenzüberschreitenden Bemühungen um Aussöhnung in den Mittelpunkt der zukünftigen Arbeit. Im kulturellen Rahmenprogramm kam das Theaterstück *Dukhini* zur Aufführung, das den Frauenhandel zwischen Bangladesch und Pakistan thematisiert. Dies war nach dem Krieg zwischen dem damaligen West-Pakistan und Ost-Pakistan die erste Aufführung, an der pakistanische Theaterleute mit Kollegen aus Bangla-

desh zusammenarbeiteten. Beide Theatergruppen sind langjährige Partner der Stiftung.

Ebenfalls zu erleben war die Premiere des Films *Mujahid*, geschrieben und gedreht von Shahid Nadeem, einem der führenden Theaterautoren Pakistans. Sein Thema: die Rekrutierung von orientierungslosen jungen Männern für den Djihaad in Afghanistan. Der Film entstand mit Unterstützung der Heinrich-Böll-Stiftung.

Unter den Gästen der Feier waren auch der Gesandte der deutschen Botschaft in Islamabad, der Kulturminister der Regierung des Punjab sowie Freunde und Partner der Stiftung in Pakistan.

## **20 Jahre Stiftung Leben und Umwelt Niedersachsen**

Im Mai 2003 konnte die niedersächsische Landesstiftung „Leben und Umwelt“ ihr 20-jähriges Bestehen feiern. Als echte Vorreiterin auf dem langen Weg von den ersten Landesstiftungen bis zum stolzen grünen Stiftungsverbund von heute startete das Unternehmen damals als „Bewegungsstiftung“ mit betonter Parteienferne – schließlich hatten damals die „neuen sozialen Bewegungen“ Hochkonjunktur. Und Niedersachsen war ein Brennpunkt dieser Bewegungen. „Auch wenn diese heroische Phase der Alternativbewegung Geschichte ist, bleibt es eine richtige Idee, dass das Grüne Projekt nicht nur in den Parlamenten, sondern in der Lebenswelt verankert sein muss. Es geht nicht nur um eine andere Politik, sondern um andere Werte, einen anderen Begriff vom „guten Leben“ und einen neuen Lebensstil“, so Ralf Fücks in seiner Festrede. Und die grünen Stiftungen seien Teil dieser Lebenswelt wie auch der Politik – wenn auch in immer neuer Gestalt: als Zukunftswerkstatt, internationale Kooperationsplattform für Bürgerinitiativen und Projekte oder ideenpolitischer Akteur.

## **Die Heinrich-Böll-Stiftung auf den Buchmessen in Frankfurt und Havanna**

Mit einem umfangreichen Programm und der Buchpräsentation *Der Krieg im Schatten - Russland und Tschetschenien* präsentierte sich die Heinrich-Böll-Stiftung beim Russland-Schwerpunkt der Frankfurter Buchmesse 2003. Florian Hassel, der Herausgeber des Bandes, sah in dem Tschetschenien-Krieg ein Brennglas für die gegenwärtigen Probleme Russlands. Und Jens Siegert, Büroleiter der Stiftung in Moskau, betonte das Missverhältnis zwischen der Kriegsmüdigkeit der russischen Bevölkerung und ihrer Gleichgültigkeit gegenüber dem Geschehen.

Neben der Buchvorstellung (in Kooperation mit dem Suhrkamp-Verlag) und verschiedenen Diskussionsrunden ermöglichte die Stiftung in Zusammenarbeit mit der von Andrej Sacharow gegründeten Menschenrechtsorganisation Memorial ([www.memo.ru](http://www.memo.ru)) eine Ausstellung zu Russlands Vergangenheit. Damit konnte der Schwerpunkt der Buchmesse um eine kritische Bewertung aktueller politischer Entwicklungen in Russland ergänzt werden. Memorial, seit 1990 Partnerorganisation der Heinrich-Böll-Stiftung, war bereits zu Zeiten der Sowjetunion in der umfassenden Aufarbeitung der totalitären Vergangenheit des Landes aktiv. Darüber hinaus machte sich die Organisation in den letzten Jahren im schwierigen Demokratisierungsprozess Russlands als unbeugsame Kritikerin der Regierungspolitik einen Namen.

Infos zur Ausstellung: [www.memorial.de/lang\\_doku\\_dt.htm](http://www.memorial.de/lang_doku_dt.htm)

Auf der VII. Internationalen Buchmesse in Havanna präsentierte die Heinrich-Böll-Stiftung erstmalig mit einem eigenen Stand ihre spanischsprachigen Publikationen. Als neuesten Band der Reihe *ediciones boell* des Regionalbüros El Salvadors wurde der für kubanische Ohren provokanten Titel *Leer nos hace rebeldes* (Lesen macht rebellisch) vorgestellt - eine spanischsprachige Anthologie Heinrich Bölls. Zusätzlich zur Buchpräsentation war auch eine Ausstellung zu Leben und Werk Heinrich Bölls zu sehen. Da ausländische Bücher in Kuba eher eine Rarität darstellen, sind besonders die internationalen Aussteller umlagert und verzeichnen eine starke Nachfrage. Man kann annehmen, dass in Kuba ein verkaufte Buch von zehn Personen

gelesen wird. Heinrich Böll selbst ist in Kuba hauptsächlich durch seine beiden Romane *Ansichten eines Clowns* und *Billard um halb zehn* bekannt.

### **Kirchentag - ihr sollt ein Segen sein!**

Die Heinrich-Böll-Stiftung auf einem Kirchentag? „Ihr sollt ein Segen sein“ - das war das Motto des ersten Ökumenischen Kirchentags, der im Jahr 2003 in Berlin stattfand. Zusammen mit über eintausend Initiativen und Organisationen informierte die Stiftung über ihre Arbeit. Viele Jugendliche nutzten die Gelegenheit, sich über die Stiftung zu informieren. So lautete die meistgestellte Frage am Info-Stand dann auch: „Wie bekomme ich ein Stipendium?“

[Gremien] (Stand: April 2004)

### **Mitgliederversammlung**

Margarete Bause, Lukas Beckmann, Kambiz Behbahani, Birgitt Bender, Dr. Mechthild Bereswill, Maren Bock, Viktor Böll, Dr. Barbara Böttger, Reinhard Bütikofer, Gisela Erler, Dr. Gernot Folkers, Jürgen Gneiting, Winfried Hammann, Monika Hantschick, Dr. Cilja Harders, Annette Hecker, Antje Hermenau, Peter Hettlich, Dorothea Höck, Georg Hörnschemeyer, Christiane Howe, Michaelaele Hustedt, Irmgard Jochum, Ali Kuhlmann, Uta Leichsenring, Kordula Leites, Reinhold Mau, Christoph Meertens, Brigitte Moritz, Christiane Overkamp, Dr. Pino Olbrich, Dr. Lothar Probst, Gabriele Rosenbaum, Heide Rühle, Jörg Sauskat, Dirk Scheelje, M. Max Schön, Kristina Steenbock, Dr. Tine Stein, Edda Stelck, Gerda Stuchlik, Malti Taneja, Elisabeth von Thadden, Alena Wagnerova-Köhler, Henriette Wägerle, Dr. Elisabeth Weber, Reinhard Weißhuhn, Dr. Christine von Weizsäcker, Volker Wiedersberg

### **Aufsichtsrat**

Maren Bock, Reinhard Bütikofer, Gregor Enste, Jürgen Gneiting, Antje Hermenau, Christoph Meertens, Kristina Steenbock, Edda Stelck, Gabriele Tellenbach

### **Frauenrat**

Gisela Breil, Maria Brosch, Gülay Gaglar,, Dr. Cilja Harders, Dagmar Hirdes, Christiane Howe, Irene Reifenhäuser, Alena Wagnerova-Köhler

### **Koordinationsgremium des Förderkreises**

Christian Holtgreve, Mechtild M. Jansen, Helga Metzner, Eva Quistorp, Edda Stelck

### **Mitglieder Grüne Akademie**

Dr. Gabriele Abels, Prof. Dr. Marie-Theres Albert, Prof. Dr. Joan Martinez Alier, Biggi Bender, Dr. Mechthild Bereswill, Marianne Birthler, Prof. Dr. Angelo Bolaffi, Prof. Dr. Christina von Braun,

Prof. Dr. Claudia von Braunmühl, Prof. Dr. Hubertus Buchstein, Mercedes Bunz, Prof. Dr. Thomas Christaller, Prof. Dr. Wolfgang Coy, Prof. Dr. Dr. Michael Daxner, Prof. Dr. Simone Dietz, Rainer Emschermann, Anke Erdmann, Prof. Dr. Gisela Färber, Andrea Fischer, Dr. Rainer Forst, Ralf Fücks, Karsten Gerlof, Prof. Dr. Arnim von Gleich, Adrienne Göhler, Cristina Gómez Barrio, Dr. Sigrid Graumann, Prof. Dr. L. Horst Grimme, Prof. Dr. Boris Groys, Prof. Dr. Hariolf Grupp, Rebecca Harms, Dr. Jeanette Hofmann, Dr. Otto Kallscheuer, Dr. Cornelia Klinger, Prof. Dr. Rainer Kuhlen, Dr. Rainer Land, Dr. Reinhard Loske, Dr. Willfried Maier, Dr. Hendrik Milting, Johannes Moes, Prof. Dr. Frank Nullmeier, Prof. Dr. U. K. Preuß, Prof. Dr. Dr. F. J. Radermacher, Dr. Shalini Randeria, Prof. Dr. Jens Reich, Ulrike Riedel, Prof. Dr. Raúl Rojas, Prof. Dr. Arno Rolf, Krista Sagger, Prof. Dr. Thomas Saretzki, Prof. Dr. Birgit Sauer, Joscha Schmierer, Peter Siller, Dr. Tine Stein, Rena Tangens, Dr. Beatrix Tappeser, Wolfgang Templin, Ellen Ueberschär, Sybille Volkholz, Prof. Dr. Harald Wagner, Dr. Frieder Otto Wolf.

#### **Mitglieder der Kuratoriums des Feministischen Instituts**

Delal Atmaca, Dr. Mechthild Bereswill, Juliane Freifrau von Friesen, Adrienne Goehler, Christiane Howe, Renate Künast, Dr. Claudia Neusüß, Prof. Dr. Hildegard Maria Nickel, Margery Resnick, Viola Roggenkamp, Claudia Roth, Alena Wagnerova, Gitti Hentschel  
(Koordinatorin)

#### **Fachbeirat Nord-Süd**

Dr. Muriel Asseburg, Prof. Dr. Marianne Braig, Dr. Achim Brunnengräber, Ulf Engel, Dr. Tobias Debiel, Ingrid Hoven, Lotte Leicht, Sabine Meyer, Roger Peltzer, Dr. Shalini Randeria, Wolfgang Schmitt, Dr. Imme Scholz, Dr. Karl-Heinz Stecher, Klaus Wardenbach, Dr. Roland Wöhrle-Chon

#### **Fachbeirat Europa/ Transatlantik**

Juan Behrend, Prof. Dr. Thomas Bremer, Nika Greger, Dan Hamilton, Brigitte Luggin, Ludwig Mehlhorn, Jost Langendijk, Helmut Lippelt, Ulrike Lunacek, Edith Müller, Marc Oliver Pahl, Stefanie Schiffer, Joscha Schmierer, Frithjof Schmidt, Michaele Schreyer,

Prof. Dr. Klaus Segbers, Jan Seifert, Peter Skerry, Jaroslav Sonka, Rainer Steenblock, Christian Sterzing, Elisabeth Weber

#### **Fachbeirat Studienwerk**

Theresia Bauer, Grietje Bettin, Marc Buggeln, Prof. Dr. Gudrun Ehlert, Dr. Gernot Folkers, Prof. Dr. Gert Janssen, Dr. Jan Hans, Charlotte Karibuhoye, Prof. Dr. Andreas Lob-Hüdepohl, Prof. Dr. Gerhard Kockläuner, Christine M. Merkel, Prof. Dr. Birgit Menzel, Susanne Öttl, Prof. Dr. Chirly Santos-Stubbe, Dr. Karin Widmeyer

#### **Fachkommission Bildung**

Prof. Dr. Gerd de Haan, Prof. Dr. Wolfgang Edelstein, Reinhard Kahl, Undine Kurth, Dr. Andreas Poltermann, Dr. Anne Sliwka, Dr. Simone Schwanitz, Cornelia Stern, Volkmar Strauch, Dr. Dieter Wunder, Sybille Volkholz (Kordinatorin)

#### **Fachkommission Stadtentwicklung**

Franziska Eichstädt-Bohlig, Prof. Dr. Hartmut Häußermann, Dr. Christine Hannemann, Philipp Oswald, Maxi Malzahn, Carsten Meyer, Dr. Klaus-Martin Groth, Joachim Stein, Prof. Dr. Dieter Läßle, Carola Scholz, Prof. Dr. Detlef Ipsen, Brigitte Karhoff, Winfried Hammann, Dr. Thomas Rommelspacher, Klaus Habermann-Nieße, Andreas Feldtkeller, Prof. Dr. Ilse Helbrecht, Rainer Bohne, Dr. Brigitte Dahlbender, Prof. Dr. Martin Junkernheinrich

#### **Fachkommission Wirtschaftspolitik**

Helmut Breiderhoff, Ute Brümmer, Helmut Deeke, Christoph Erdmenger, Günter Faltin, Gisela Färber, Hartmut Fischer, Dagmer Geffken, Gerd Grözinger, Albrecht Graf von Hardenberg, Jörg Haas, Hannah Hempell, Konrad Kingenburg, Dr. Fred Luks, Dr. Eva Mädje, Dr. Andreas Renner, Dr. Gerhard Schick, Max Schön, Daniela Setton, Elmar Sing, Klaus Stähle, Marcus Stewen, Martin Stuber, Götz von Stumpfeldt, Susanne Weis, Franziska Wolff

## **[Finanzen und Personal]**

Die Heinrich-Böll-Stiftung hat sich in ihrer Satzung verpflichtet, den eigenen Verwaltungsaufwand so gering wie möglich zu halten und alle Mittel sparsam und wirtschaftlich zu verwenden. Gleichzeitig wirkt sich die allgemeine schwierige Lage im Bundeshaushalt auch auf die Finanzsituation der Stiftung aus: Die Mittel für die politischen Stiftungen wurden im Berichtsjahr 2003 gekürzt; und weitere Kürzungen sind abzusehen. Vorstand und Geschäftsführung sind sich darüber einig, dass diese Kürzungen nicht zu Lasten der Bildungsarbeit der Stiftung gehen dürfen. Einsparungen sollen vor allem im Verwaltungsbereich erbracht werden. Dies bedeutet, dass die Stiftung noch stärker als bisher ihre Kosten optimieren muss.

Die Stiftung hat damit begonnen, verstärkt Projektmittel bei der Europäischen Kommission zu beantragen, da erfolgreiche Kooperationen in Europa der stiftungspolitischen Zielsetzung und Schwerpunktbildung entsprechen - und dazu gehört auch eine engagierte Projektarbeit in den europäischen Beitrittsstaaten.

Die Wirtschaftsprüfung für das Jahr 2002 hat von April bis August 2003 in der Heinrich-Böll-Stiftung und ihren 16 Landesstiftungen stattgefunden. Die Einreichung der Verwendungsnachweise bei den Zuwendungsgebern und der Bericht des Wirtschaftsprüfers erfolgte fristgerecht. Die Prüfungsberichte - Prüfung der Wirtschafts- und Finanzführung 2002, sowie des Jahresabschlusses zum 31.12.2002 - fielen durchweg positiv aus.

Seit dem Jahr 2003 kann die Stiftung die vom Bundesministerium des Innern zugebilligten Mittel im Verfahren der Selbstbewirtschaftung verwenden, d.h. es können nicht verausgabte Mittel in das folgende Geschäftsjahr transferiert werden. Mit der Selbstbewirtschaftung verfolgt der Zuwendungsgeber vorrangig das Ziel, dass mit den öffentlichen Mitteln sparsamer und effizienter umgegangen wird. Das sogenannte „Dezemberfieber“ soll hierdurch vermieden werden. Zudem erhöhen sich durch die Selbstbewirtschaftung die finanziellen Gestaltungsmöglichkeiten der Stiftung, z.B. was die zeitliche Konzentration von bestimmten Projekten und Maßnahmen oder die Bündelung

von Beschaffungen angeht. Das Verfahren der Selbstbewirtschaftung ermöglicht somit eine längerfristige Planung und Steuerung.

Eine besonders erfreuliche Nachricht des Berichtsjahres betrifft die Räumlichkeiten der Stiftung: Ab dem Jahr 2008 wird sie – wie die anderen politischen Stiftungen auch – über ein eigenes Domizil verfügen. Auch dies soll – gut erreichbar – im Herzen Berlins liegen, aber verbesserte Arbeitsbedingungen bieten. Darüber hinaus wird es all das ausstrahlen, wofür die Stiftung steht: nämlich Transparenz, Ökologie und Demokratie.

VORLÄUFIGE GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG  
VOM 1. JANUAR BIS 31. DEZEMBER 2003

	2003	2002	Veränderung	
	Euro	Euro	Euro	in %
Erträge Globalmittelhaushalt *	14.037.880	13.762.428	275.452	2
Erträge anderer Zuwendungsbereiche **	23.969.362	23.434.560	534.802	2
<b>Summe der Erträge</b>	<b>38.007.242</b>	<b>37.196.988</b>	<b>810.254</b>	<b>2</b>
Personalaufwand	7.615.639	7.374.187	241.452	3
Sächliche Verwaltungskosten ***	2.998.983	3.020.346	-21.363	-1
Investitionen (< 5.100 €)	108.459	120.806	-12.347	-10
Fachausgaben bezogen auf die Globalmittel des BMI	1.215.032	1.125.118	89.914	8
Weiterleitung von Zuwendungen aus dem Globalmittelhaushalt	2.099.767	2.121.980	-22.213	-1
Fachausgaben bezogen auf die anderen Zuwendungen	5.470.672	4.804.697	665.975	14
Weiterleitung von BMZ Projektmitteln	18.498.690	18.629.864	-131.174	-1
<b>Summe der Aufwendungen</b>	<b>38.007.242</b>	<b>37.196.998</b>	<b>810.244</b>	<b>2</b>
<b>Zwischenergebnis</b>	<b>0</b>	<b>-10</b>	<b>10</b>	
Vereinserträge	480.355	693.938	-213.583	-31
Vereinsaufwendungen	471.877	696.800	-224.923	-32
<b>Vereinsergebnis</b>	<b>8.478</b>	<b>-2.862</b>	<b>11.340</b>	
<b>Jahresfehlbetrag / Überschuss</b>	<b>8.478</b>	<b>-2.872</b>	<b>11.350</b>	

\* enthält die Erträge aus Globalmitteln des BMI, Verwaltungskostenzuschüsse anderer Zuwendungsgeber und die sonstigen Einnahmen

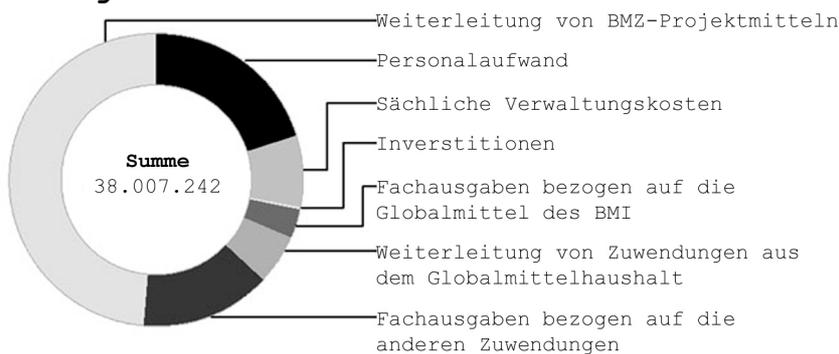
\*\* enthält Projektmittel des BMZ, des AA, der EU sowie die Mittel für die Studienförderung des BMBF und AA

\*\*\* einschl. der Rückstellungen für Risiken

## Einnahmen 2003



## Ausgaben 2003



Die Heinrich-Böll-Stiftung e.V. finanziert sich fast ausschließlich aus öffentlichen Zuwendungen. Die Erträge haben sich gegenüber dem Vorjahr insgesamt um rd. 2% auf 38,0 Mio. € erhöht, doch ist dies einmaligen Sonderförderungen für Krisengebiete zu verdanken.

Im Jahr 2003 ist es erstmals gelungen, in nennenswertem Umfang Mittel von der Europäischen Union zu erhalten (rd. 625 T€ für 2003, weitere rd. 1,9 Mio € für die Folgejahre). Hier wird weiterhin ein Akquisitionsschwerpunkt der Stiftung liegen.

Auf der Ausgabenseite zeigt sich, dass das eingeführte Sparprogramm der Stiftung bereits Früchte getragen hat. Die Kosten für die laufenden sächlichen Aufwendungen und die Investitionen konnten gemindert werden.

Erfreulich ist des Weiteren, dass der Rückgang des Vereinsvermögens gestoppt und ein kleiner Überschuss von rd. 8 T € realisiert werden konnte. Das Vereinsvermögen stellt allerdings weiterhin nur einen marginalen Anteil von etwa 1% am Gesamtvermögen dar. Hier wird angestrebt, durch Fundraising, Sponsoring und durch Aktivitäten im Rahmen eines zu erweiternden wirtschaftlichen Geschäftsbetriebs als Risikoabsicherung den Vermögensbestand aufzustocken.

Eine ausreichende Liquidität war im Jahr 2003 immer sichergestellt. Dies bestätigen auch die Bilanzzahlen, die eine Deckung der kurzfristigen Verbindlichkeiten durch die kurzfristig verfügbaren liquiden Mittel ausweist.

### Vorläufige Bilanz vom 1. Januar bis 31. Dezember 2003

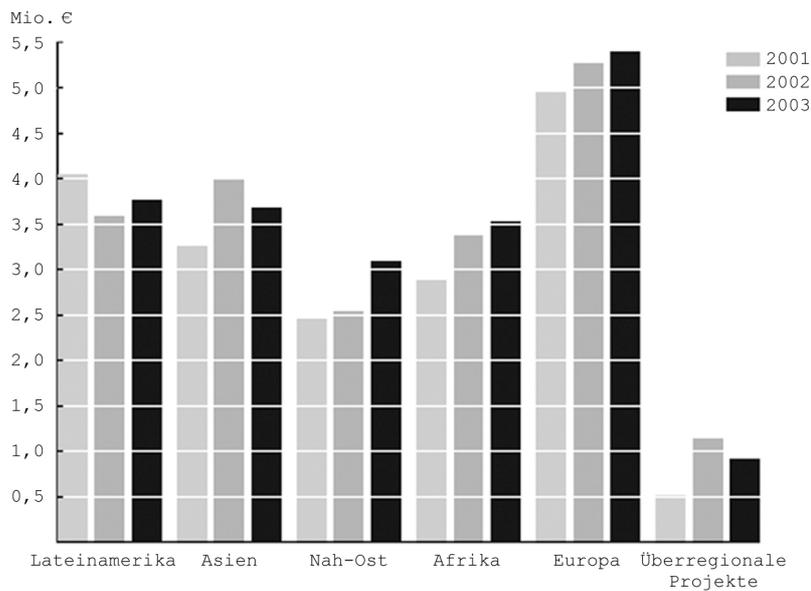
#### AKTIVA

	EURO	VORJAHR EURO
<b>ANLAGEVERMÖGEN</b>		
IMMATERIELLE VERMÖGENSGEGENSTÄNDE		
Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten, zuwendungsfinanziert	173.923	243.193
geleistete Anzahlungen, zuwendungsfinanziert	928	-
SACHANLAGEN		
Grundstücke, einschließl. der Bauten auf fremden Grundstücken, zuwendungsfinanziert	1.816.099	1.963.028
Betriebs- und Geschäftsausstattung, zuwendungsfinanziert	828.152	867.018
Betriebs- und Geschäftsausstattung, Verein	2.035	2.909
geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau, zuwendungsfinanziert		2.069
FINANZANLAGEN		
Kautionen	1.333	1.333
<b>UMLAUFVERMÖGEN</b>		
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	56.432	101.519
Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten	2.023.240	2.073.357
<b>RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN</b>	4.451	19.918
<b>SUMME</b>	<b>4.906.593</b>	<b>5.274.344</b>

## PASSIVA

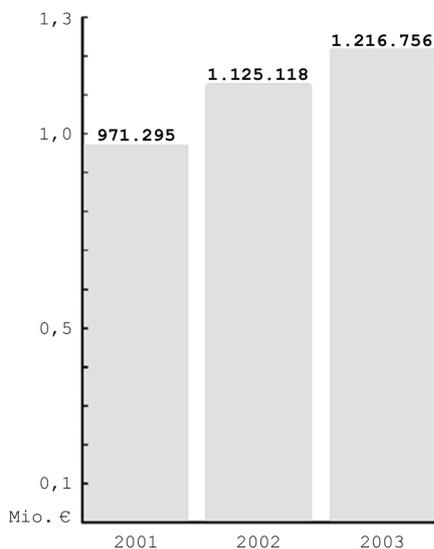
	EURO	VORJAHR	EURO
<b>VEREINSVERMÖGEN</b>			
Vereinsvermögen zum 01.01.2003	53.903		56.775
Jahresergebnis	8.478		-2.872
<b>SONDERPOSTEN MIT RÜCKLAGEANTEIL</b>			
Sonderposten aus Zuwendungen zum Anlagevermögen	2.539.949		2.797.031
Sonderposten aus Zuwendungen zu Kautionen	1.333		1.333
<b>RÜCKSTELLUNGEN</b>	585.000		-
<b>VERBINDLICHKEITEN</b>			
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	821.700		851.848
VERBINDLICHKEITEN GEGENÜBER PROJEKTPARTNERN			
aus BMZ-Mitteln	-		715.630
aus AA-Mitteln	1.331		106.474
VERBINDLICHKEITEN GEGENÜBER ZUWENDUNGSGEBERN			
gegenüber der EU	19.697		407
gegenüber dem BMZ	42.367		65.550
gegenüber dem AA	42.112		56.048
gegenüber dem BVA	-		-
SONSTIGE VERBINDLICHKEITEN	464.633		393.183
<b>RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN</b>			
gegenüber der EU	149.484		26.363
gegenüber dem BMBF	6.653		127.696
gegenüber dem BMZ	-		78.878
gegenüber dem AA	169.953		-
<b>SUMME</b>	<b>4.906.593</b>		<b>5.274.344</b>

## Internationale Zusammenarbeit



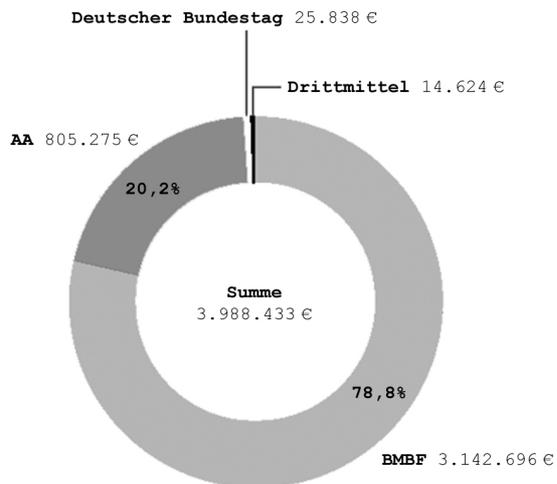
Die Gesamtmittel für die Internationale Zusammenarbeit sind in etwa konstant geblieben. Die seit Anfang der 90er Jahre kontinuierlich zurückgehenden AA-Mittel konnten durch Steigerungen im BMZ-Bereich und durch verstärkte Einwerbung von EU-Mitteln kompensiert werden. Im Jahr 2003 erreichte die Einnahmeseite bei allen Stiftungen einen Höchststand, der vor allem auf einen Anstieg der BMZ-Mittel, und hier insbesondere einiger Sonderprogramme (Anti-Terror, Armutskämpfung), zurückzuführen ist. Die Verteilung der BMZ-Mittel auf die Regionen ist weitgehend konstant geblieben. Der historisch bedingte Überhang in Lateinamerika wurde in den vergangenen Jahren abgebaut, zugleich stiegen die Mittel für Asien. Die erhöhten Mittel für die Region Nahost ist auf die sehr erfolgreiche Akquise und Bewirtschaftung von EU-Mitteln zurückzuführen. Der Anstieg im Bereich Europa ist bedingt durch die Verlagerung der Türkeiarbeit vom Nahost-Referat in das Europa-Referat.

## Fachmittel Inland



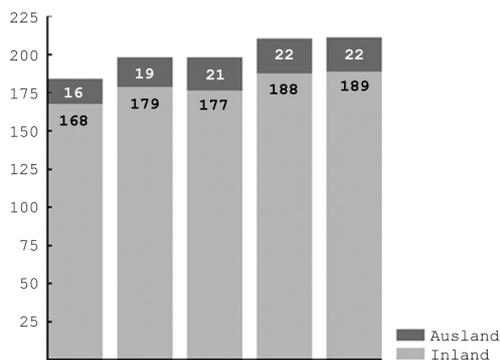
Die Fachmittel für Inlandsprojekte aus BMI-Globalmitteln wurden in den letzten Jahren sukzessive erhöht. Für die politische Bildungsarbeit auf Länderebene leitet die Stiftung jährlich etwa 2,1 Mio. € an die 16 Landesstiftungen weiter.

## Studienwerk



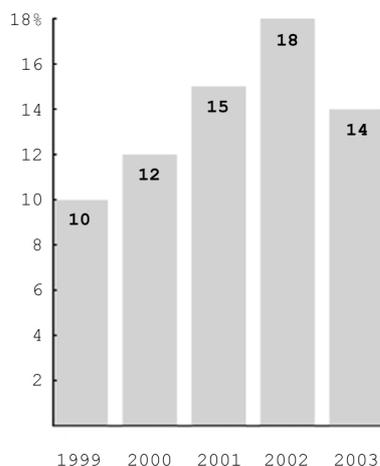
Das Studienwerk der Heinrich-Böll-Stiftung vergibt jährlich rund 80 bis 100 Stipendien für begabte deutsche und ausländische Studierende sowie Promovierende aller Fachrichtungen an Universitäten und Fachhochschulen und erhält dafür hauptsächlich Zuwendungen vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (ca. 79%) und vom Auswärtigen Amt (ca. 20%). Darüber hinaus beteiligt sich die Stiftung am PraktikantInnenprogramm des Deutschen Bundestags und erhält Drittmittel in geringem Umfang.

## Entwicklung der Beschäftigtenzahl



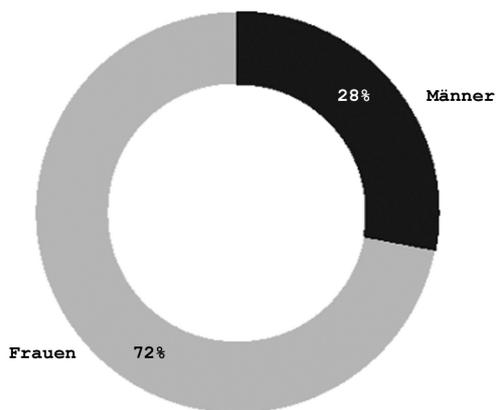
Die Zahl der Beschäftigten hat sich in den letzten Jahren durch den weiteren Aufbau der Stiftung kontinuierlich erhöht. Am 31.12.1999 waren 168 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Inland beschäftigt, am 31.12.2003 waren es hingegen 189. Die Zahl der ins Ausland entsandten Beschäftigten stieg in diesem Zeitraum von 16 auf 22.

## Anteil von MigrantInnen



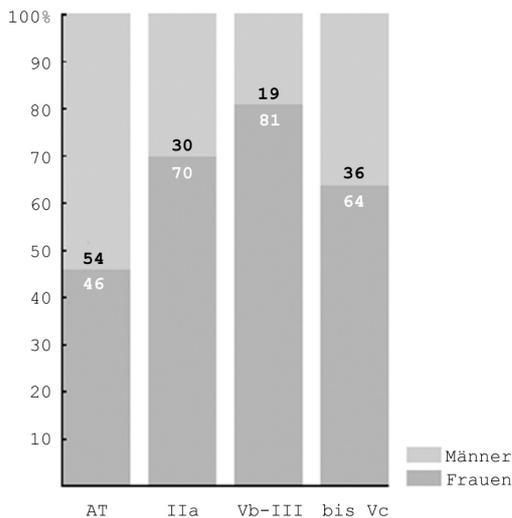
Der Anteil der Migrantinnen und Migranten, der in der Satzung der Heinrich-Böll-Stiftung mit 10% festgelegt ist, ist in den letzten Jahren gestiegen. Die Stiftung strebt an, diesen Anteil auch in den oberen Tarifgruppen zu erhöhen.

### Anteil der Frauen und Männer



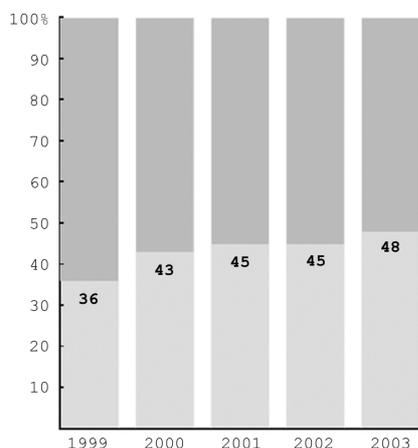
Der Anteil der in der Stiftung beschäftigten Männer und Frauen blieb über die letzten 5 Jahre nahezu konstant bei ca. 70% Frauen und ca. 30% Männern.

### Anteil der Frauen und Männer in den Tarifgruppen



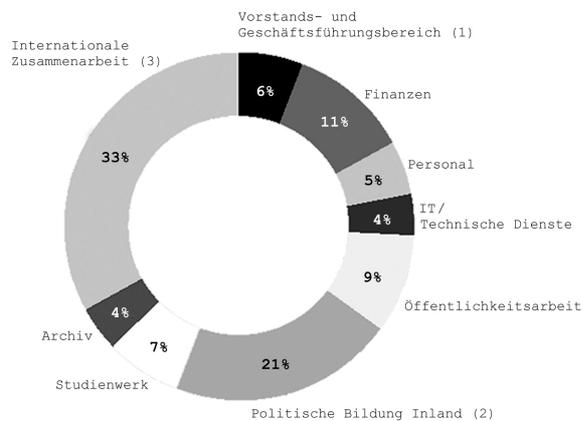
Im Gegensatz zu vielen anderen Institutionen ist in der Heinrich-Böll-Stiftung der hohe Frauenanteil auf alle Ebenen gleichmäßig verteilt. Auch bei den außertariflichen Vergütungen sind Frauen mit 46% präsent.

### Anteil der Teilzeitbeschäftigung



Der konstant hohe Anteil an Teilzeitbeschäftigung zeigt, dass die Stiftung die Vereinbarkeit von Beruf- und Privatleben aktiv unterstützt.

## Verteilung der Personalkosten



Rund 54% der Personalkosten fließen in unsere Projekte der politischen Bildung und der internationalen Zusammenarbeit. Projektbezogen arbeiten auch das Studienwerk und das Archiv Grünes Gedächtnis mit einem Personalkostenanteil von zusammen 11%. Etwa 20% der Personalkosten werden für administrative Aufgaben aufgewandt. Die Personalkosten der Abteilung Öffentlichkeitsarbeit sind überwiegend der politischen Bildungsarbeit zuzurechnen (z.B. Internetauftritt, Lektorat).

- 1 inkl. Stiftungsbüro
- 2 inkl. Grüne Akademie, FI und Gemeinschaftsaufgaben
- 3 ohne Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Auslandsbüros

## **[Publikationen der Heinrich-Böll-Stiftung: Eine Auswahl]**

### **Globalisierung und Nachhaltige Entwicklung**

#### **Zur Lage der Welt 2004 - Die Welt des Konsums**

Hrsg. vom Worldwatch Institute in Zusammenarbeit mit Heinrich-Böll-Stiftung und GERMANWATCH im Verlag Westfälisches Dampfboot  
Münster 2004, 324 Seiten, € 19,90  
ISBN 3-89691-570-3

#### **Die Umwelt in der Globalisierungsfalle**

Hrsg. von M. Engelhardt und M. Steigenberger in Zusammenarbeit mit der Heinrich-Böll-Stiftung, Hamburg 2003, 208 Seiten, € 12,80  
ISBN 3-89965-029-8

### **Demokratie und Menschenrechte**

#### **Der Krieg im Schatten - Rußland und Tschetschenien**

Hrsg. von Florian Hassel im Suhrkamp Verlag in Zusammenarbeit mit der Heinrich-Böll-Stiftung, 3. Auflage, Frankfurt a.M. 2003, 258 Seiten, € 11,-  
ISBN 3-518-12326-2

#### **Fiktion einer Verschwörung**

Von Djamileh Kadivar. Mit einem Vorwort von Wolfgang Thierse und einer Einleitung von Sonia Seddighi. Hrsg. von der Heinrich-Böll-Stiftung  
Berlin 2003, 192 Seiten, € 6,-  
ISBN 3-927760-46-3

### **Zeitgeschichte**

#### **Gedächtnispolitik. Eine kritische Zwischenbilanz**

Hrsg. von der Heinrich-Böll-Stiftung, Berlin 2003, 192 Seiten, € 8,-  
ISBN 3-927760-44-7

### **Geschlechterdemokratie und Feminismus**

#### **Gender und Militär. Internationale Erfahrungen und Probleme**

Hrsg. von Ruth Seifert, Christine Eifler und der Heinrich-Böll-Stiftung im Ulrike Helmer Verlag, Königstein 2003, 316 Seiten, € 24,95  
ISBN 3-89741-131-8

### **Bildung und Wissenschaft**

#### **Selbstständig lernen - Bildung stärkt Zivilgesellschaft**

Sechs Empfehlungen der Bildungskommission der Heinrich-Böll-Stiftung  
Hrsg. von der Heinrich-Böll-Stiftung im Beltz Verlag,  
Weinheim 2004, 240 Seiten, € 16,90  
ISBN 3-407-25354-0

### **Kunst und Kultur**

#### **Um etwas Zeit zu retten.**

#### **Literatur und Kunst im Heinrich-Böll-Haus Langenbroich**

Hrsg. von der Heinrich-Böll-Stiftung  
Berlin 2003, 88 Seiten, € 5,-  
ISBN 3-927760-45-5

[Adressen]

**Heinrich-Böll-Stiftung**

Rosenthaler Str. 40/41  
10178 Berlin  
Tel.: 030-285340  
Fax: 030-28534109  
E-mail: [info@boell.de](mailto:info@boell.de)  
Internet: [www.boell.de](http://www.boell.de)

**Archiv Grünes Gedächtnis**

Eldenaer Str. 35  
10247 Berlin  
Tel.: 030-28534260  
Fax: 030-28534-5260  
E-mail: [archiv@boell.de](mailto:archiv@boell.de)

**Landesstiftungen der Heinrich-Böll-Stiftung**

**Heinrich-Böll-Stiftung Baden-Württemberg e.V.**

Rieckestr. 26, 70190 Stuttgart  
Tel.: 0711-26339410 Fax: 0711-26339419  
E-Mail: [info@boell-ba-wue.de](mailto:info@boell-ba-wue.de)  
Internet: [www.boell-ba-wue.de](http://www.boell-ba-wue.de)

**Petra-Kelly-Stiftung**

Bildungswerk für Demokratie und Ökologie in Bayern e.V.  
Reichenbachstr. 3a, 80469 München  
Tel.: 089-24226730 Fax: 089-24226747  
E-Mail: [info@petra-kelly-stiftung.de](mailto:info@petra-kelly-stiftung.de)  
Internet: [www.petra-kelly-stiftung.de](http://www.petra-kelly-stiftung.de)

**Bildungswerk Berlin der Heinrich-Böll-Stiftung e.V.**

Kottbusser Damm 72, 10967 Berlin  
Tel.: 030-6126074 Fax: 030-6183011  
E-Mail: [info@bildungswerk-boell.de](mailto:info@bildungswerk-boell.de)  
Internet: [www.bildungswerk-boell.de](http://www.bildungswerk-boell.de)

**Heinrich-Böll-Stiftung Brandenburg**

Werkstatt für politische Bildung e.V.  
Charlottenstr. 30, 14467 Potsdam  
Tel.: 0331-2800786  
Fax: 0331-292092  
E-Mail: [info@boell-brandenburg.de](mailto:info@boell-brandenburg.de)  
Internet: [www.boell-brandenburg.de](http://www.boell-brandenburg.de)

**Bildungswerk Umwelt und Kultur in der Heinrich-Böll-Stiftung**

Plantage 13, 28215 Bremen  
Tel.: 0421-352368 Fax: 0421-352389  
E-Mail: [ruedel.boell@t-online.de](mailto:ruedel.boell@t-online.de)  
Internet: [www.boell-bremen.de](http://www.boell-bremen.de)

**Heinrich-Böll-Stiftung Hamburg**

umdenken - Politisches Bildungswerk  
Max-Brauer-Allee 116, 22765 Hamburg  
Tel.: 040-3895270 Fax: 040-3809362  
E-Mail: [umdenken@t-online.de](mailto:umdenken@t-online.de)  
Internet: [www.umdenken-boell.de](http://www.umdenken-boell.de)

**Heinrich-Böll-Stiftung Hessen**

Landesstiftung der Heinrich-Böll-Stiftung  
Niddastr. 64, 60329 Frankfurt a. M.  
Tel.: 069-231090 Fax: 069-239478  
E-Mail: [info@hgdoe.de](mailto:info@hgdoe.de)  
Internet: [www.hgdoe.de](http://www.hgdoe.de)

**Bildungswerk Mecklenburg-Vorpommern in der Heinrich-Böll-Stiftung**

Mühlenstraße 9, 18055 Rostock  
Tel.: 0381-4922184 Fax: 0381-4922156  
E-Mail: [boell.m-v@flix.de](mailto:boell.m-v@flix.de)  
Internet: [www.boell-mv.de](http://www.boell-mv.de)

**Stiftung Leben und Umwelt Niedersachsen**

Schuhstr. 4, 30159 Hannover  
Tel.: 0511-30185711/12 Fax: 0511-30185714  
E-Mail: [info@slu.de](mailto:info@slu.de)  
Internet: [www.slu.de](http://www.slu.de)

**Heinrich-Böll-Stiftung Nordrhein-Westfalen**

Huckarder Str. 12, 44147 Dortmund  
Tel.: 0231-9144040 Fax: 0231-91440444  
E-Mail: [info@boell-nrw.de](mailto:info@boell-nrw.de)  
Internet: [www.boell-nrw.de](http://www.boell-nrw.de)

**Heinrich-Böll-Stiftung Rheinland-Pfalz**

Rhein-Allee 3D, 55116 Mainz  
Tel.: 06131-905260 Fax: 06131-905269  
Hauptstraße 21, 67280 Ebertsheim  
Tel.: 06359-961800 Fax: 06359-961427  
E-Mail: [mainz@boell-rlp.de](mailto:mainz@boell-rlp.de)  
Internet: [www.boell-rlp.de](http://www.boell-rlp.de)

**Heinrich-Böll-Stiftung Saar e.V.**

Talstr. 56, 66119 Saarbrücken  
Tel.: 0681-583560 Fax: 0681-583536  
E-Mail: [boell.stiftung@t-online.de](mailto:boell.stiftung@t-online.de)

**Bildungswerk Weiterdenken in der Heinrich-Böll-Stiftung**

Schützengasse 18, 01067 Dresden  
Tel.: 0351-4943311 Fax: 0351-4943411  
E-Mail: [info@weiterdenken.de](mailto:info@weiterdenken.de)  
Internet: [www.weiterdenken.de](http://www.weiterdenken.de)

**Mitwelt - Heinrich-Böll-Stiftung in Sachsen-Anhalt e.V.**

Neumarktstr. 9, 06108 Halle  
Tel.: 0345-2023927 Fax: 0345-2023928  
E-Mail: [hbs.sachsen-anhalt@t-online.de](mailto:hbs.sachsen-anhalt@t-online.de)  
Internet: [www.hbs-sachsen-anhalt.de](http://www.hbs-sachsen-anhalt.de)

**Bildungswerk „anderes lernen“**  
**Heinrich-Böll-Stiftung Schleswig-Holstein**  
Medusastr. 16, 24143 Kiel  
Tel.: 0431-9066130 Fax: 0431-9066134  
E-Mail: [boell.s-h@t-online.de](mailto:boell.s-h@t-online.de)  
Internet: [www.boell-sh.de](http://www.boell-sh.de)

**Heinrich-Böll-Stiftung Thüringen**  
Trommsdorffstr. 5, 99084 Erfurt  
Tel.: 0361-5553257  
Fax: 0361-5553253  
E-Mail: [info@boell-thueringen.de](mailto:info@boell-thueringen.de)  
Internet: [www.boell-thueringen.de](http://www.boell-thueringen.de)

#### **Auslandsbüros der Heinrich-Böll-Stiftung (Stand Mai 2004)**

##### **Afrika**

**Regionalbüro Ostafrika/ Horn von Afrika**  
Heinrich Böll Foundation  
Forest Road, P.O. Box 10799-00100  
GPO Nairobi  
Tel: +254-20-3744227/3750329  
Fax: +254-20-3749132  
E-mail: [nairobi@hbfha.com](mailto:nairobi@hbfha.com)  
Internet: [www.hbfha.com](http://www.hbfha.com)

**Landesbüro Nigeria**  
Heinrich Böll Foundation  
9b, Omo Osagie St.  
S.W. Ikoyi, Lagos  
Tel: +234-1-47214 65  
E-mail: [info@boellnigeria.org](mailto:info@boellnigeria.org)  
Internet: [www.boellnigeria.org](http://www.boellnigeria.org)

**Regionalbüro Südliches Afrika**  
**Postanschrift:**  
Heinrich-Böll-Stiftung  
Regional Office Southern Africa  
PO Box 2472  
Saxonwold, 2132  
South Africa  
**Besucheranschrift:**  
43 Tyrwhitt Avenue  
Melrose, 2196  
Johannesburg, South Africa  
Tel: +27-11-447 8500  
Fax: +27-11-447 4418  
eMail: [info@boell.org.za](mailto:info@boell.org.za)  
Internet: [www.boell.org.za](http://www.boell.org.za)

## **Asien**

### **Regionalbüro Südasien**

Heinrich Böll Foundation  
76-B, Nisar Road  
Lahore Cantt-54800, Pakistan  
Tel: +92-42-6666322  
Fax: +92-42-6664899  
E-Mail: [sa@hbfasia.org](mailto:sa@hbfasia.org)  
Internet: [www.hbfasia.org](http://www.hbfasia.org)

### **Regionalbüro Südostasien**

Heinrich Böll Foundation  
91/9 Umong Soi 5  
Tambon Suthep, Muang  
50200 Chiang Mai  
Tel: +66-53-810430  
Fax: +66-53-810124  
E-Mail: [sea@hbfasia.org](mailto:sea@hbfasia.org)  
Internet: [www.hbfasia.org](http://www.hbfasia.org)

### **Landesbüro Kambodscha\***

Heinrich Böll Foundation  
#224, 184 Street  
Daun Penh (off Monivong Blvd.)  
Phnom Penh  
Tel: +855 23 210 535  
Fax: +855 23 216 482  
E-Mail: [hbfc@camnet.com.kh](mailto:hbfc@camnet.com.kh)

### **Landesbüro Indien\***

Heinrich Böll Foundation  
C - 4/5, Second Floor  
Safdarjung Development Area,  
New Delhi 110016  
Tel: +91-11-26854405  
Fax: +91-11-26516695  
E-Mail: [india@hbfasia.org](mailto:india@hbfasia.org)

### **Landesbüro Afghanistan\***

Heinrich Böll Foundation  
Shahrara Wot. Nr. 45  
Across Malalai Maternity Hospital  
Kabul  
Tel: +93-70-295 972  
E-Mail: [jawed@hbfasia.org](mailto:jawed@hbfasia.org)

### **Projektberater China**

No. 18, Bei San Huan Zhong Lu,  
Beijing 100011  
People's Republic of China  
[Klaus@hbfasia.org](mailto:Klaus@hbfasia.org)

## **Europa**

### **Regionalbüro Europäische Union**

Heinrich Böll Foundation  
Rue d'Arlon 15  
B-1050 Bruxelles  
Tel: +32-2-743 41 00  
Fax: +32-2-743 41 09  
E-mail: [brussels@boell.be](mailto:brussels@boell.be)  
Internet: [www.boell.be](http://www.boell.be)

### **Regionalbüro Ost-/ Mitteleuropa (Warschau)**

Fundacja Heinricha Bölla  
ul. Podwale 13  
00-252 Warszawa  
Tel: +48-22-831 6356  
Fax: +48-22-635 2379  
E-mail: [hbs@boell.pl](mailto:hbs@boell.pl)  
Internet: [www.boell.pl](http://www.boell.pl)

### **Regionalbüro Ost-/ Mitteleuropa (Prag)**

Nadace Heinricha Bölla  
Barrandovska 1  
CZ-15200 Praha 5  
Tel: +420-25181 4173  
Fax: +420-25181 4174  
E-mail: [boell@inbox.vol.cz](mailto:boell@inbox.vol.cz)

### **Landesbüro Türkei**

Heinrich-Böll-Vakfi  
Inönü Cad. Haci  
Hanim Sok. No. 10/12  
Keresteci Apt.  
Gümüssuyu - Taksim  
TR - 34439 Istanbul  
Tel: +90-212-249 15 54  
Fax: +90-212-252 31 36  
E-mail: [info@hbstr.org](mailto:info@hbstr.org)

### **Landesbüro Russland**

Heinrich Böll Foundation  
Grusinskij Pereulok 3-231  
RU 123056 Moskau  
Tel: +7-095-2541453  
Fax: +7-095-9358014  
E-mail: [info@boell.ru](mailto:info@boell.ru)  
Internet: [www.boell.ru](http://www.boell.ru)

### **Regionalbüro Südkaukasus**

Heinrich Böll Foundation  
South Caucasus Regional Office  
Tbilisi, Georgia 380079  
Radiani Str. 5  
Tel: +995-32- 227705  
Fax: +995-32-912897  
E-mail: [info@boell.ge](mailto:info@boell.ge)  
Internet: [www.boell.ge](http://www.boell.ge)

**Regionalbüro Südosteuropa**  
Fondacija Heinrich Böll  
Cekalusa 42  
BIH-71000 Sarajevo  
Tel: +387-33-260 450  
Fax: +387-33-260 460  
E-mail: [h.boell@bih.net.ba](mailto:h.boell@bih.net.ba)

**Landesbüro Kroatien\***  
Fondacija Heinrich Böll  
Berislaviceva 20, HR-10000 Zagreb  
Tel: +385 (0)1 4812530  
Fax: +385 (0)1 4818977  
E-mail: [hbs-hr@zamir.net](mailto:hbs-hr@zamir.net)

**Landesbüro Serbien/ Montenegro\***  
Fondacija Heinrich Böll  
Resavska 14  
11 000 Belgrad  
Tel/Fax: + 381 11 30 34 371  
E-mail: [hbs-bgd@eunet.yu](mailto:hbs-bgd@eunet.yu)

## **Lateinamerika**

**Regionalbüro Brasilien/ Cono Sur**  
Fundação Heinrich Böll  
Rua da Gloria 190, ap. 701  
2024 1180 Rio de Janeiro - Gloria  
Tel/Fax: +55-21-3852 1104  
E-mail: [boell@boell.org.br](mailto:boell@boell.org.br)  
Internet: [www.boell-latinoamerica.org](http://www.boell-latinoamerica.org)

**Regionalbüro Mittelamerika/ Mexiko/ Karibik**  
Fundación Heinrich Böll  
calle José Alvarado 12  
Colonia Roma,  
Delegación Cuauthémoc  
CP 06700  
México, D.F.  
Tel: +52 55 52642894  
E-mail: [boell.direccion@integra.com.sv](mailto:boell.direccion@integra.com.sv)  
Internet: [www.boell-latinoamerica.org](http://www.boell-latinoamerica.org)

**Landesbüro El Salvador\***  
Fundación Heinrich Böll  
Residencial Zanzibar  
Pasaje A-Oriente, No. 24  
San Salvador  
Tel: +503-274 6812  
Fax: +503-274 6932  
E-mail: [boell.programas@telesal.net](mailto:boell.programas@telesal.net)  
Internet: [www.boell-latinoamerica.org](http://www.boell-latinoamerica.org)

## **Naher Osten**

### **Landesbüro Israel**

Heinrich Böll Foundation  
Nahalat Binyamin 24  
IL-65162 Tel Aviv  
Tel: +972-3-516 77 34/ 35  
Fax: +972-3-516 76 89  
E-mail: [hbstl@boell.org](mailto:hbstl@boell.org)  
Internet: [www.boell.org.il](http://www.boell.org.il)

### **Regionalbüro Arabischer Naher Osten**

Heinrich Böll Foundation  
Tal az-Zaatar St. 6, Ramallah  
Palestine  
P.O. Box 2018 Ramallah, Palestine Authority  
Tel: +972-2-296 1121  
Fax: +972-2-296 1122  
E-mail: [boell@palnet.com](mailto:boell@palnet.com)  
Internet: [www.boell.de](http://www.boell.de)

### **Regionalbüro Mittlerer Osten Beirut (im Aufbau)**

## **Nordamerika**

### **Regionalbüro Nordamerika**

Heinrich Böll Foundation  
Chelsea Gardens  
1638 R Street, NW, Suite 120  
Washington, DC 20009  
USA  
Tel: +1-202-462 75 12  
Fax: +1-202-462 52 30  
E-mail: [info@boell.org](mailto:info@boell.org)  
Internet: [www.boell.org](http://www.boell.org)

\*Ortskraftbüros